

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 1. März 1920, Nr. 81.

**Kartoffelabgabe.** Dienstag bis Freitag werden im 14., 15. und 17. Bezirke holländische Kartoffeln zum Preise von K 6.- per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Buchstaben „F“ und „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Liebesgabenverteilung im 2. Bezirk.** Die schwedischen Liebesgaben werden im 2. Bezirk für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen F - L Dienstag, den 2. März von 2 bis 5 Uhr nachmittags im Amtshaus Karmelitergasse 9 erteilt. Bezugsberechtigt sind alle Besitzer von Fürsorgeblättern, die Deutschösterreicher sind und noch keine deutschen oder schwedischen Liebesgaben erhalten haben. Mitzubringen sind Fürsorgeblatt, Heimatschein oder Staatsbürgerschaftserklärung und Einkaufschein. Die Ausgabe von Liebesgaben für die übrigen Buchstaben wird bekanntgegeben werden.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 1. März 1920, Nr. 82.

**Kommunale Angelegenheiten.** Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung den Jean Kots, Beamter des städtischen Lebensmittelamtes im Zürich und den Bahnhofsinspektor Ruttishauer, in Aarau, beide Mitglieder der Schweizer Hilfsaktion für Wien, für Verdienste auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge der Gemeinde/ die eisernen Salvator Medaille verliehen.

**Sühneverhandlungen.** Im Monate März finden die Sühneverhandlungen bei den Gemeinvermittlungämtern 1, 6, 7, und 20 am 3., 10., 17., 24. und 31., bei den Vermittlungsämtern 9, 14, am 10. und 24., beim Vermittlungsamte 12 am 5. und 19. und beim Vermittlungsamte 21, am 2., 9., 16., 23. und 30. statt.

**Gremien der Informationsbüroinhaber.** Bei der Ernenial Hauptversammlung wurden der bisherige Vorsteher Stellvertreter Moritz Koschkevitx zum Vorsteher und Josef Hruschka, Direktor der Ankauftei Schimmelpfeng, zum Vorsteher Stellvertreter gewählt.

**Schwedische Liebesgaben IX. Bezirk.** Donnerstag, den 4. werden in Sitzungssaal der Bezirksvertretung Währingerstrasse 43, schwedische Liebesgaben an Familien mit 2 und mehr unversorgten Kindern von 9 bis 4 Uhr verteilt. Bezugsberechtigt sind nur Familien, die noch keine schwedischen Liebesgaben erhalten haben. Mitzubringen: Fürsorgeblatt, Staatsbürgerschaftsnachweis, Einkaufschein und Meldesettel.

**Erste österreichische Sparkasse.** In abgelaufenen Monate Februar wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 15.715 Parteien K 29.686.727.- eingelegt, am 10.213 Parteien K 21.030.319 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 29. Februar auf K 663.709.054.-. Hypothekendarlehen wurden K 625.200.- ausbezahlt, dagegen K 3.166.098 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 29. Februar auf K 308.520.979.- stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 29. Februar auf K 16.944.550.-, 66jährige Pfandbriefe waren K 17.975.800.- im Umlaufe. Wechsel wurden K 31.003.500.- eskontiert, dagegen K 3.647.042.- einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 29. Februar K 78.363.300.-

**Wahlverfahren.** Jede Haushalte oder Einzelperson, die nach Ablauf der jetzt gültigen Wahlkarte von der zuständigen städtischen Wahlabgabestelle (braune Karte) zu einer Konsumentenorganisation (lila Karte) übertreten, und jene Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Wahlabgabestelle zugewiesen werden wollen, müssen den Uebertritt

bis längstens 29. März bei der zuständigen Brotkommission anzeigen. Die neue Wahlkarte wird dann mit den anderen Lebensmittelkarten ausgegeben werden. Der Uebertritt von einer städtischen Wahlabgabestelle zu einer anderen kann nur im Falle einer Uebersiedlung in den Sprengel einer anderen Brotkommission erfolgen.

**Sammlung von Spenden für die öffentliche Ausspeisung durch Unbefugte.** Seit einer oder mehreren Wochen treiben sich in Wien Leute herum, die in verschiedenen Bezirken Spenden für die öffentliche Ausspeisung sammeln. Sie quittieren die erhaltenen Beträge mit gedruckten Empfangsbestätigungen, welche mit einer gefälschten Stempelle „Öffentliche Ausspeisung“ versehen sind. Da alle Spenden, welche für das Komitee zur Förderung der öffentlichen Ausspeisung, Kinderernährung und Kinderbekleidung (vormals schwarzgelbes Kreuz) bestimmt sind, direkt an diese Stelle geleitet werden, wird das Publikum vor Personen, welche für den genannten Zweck Spenden sammeln, ausdrücklich gewarnt und gebeten, vorkommendes Falles die polizeiliche Festnahme der Täter zu veranlassen.

**Ein Schweizer Volkliedabend für die Wiener Kinder.** Unvorhergesehener Ereignisses halber kann der für den B. & H. im Konzerthaus angekündigte Schweizer Volkliedabend an diesem Tage nicht stattfinden. Der Volkliedabend, der von Schweizer Sängern unter Mitwirkung des Schubertbundes veranstaltet wird, findet daher am Mittwoch, den 3. März um 6 Uhr abends im Milliar Kasino statt. Das Reinerträgnis der Veranstaltung wird für die Unterbringung von Wiener Kindern in der Schweiz verwendet werden.

**Friedrich Schögl Vorlesung.** Samstag, den 6. ds. 1/2 7 Uhr abends wird Schriftsteller Archivredirektor August Andr. Ressel in Kursaal der Urania über Friedrich Schögl, den Altmeister der Wiener Sittenschilderung, sprechen und Bräutes und Reiteres aus dessen Schriften in beachtender Auswahl zur Vorlesung bringen.

**Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage.** In der letzten Vorstandssitzung machte der Präsident Ing. Dr. W. Exner nach Begrüßung der neuen Vorstandsmitglieder Mitteilung über die Erfolge der Propagandaaktion und über die der Gesellschaft zugewandeten Subventionen. Die Rauchsektion berichtete über die in Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten eingesetzte Kommission für Brennstoffwertung, der auch Mitglieder der Sektion angehören und beauftragt die korporative Besichtigung der Ausstellung für Brennstoffersparung. Von der Staubsektion wurden Gutachten über Staubbindermittel, über eine Methode staubfreier Reinigung von Wand- und Deckenbekleidungen und über einen neuen Staubaugapparat/steuert. Die Berichte des Strassenaufseher und die von der Magistrats-Bauabteilung IX getroffenen Massnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Uebelständen bei der Strassenpflege wurden unter Anerkennung der unterstützenden Tätigkeit dieser Abteilung zur Kenntnis genommen. Die Staubsektion wird hinsichtlich der Bestellung weiterer Strassenaufsichtsaparate durch die Gesellschaft Anträge zu erstatten haben.

Löbliche Redaktion! Um gütige Aufnahme vorstehender Zeilen ersucht mit bestem Dank der Präsident

Dr. W. Exner.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 2. März 1920, Nr. 83.

---

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden in den Bezirken 18 bis 21 holländische Kartoffeln zum Preise von K 6.- per kg, und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte „P“ und „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

-----

Liebesgabenverteilung im 13. Bezirk. Mittwoch von 8 bis 1 Uhr und Donnerstag von 8 bis 5 Uhr findet in der Diesterweggasse die Liebesgabenverteilung an Pfründer statt. Pründerbuch mitbringen.

-----

VB. Winter bei den Kindern in Italien. VB. Winter hat aus Mantua, wo er auf seiner Inspektionsreise eingetroffen ist, ein Telegramm geschickt, das mitteilt, dass er in Reggio Emilia von Vizebürgermeister Conte Palazzi, den Abgeordneten Orampolini, Ziberdi und Storta ungemein herzlich empfangen wurde.

In Reggio Emilia sind 400 Kinder in einer Kolonie bei ausgezeichnete Verpflegung untergebracht. Bei den Kindern ist eine schöne Gewichtszunahme zu verzeichnen. Die Kinder, die ständig unter ärztlicher Bewachung stehen, sind alle wohltauglich. Die Kolonie besitzt Spielwiesen und Spielzelte, in denen die Kinder bei Regenwetter sich vergnügen können. Die Kinder machen auch gute Fortschritte in der Erlernung des italienischen.

-----



Wiener Rathauskorrespondenz

Wien, Donnerstag, den 4. März 1920. Abendausgabe.

Wien, den 4. März 1920.  
Die Reform der Gemeindeverfassung. Heute fand unter dem Vorsitz des Obmannes GR. Skaret und des Obmannstellvertreters VP. Koss und in Anwesenheit der Bgm. Reumann und des VB. Emerling im Rathause die fünfte Sitzung des Gemeinderatsausschusses zur Vorbereitung der Reform der Wiener Gemeindeverfassung statt. Nach einleitenden Worten des Referenten GR. Dr. Danneberg wurde in die Spezialdebatte eingegangen, in deren Verlauf der Entwurf bis § 24 mit einigen Änderungen beraten und erledigt wurde. Die nächsten Sitzungen des Ausschusses finden Montag und Donnerstag statt.

~~Abgesagte Gemeinderatssitzung. Die für morgen Freitag anberaumte  
gewesene Sitzung ist abgesagt.~~

Sitzungen im Rathause. Der Gemeinderat hält seine nächste Sitzung Freitag, den 12. ds. um 4 Uhr nachmittags ab. Die für morgen anberaumte Sitzung des Gemeinderates wurde abgesagt. - Der Stadtrat hält nächste Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags Sitzungen ab.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 4. März 1920, Nr. 85.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Dr. Schen wurde in der heutigen Sitzung des Stadtrates beschlossen, dass die Uebertragung eines Baurechtes von einem Baurechtswerber auf einen anderen nicht statthaft ist. - Nach einem Berichte des StR. David wegen Aufstellung eines Holzkreuzes bei einem Grabe wurde über Antrag des VB. Hoss beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen teuren Preisverhältnisse für Steindenkmäler und eiserne Kreuze zu gestatten, dass solange diese Verhältnisse andauern, allgemein Holzkreuze aufgestellt werden können. - Nach einem Referate des StR. Iser wurden von der allgemeinen österr. Bodenkreditanstalt Gründe in Floridsdorf und Leopoldsdorf für Schrebergärtnerzwecke pachtweise in Anspruch genommen. Der jährliche Pachtschilling beträgt 12.546 K.

Freikarten auf der Strassenbahn. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Weigl über einen Antrag des StR. Haider betreffend die Gewährung von Freikarten für die Kinder von Bediensteten der Strassenbahn. Er betonte dabei, dass mit Rücksicht auf den seinerzeitigen Beschluss des Stadtrates, einen Abbau des Freikartensystems herbeizuführen, es unmöglich sei, einzelne Kategorien von Bediensteten, Vereinen etc. zu bevorzugen. Er sehe ja ganz gut ein, dass diese Anstalt die Bediensteten schwer treffe, allein diese selbst hätten, nachdem man ihnen die Unmöglichkeit eines solchen einseitigen Vorgehens dargelegt habe, eingesehen, dass die Frage der Bewilligung von Freikarten vom allgemeinen Gesichtspunkte aus geregelt werden müsse. Die Bediensteten hätten sich, wenn im allgemeinen ein Abbau der Freikarten stattfinden würde, auch für sich selbst zu diesem Opfer bereit erklärt. Im übrigen stehe jedem Bediensteten frei, wenn die Anstellung von Kinder- und Schülerkarten einzureichen. Der Gesuchsteller würde dann, wie jeder andere, die angesuchten Karten erhalten. Eine Durchbrechung des seinerzeit gefassten Beschlusses sei aber aus prinzipiellen Gründen ganz unmöglich. Zu dem Referate sprachen die StRe. Haider und Vaugoin, werauf der Antrag des Referenten auf Ablehnung des Antrages Haider angenommen wurde.

Ferner berichtete derselbe Stadtrat über das Ansuchen des Vereines der rechtskundigen Beamten der deutschösterreichischen Zentralämter um Fahrpreisermäßigungen. Auch in diesem Falle stellte sich der Referent auf dem prinzipiellen Standpunkt <sup>und betonte,</sup> dass es ganz unmöglich sei, einer Gruppe von Beamten ein solches Benefizium zu gewähren, weil es dann sofort allgemein verlangt würde. Sein Antrag auf Ablehnung wurde angenommen.

Endlich referierte StR. Weigl über einen Antrag des StR. Vaugoin betreffend die Gewährung von Freikarten auf der Strassenbahn an einige Rechenchrentianen des Charitas Verbandes. Er betonte, dass er bei dem charitativen Wirken des Vereines selbst das Ansuchen vollkommen gerechtfertigt anerkennen müsse. Leider müsse er aber auch in diesem Falle an dem Prinzip, dass derartige Freikarten nicht ausgeben werden können, festhalten. Man sei sogar soweit gegangen, dass man dem Jugendamt keine Freikarten gegeben habe. Auch das Jugendamt müsse sich die Karten kaufen, um endlich diese Belastung von der Strassenbahn wegzubringen. Als Entschädigung für diesen Ausfall könne er die Vereine auf den Subventionsweg verweisen. Die Subventionierung sei auch bereit für solche Vereine, die wirklich humanitär im Interesse der Allgemeinheit wirken, in Aussicht genommen. Nachdem zu diesem Referate die StRe. Vaugoin, Rummelhardt, Haider, Dr. Seitz, Josef Müller, Siretek und Bgm. Reumann gesprochen hatten, wurde der Referentenantrag angenommen.

Verlegung der Kindererholungstagesstätte an Gänsehüfel. Nachdem die Anlagen des Familienbades am Gänsehüfel eine bedeutende Vergrößerung erfahren sollen, ist es notwendig, dass die Kindererholungstättchen, welche am Gänsehüfel untergebracht ist, verlegt wird. Der neue Platz für die Kindererholungstättchen ist in der Holzer-Au in Kaisernühlen in Aussicht genommen. StR. Stiegel beantragte in der heutigen Stadtratsitzung die Kosten für die Uebertragungsarbeiten im Betrage von 250.000 K zu genehmigen. Der Antrag wurde angenommen.

Bei den Wiener Kindern. VB. Winter telegraphiert von seiner Reise aus Cremona dass er in Mantua vom Obmann des Kinderhilfskomitees Don Scarari und dem königlichen Kommissär der Stadtverwaltung Commendatore Gian empfangen wurde. Ein 2½ tägiger Aufenthalt in Stadt und Provinz Mantua gab Gelegenheit, Einblick in das Leben der Wiener Kinder zu gewinnen. 80 Kinder wurden von der Komiteedame Salvaterra bei gebildeten Familien untergebracht, sind bestens gepflegt und wurden fast alle neu gekleidet. Die Kinder sind alle fröhlich und gesund und es ist bei ihnen trotz der kurzen Zeit, während der die in Pflege sind eine Gewichtszunahme zu verzeichnen. Einige schwächliche Kinder wurden aufs Land gebracht. In der Umgebung von Mantua sind 275 Kinder in Dörfern und kleinen Städten untergebracht; so in Marmirolo, Ceresara, Gastelgoffredo, Asola, Mariana, Marcara und San Martino del Argine, die alle von VB. Winter besucht wurden. Die Kinder wurden von den Bauern gerne aufgenommen und werden liebevoll gepflegt. In Cremona sind in Ferienheim Cavatigozzi, 5 km ausser der Stadt, 150 Knaben und Mädchen durch das Komitee von Cremona bestens untergebracht. Neben diesen Kindern sind zugleich 30 Plavekiader, italienische Kriegsoffer, in Pflege. Auch hier sind grosse Gewichtszunahmen bei den Kindern, bis zu 6 kg, bei einem Knaben sogar 12 kg, zu verzeichnen. Die Kinder sind alle wohl und guter Dinge. Der Bürgermeister Betti gibt sich bezüglich Unterbringung und Verpflegung der Kleinen alle erdenkliche Mühe. Einige Kinder sind noch immer ohne Post von ihren Angehörigen. Die Kinder aller Orte lassen die Eltern grüssen.

Kinder aus der Schweiz. Jene Kinder, die mit dem St. Gallener Kinderzug am 21. Dezember in die Schweiz gefahren und bisher nicht zurückgekehrt sind, kommen morgen Freitag um 2 Uhr nachmittags am Westbahnhof an. Die Eltern versammeln sich in der Ankunftshalle bei den Gruppennummern. Es wird gebeten keine Kinder mitzubringen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 5. März 1920, Nr. 86.

Bei den Kindern in Italien. VB. Winter ist auf seiner Inspektionsreise in Mailand eingetroffen. Er besichtigte dort die Kolonie Codogno in der gleichnamigen Ortschaft, einem Dorfe mit 11.000 Einwohnern, wo 74 Kinder untergebracht sind. Die Kinder werden von einer deutschen und italienischen Lehrerin beaufsichtigt, sind alle wohl und frohen Mutes. Die Verpflegung ist die denkbar beste. Der Empfang, der VB. Winter zuteil wurde, war in allen Orten überaus herzlich. In Mailand wurde er von Bürgermeister Caldara und den Assesoren Marangoni und Galimberti empfangen. Bürgermeister Botti von Gremona hatte VB. Winter das Geleite bis nach Mailand gegeben.

Reichsverband für Wohlfahrtspflege. Der deutschösterreichische Reichsverband für Wohlfahrtspflege (Zentrale der freien Fürsorge) hält am 16. und 17. März in Saale der Handels- und Gewerbekammer seine erste Tagung ab. Sie wird sich mit organisatorischen Fragen der Wohlfahrtspflege beschäftigen und werden u.a. Direktor Furlinger, Abgeordnete Emmi Freundlich, Professor Hedrich, Dr. Glaser, Amtsrat Dr. Ziegler, Direktor Dr. Berliner, Direktorin Olga Heiadel, Sekretär Dr. Donin, Marianne Adler, Dr. Zessner-Spitzerberg, Sekretär Fritschner, Referate erstatten.

Kommunalsparkasse Döbling. Ende Februar betrug der Gesamteinlagenstand dieses Institutes 19,014.080 K auf 14.109 Konten. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr stellte sich auf 1,241.693 K an ansahftenden Hypothekendarlehen auf 12,016.083 K, der Darlehen auf Wertpapiere 52.661 und der Wertpapiere (Nominale) 9,013.050 K.

Keine Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise. Ein Wiener Mittagsblatt brachte gestern die Nachricht, dass im Rathause hartnäckig behauptet werde, die ausserordentliche Mehrbelastung des städtischen Haushaltes durch die Forderungen der städtischen Angestellten müsse eine bedeutende Steigerung des Fahrpreises auf den städtischen Strassenbahnen nach sich ziehen. Es heisst in dieser Nachricht, dass die Erhöhung mindestens 100 % betragen, also eine Fahrt auf der Strassenbahn wenigstens 4 Kronen kosten werde. Die neue Steigerung dürfte, so heisst es weiter noch im Laufe dieses Monats zur Tat werden. Diese Nachricht wurde auch von einem Abendblatt übernommen. Die Meldung ist vollständig aus der Luft gegriffen, da eine Erhöhung des Fahrpreises auf der städtischen Strassenbahn nicht beabsichtigt wird und auch keine wie immer geartete Beziehung der Fahrpreise zu den Forderungen der städtischen Angestellten besteht.

Löbliche Redaktion! Bgm. Reumann ersucht, dieser Mitteilung Raum zu geben, damit die Bevölkerung Wiens nicht abermals <sup>durch</sup> eine solche Nachricht beunruhigt wird. Es wäre erwünscht, wenn die Redaktionen der Tagesblätter in jedem Falle, in welchen ähnliche Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, durch eine Anfrage im Rathaus (Rathauskorrespondenz) sich die Ueberzeugung <sup>erzög</sup> verschaffen würden, ob diese Nachricht auf Wahrheit beruht. Im Rathause ist man der Ueberzeugung, dass eine weitere Erhöhung der Fahrpreise nicht möglich ist und es besteht auch nicht die Absicht zu einer solchen Mehrbelastung der Bevölkerung.

Springer.

50.000 Wiener Kinder in Ausland. Mit dem am 1. März vom Nordwestbahnhof nach Dänemark abgegangenen Kinderzug ist die Zahl von 50.000 Kindern erreicht worden, die seit 1. Oktober v.J. im Auslande Aufnahme gefunden haben. Aus diesem Anlasse hat Bgm. Reumann an die Vertreter der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Hollands, Italiens, Deutschlands und Norwegens nachstehendes Schreiben gerichtet: Mit dem heute vom Wiener Nordwestbahnhof abgegangenen Kinderzug nach Dänemark ist das 50. Kindertausend voll geworden, das in der Winterkampagne seit 1. Oktober 1919 von Wien ins hilfsbereite Ausland geschickt wurde. Ich kann als Oberhaupt der schwer bedrängten Stadt Wien diesen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen den tiefgefühlten und ergebenen Dank der Stadt Wien und aller ihrer Bewohner dafür auszusprechen, dass sich Ihr Land in so ausserordentlicher Weise in den Dienst des Kinderhilfswerkes gestellt hat. Die Geschichte der Menschheit weist keine zweite ähnliche Erscheinung auf. Noch nie haben sich die Völker eines Erdteiles zu einem so grossen Hilfswerk, wie es dieses ist, zusammen getan, die Kinder Wiens aus der Not und Verzweiflung, aus der Gefahr des Verhungerns und Erfrierens, aus der Gefahr, eine Beute der Tuberkulose und anderer Hungerkrankheiten zu werden, herauszuholen. Eine geschichtliche Tat ist damit vollbracht worden. Wir wissen die Grösse der Leistung gewiss richtig einzuschätzen, wenn wir auch im Drange der Arbeit nicht während jeder einzelnen Phase unseren besonderen Dank für das stets noch fortschreitende Hilfswerk auszusprechen in der Lage waren. Darum sind unsere Dankgefühle für das gesamte Ausland, das uns so hilfreich beisteht, nicht geringer und ich bitte Sie, Ihre Regierung erneut mitzuteilen, dass die Stadt Wien, ihre Bewohner und ihre erwählte Gemeindevertretung das grossartigste Hilfswerk menschlicher Solidarität, das je gesetzt wurde, richtig einzuschätzen weiss und dass sie zu dem unausschlichen Dankgefühl lebendig der Wunsch gesellt, all den Völkern, die uns heute in menschlicher Hilfsbereitschaft zur Seite stehen, einmal vergelten zu können, was sie heute unserer Jugend gutes tun. Dabei ist unser heissester Wunsch, dass Ihre Völker wie in eine ähnliche Lage geraten mögen, als es die ist, in der wir uns heute befinden. Das möge allen Völkern erspart bleiben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe

26. Jahrgang. Wien, Samstag, den 6. März 1920. Nr. 87.

Margarineausgabe. Vom 7. bis 13. März werden bei den städtischen Butterabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von 12.72 K gegen Abtrennung des B Abschnittes Nr 182 und der beiden Abschnitte Nr 182 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugskarten erhalten 12 dkg Schweinefett zum Preise von 13.20 K.

## 2. Ausgabe

26. Jahrgang. Wien, Samstag, den 6. März 1920. Nr. 88.

Vorschriften für den Verkauf von Pferdefleischwürsten. Die Marktamtsdirektion teilt mit:

Es ereignen sich in letzter Zeit immer häufiger die Fälle, dass Würste, die ganz oder teilweise aus Pferdefleisch bestehen, ohne entsprechende Bezeichnung in Geschäften feilgehalten und verkauft werden, in denen neben diesen Pferdefleischwürsten auch solche aus anderem Fleisch verkauft werden. Die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden werden daher darauf aufmerksam gemacht, dass zufolge Kundmachung des Wiener Magistrates in Lokalitäten, in denen Fleisch oder Fleischwaren von Pferden in rohem oder zubereitetem Zustande feilgeboten werden, Fleisch oder Fleischwaren, also auch Würste, von anderem Tieren nicht feilgeboten werden dürfen, selbst dann nicht, wenn die Lagerung getrennt erfolgt. Wo Fleischwaren oder Würste aus Pferdefleisch zum Verkauf gelangen oder in Schaufenstern ausgestellt sind, muss neben der Preisangabe auch eine unzweideutige entsprechende Bezeichnung (z.B. Pferdefleischwurst, Pferdefleischleberkäse u.dgl.) ersichtlich gemacht werden. Dasselbe gilt auch für Gasthäuser, Kaffeehäuser, Buffets etc., wo Pferdefleischwürste verabreicht werden. Diese sind auch in den Speisekarten, Preistarifen etc. als solche zu bezeichnen. Die Marktamtsorgane haben die Weisung erhalten, diesem Gegenstande das schärfste Augenmerk zuzuwenden und Nichtbeachtungen dieser behördlichen Verfügung unauswählbar zur Anzeige zu bringen.

„Zewiverba“. Vom 7. bis 13. März an Rayonierete: 3/8 kg Mehl zu 4.20K, 12 dkg Schweineschmalz zu 13.20 K (ab Donnerstag), 1/2 kg Kartoffeln zu 3 K gegen Abschnitt R, diverse Lebensmittel, Gebrauchs- und Haushaltsgesamstände. In der Abgabestelle Schlesingerplatz täglich von 2 bis 6 Uhr gegen Legitimation die bereits angekündigten Bekleidungsartikel.

Schwedische Liebesgaben im 7. Bezirk. Familien mit 2 und mehr Kindern, die noch keine schwedischen Liebesgaben erhalten haben, können diese Dienstag, den 9. ds. von 3 bis 5 Uhr nachmittags in der Hermannsgasse 24/26 unter Beibringung des Fürsorgeblattes beheben. Mittwoch, den 10. ds. von 3 bis 5 Uhr nachmittag werden die restlichen Liebesgaben, soweit solche vorhanden sind, an Familien mit 1 Kind verteilt. Fürsorgeblatt mitbringen.

Diplomüberreichung an Schrebergärtner. Die Ueberreichung der Diplome an die prämierten Schrebergärtner findet Sonntag, den 14. ds. um 1/2 10 Uhr vormittags im Festsaal des Rathauses durch den Bürgermeister Reumann statt. Die Verteilung der Diplome an die am Aufbau beteiligten Schulkinder und Lehrkräfte wird gesondert erfolgen.

Veransuchen um Zuweisung von Kleingärten können von städtischen Landwirtschaftsämtern von Einzelpersonen bis auf weiteres nicht mehr übernommen werden, da die zur Verfügung stehenden freien Gründe nicht hinreichen, alle bereits vorgemerkten Gesuchsteller mit Kleingärten zu betheilen. Sobald neue Flächen zur Aufteilung an Kleingärtner freigegeben werden sollten, wird dies bekannt gegeben werden.

Materialien für Kleingärtner. Das städtische Landwirtschaftsamt eröffnet am 15. ds. im Depot, 14, Zollernepergasse 3, eine Abgabestelle von Materialien für Kleingärtner. Zunächst gelangen dort Samen aller Art, guter Qualität, zu sehr billigen Preisen an Kleingärtner zur Ausgabe. Die Abgabe erfolgt an Wochentagen von 8 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr (an Samstagen nur vormittags) gegen Vorweisung eines Pacht dokumentes über einen Kleingarten. Schrebergartenvereine mögen ihren allfälligen Bedarf zwecks schnellerer Belieferung vorher dem Landwirtschaftsamt bekanntgeben.

Die Ansuchen um Krankmilch. Die städtische Beratungsstelle für Kranken-ernährung teilt mit: Die Ansuchen um Krankmilch haben in letzter Zeit vermüthlich infolge der zahlreichen Crippefälle derart zugenommen, dass es bei der geringen Milchlieferung unmöglich ist, denselben Folge zu geben. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, dass Milch nur für jene Kranke bewilligt werden kann, bei denen sie nicht als Nahrungs- sondern als Heilmittel notwendig ist.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Montag, den 8. März 1920. Abendausgabe.

---

Die Reform der Wiener Gemeindeverfassung. Unter dem Vorsitz seines Obmannes GR. Skaret und in Anwesenheit seines Obmannstellvertreters VB. Hoss und des VB. Emmerling hielt heute der Gemeinderatsausschuss zur Vorberatung der Reform der Wiener Gemeindeverfassung seine sechste Sitzung ab, in welcher die Spezialdebatte über den bekannten Entwurf fortgesetzt wurde. In vierstündiger Beratung wurden die Paragraphen 25 bis 35 des Entwurfes mit geringfügigen Änderungen genehmigt. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet Donnerstag statt.

.....



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.

Wien, 1. Neues Rathaus.

---

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 8. März 1920, Nr. 89.

---

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Freitag werden im 1., 2., 3. und 4. Bezirke holländische Kartoffeln zum Preise von K 6.- per kg und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „K“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

.....

Bei den Kindern in Italien. VB. Wänter ist auf seiner Inspektionsreise in Mailand angekommen und hat dort das Kinderheim Dereletti und das Heim im Erholungsheim der Strassenbahner besucht. Die Kinder, meist Ottakringerbuben, sind dort sehr gut aufgehoben und alle gesund. Sie lassen die Eltern grüssen. Auch die in den Kolonien Camerlata bei Como und Cocquio in der Nähe des Lago Maggiore sind alle wohlauf. Wie in Mailand so bekamen auch in diesen Kolonien die Kinder neue Wäsche und neue Kleider. Die Nahrung ist reichlich und gut und sind alle Kinder gesund. Camerlata ist eine Kolonie der dortigen Arbeiter, Cocquio eine Kolonie einer humanitären Mailänder Stiftung. Beide Kolonien werden umgeben von prächtigen Gärten, in denen die Camellien in voller Blüte stehen. Die Industriestädte Busto-Arsizio und Legnano verpflegen auf Kosten der Arbeiterschaft, die erstere 52 und die zweite 92 Kinder, an der Ligurischen Küste. In Begleitung des Bürgermeisters Caldara und des Assessors Maranghoni hat VB. Winter seine Reise nach Turin und an die Riviera fortgesetzt.

.....

Vergebung von Erd- und Baumeisterarbeiten. Wegen Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten anlässlich der Herstellung einer Oellagerstation in der Zentrale Simmering der Elektrizitätswerke findet am 18. März um 10 Uhr vormittags bei der Direktion der Elektrizitätswerke in der Mariannengasse eine öffentliche schriftliche Anbotverhandlung statt. Dort sind auch die allgemeinen Bedingungen einzusehen.

.....

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 9. März 1920, Nr. 90.

---

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden in den Bezirken 5 bis 8 holländische Kartoffeln zum Preise von K 6.- per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „ R “ d er Kartoffelkarte abgegeben.

. . . . .

Warnung vor Ankauf nicht genehmigter Ersatzlebensmittel. Die Marktamtsdirektion teilt mit: Trotzdem der Verkehr mit Ersatzlebensmitteln durch Ministerialverordnung vom 31. März 1918 (in der Staatsdruckerei erhältlich) gesetzlich geregelt ist, kommen noch immer Ersatzlebensmittel im Handel vor, die vom Ernährungsamte nicht genehmigt sind. Solche unzulässige Ersatzlebensmittel sind daran zu erkennen, dass auf ihrer äusseren Umschließung (Schachtel, Dose, Flasche etc.) die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigungsklausel sowie die Nummer, unter der sie beim Staatsamte eingetragen sind, nicht vorhanden ist. Da solche nicht genehmigte Ersatzlebensmittel zum allergrößten Teile ganz wertlos sind und die Käufer sonach geschädigt werden, wird die Bevölkerung gewarnt, derartige nichtgenehmigte Ersatzlebensmittel (Suppenmassen, Extrakte, Tee-Ersatz, Würzen etc.) zu kaufen. Dergleichen müssen die Gewerbetreibenden darauf aufmerksam gemacht werden, von Hausierern oder unbekanntem Agenten Ersatzlebensmittel, die nicht behördlich genehmigt sind, n i c h t zu kaufen, da sie hiedurch selbst strafbar werden. Ueberdies werden derartige Erzeugnisse seitens der Marktamtsorgane durch Beschlagnahme außer Verkehr gesetzt und wird gegen die Verkäufer mit der Strafanzeige vorgegangen.

. . . . .

Wiener Rathauskorrespondenz

Wien, Dienstag, den 9. März 1920. Abendausgabe.

Kinder nach Norwegen. Der vierte Kinderszug nach Norwegen verlässt Donnerstag um 2 Uhr 25 nachmittag den Nordwestbahnhof. Die bei der Elterabsprechung mit Tafelcher teilten Kinder für Norwegen versammeln sich am Freitag, den 11. ds. um 12 Uhr mittags in der Abfahrtshalle des Nordwestbahnhofes.

Meister Wiener Musik - Aufführungen der Gemeinde Wien Mai - Juni 1920.

In der heutigen Ausschusssitzung wurde vom Referenten Dr. Bach ein Programmentwurf vorgelegt, der nunmehr allen Mitgliedern des erweiterten Komitees zur Begutachtung übersandt werden wird. Der Entwurf sieht Aufführungen in der Staatsoper, in Konzertsälen, im Redoutensaal, im Festsaal der Akademie der Wissenschaften und im Rathaus selbst sowie geistliche Konzerte in der Burgkapelle, in der Lichtenthaler Kirche, in Klosterneuburg und in der Othmarkirche in Mödling vor. Dazu kommen eine Festaufführung im Burgtheater und eine Aufführung des „Lieben Augustin“ von Bittner im Deutschen Volkstheater. Im Programm sind im historischen Konzert Orchester und Vokalmusik als Haydn vertreten, dann Haydn, Mozart, Schubert, Beethoven, Bruckner, Hugo Wolf, Gustav Mahler, Johann Strauß, Brahms u. a.; ferner von den Lebenden Robert Fuchs, Korngold, Marx, Prohaska, Schmidt, Schönberg, Schrecker u. a. mit größeren Werken, dann mit kleineren Kammermusikwerken u. dgl. u. a. Rudolf Baum, Kienzl, Reiter, Springer, Weigl. Der Initiative der einzelnen Körperschaften und Vereine ist ein grosser Spielraum gelassen, da ihnen ermöglicht wird, im Rahmen dieser Aufführungen mit Unterstützung der Gemeinde Wien eigene Veranstaltungen zu geben. Auch die Wiener Volksmusik wird in breitem Ausmass vertreten sein. Zur Mitwirkung bei diesen Aufführungen sind so ziemlich alle leistungsfähigen musikalischen Institutionen und Körperschaften herangezogen. Es wurde der Beschluss gefasst, eine Propagandaschrift herauszugeben, die das Inland und das Ausland über die wahren Absichten dieser Veranstaltung unterrichten soll. Es soll nicht ein Fest im Sinne des Lusus gefeiert werden, sondern die Urkraft des Wiener Bodens in ihrer grössten Leistung dargestellt und ihr Wert für den Wiederaufbau Wiens gezeigt werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 10. März 1920, Nr. 81.

Bei den Kindern in Italien. In Begleitung des Bürgermeisters von Mailand Caldara, des Assessors Maraighoni und des Stadtarztes Dr. Girardoni besuchte VB. Winter die beiden Mailänder Kinderkolonien der Congregation die Charita Oleggio und Novarra. Oleggio ist ein herrlicher alter Landsitz, in dem 127 Knaben und 23 Mädchen bestens untergebracht und verpflegt sind. In Novarra sind 150 Knaben und Mädchen in einem Kinderheim gut aufgehoben. In beiden Heimen ist kein einziger Krankheitsfall zu verzeichnen und zeigen die Kinder meist schöne Gewichtszunahmen. Die Kinder lassen die Eltern grüssen.

In Novarra wurde VB. Winter vom Bürgermeister Bonfortini und vom Abgeordneten Ramella empfangen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im Jänner. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich im Jänner nicht günstig gestaltet. Der Krankenstand war relativ hoch, besonders in der zweiten Hälfte des Monats, in der die Grippe an Ausbreitung zu gewinnen begann. Masern, Keuchhusten und in einzelnen Bezirken auch Mumps waren stark verbreitet. Die Sterblichkeit war sowohl absolut wie auch relativ die Höchste, die seit Jahrzehnten im Jänner beobachtet wurde. Diese Beurteilung ist wesentlich durch die Ergebnisse der Volkszählung erleichtert worden, nach der die Einwohnerzahl Wiens auf den Stand des Jahres 1904 gesunken ist. Obgleich im Laufe der letzten Jahre die Gesundheitsverhältnisse der Stadt insbesondere die Sterblichkeitsverhältnisse in düsteren Farben geschildert wurden, so war diese Schilderung viel zu optimistisch und der Ausblick in die Zukunft ist der denkbar traurigste, wenn nicht in aller kürzester Zeit eine ausschlaggebende Wendung in den Ernährungs- und Erwerbsverhältnissen der Stadt eintritt. Insgesamt starben im Jänner 3359 Personen, wovon die meisten Fälle auf Tuberkulose und Skrophulose entfallen.

San Pelaggio. Bgm. Reumann gab in der heutigen Stadtratsitzung ein vom Magistrat vorgelegtes Rechtsgutachten über den Anspruch der italienischen Regierung auf die städtische Anstalt in San Pelaggio nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von St. Germain bekannt. Dieses Rechtsgutachten kommt zu dem Schlusse, dass die Gemeinde Wien nach Artikel 267 des Friedensvertrages in Augenblicke der Ratifikation des Vertrages von St. Germain die Rückgabe der Anstalt seitens der italienischen Regierung fordern kann. Trotz dieser günstigen Rechtslage dürfe nicht übersehen werden, dass die italienische Regierung auf die Erwerbung der Anstalt grosses Gewicht legt, was sie mit dem Eigenbedarf für die Bevölkerung des Küstenlandes begründet, aber trotzdem hundert Plätze für Wiener Kinder in San Pelaggio übrig lässt. Angesichts der Tatsache, dass der Eigenbetrieb der Anstalt auf italienischem Gebiet durch die Gemeinde sich schwierig gestalten könnte, würden sich Verhandlungen mit der italienischen Regierung über die Lösung der Frage empfehlen. Bgm. Reumann bemerkte zu diesem Rechtsgutachten, dass er stets den Stadtpunkt vertreten habe, dass der Gemeinde Wien das Eigentumsrecht an der Anstalt nicht abgesprochen werden könne. Er werde im Sinne des Gutachtens mit der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit weitere Verhandlungen führen.

Von den Wiener Friedhöfen. Nach Berichten des StR. Siegel hat der Stadtrat den Entwurf für eine neue Gräberordnung und einen neuen Gebührentarif für die Friedhöfe der Gemeinde Wien sowie eine Vorlage über die Erhöhung des Gräberausschmückungstarifes genehmigt. Die beiden Referate werden den Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Strassensperre. Die Durchfahrt durch die Kellermannngasse im 7. Bezirk wird für Schwerverkehr gesperrt.

Wien, 10. März 1920. - Abendausgabe.

Die Gemüsepreise. Bgm. Neumann berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über das Vorgehen der Gemüsegärtner, welche verabredungsgemäss die Gemüsepreise auf den Märkten in unzulässiger, durch nichts gerechtfertigter Weise erhöht haben; so ist z.B. der Preis für Stengelspinat mit 8 K für Blätterspinat mit 11 K festgesetzt worden, welcher aber den Gärtnern noch zu niedrig erschien, denn sie beabsichtigten die Preishöhe mit 12 K festzusetzen. Der Bürgermeister wies ein Häuptel Salat vor, welches noch vollständig unentwickelt und nicht grösser als ein Ei war und bemerkte, dass die Gärtner auf dem Markte für diesen Salat den Preis mit 150 K per Nagel (30 Stück) festgesetzt haben, sodass ein solches Salatpflänzchen auf 5 K zu stehen kommt. Der Bürgermeister erklärte unter allgemeiner Zustimmung, dass er gegen diese unerträglichen Zustände, die sich in der Haltung der Gärtner gegenüber der Bevölkerung zeigen, die energischsten Massnahmen ergreifen werde; er werde eine Revision sämtlicher Pachtverträge vornehmen und in diese Pachtverträge einen Marktbelieferungszwang aufnehmen lassen, ev. mit der Kündigung vorgehen; er werde weitere Erhebungen pflegen lassen, ob der Gemüseanlieferungsrayon eine Erweiterung erfahren könne, ob durch Neuorganisation der Beförderung von Gemüse von der Produktionsstätte zu den Märkten eine Besserung der Marktlage erreicht werden könne. Weiters werde er die Frage der Anlage von eigenen Gärtnereibetrieben zur Produktion von Frühgemüse studieren lassen. Im übrigen werde er sowohl mit den Gärtnern als auch mit der Obst- und Gemüseaufbringungsstelle eine Besprechung über die gegenwärtige Versorgung des Marktes mit Gemüse abhalten. Die Gärtner können die Preise in die Höhe treiben, weil die zahlreichen Hotels und Pensionsinhaber Gemüsepreise in jeder Höhe bezahlen; sie warten auch nicht ab, bis die Ware zu Markte gebracht wird, sondern suchen selbst die Produktionsstätten auf und überbieten sich selbst in den Einkaufspreisen. Dieses Vorgehen muss die Bevölkerung damit büssen, dass die Märkte überhaupt nicht beschickt werden und das Wenige was noch auf die Märkte kommt eine unerschwingliche Preislage aufweist.

Die Forderungen der städtischen Angestellten. Heute vormittag wurden im Rathause unter dem Vorsitz des Personalreferenten StR. Speiser und in Anwesenheit des Bürgermeisters Reumann, des Stadtrates Breitner und des Magistratsdirektor Dr. Hartl die Verhandlungen mit den Vertretern der städtischen Angestellten auf der durch die kontradiktorschen Verhandlungen vor dem Hauptausschuss der Nationalversammlung geschaffenen Grundlage weitergeführt. Bezüglich einer Reihe von Forderungen der städtischen Angestellten wurde eine Uebereinstimmung erzielt. Morgen vormittag werden die Verhandlungen fortgesetzt. Hierbei werden auch die im Zusammenhang mit der Gehaltsbewegung stehenden Verwaltungswendigkeiten beraten werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, I., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 11. März 1920, Nr. 92.

Holländische Liebesgaben. Die holländische Mission, welche am letzten Sonntag unter Führung des Baron Van Dorth einen Liebesgabenzug nach Wien brachte, erschien heute bei Bgm. Reumann, um ihn von dem Inhalte des Zuges Mitteilung zu machen. Die Kommission, welcher Baron Van Voorst, Baron van der Heyden, die Aerzte Hanknecht und Van der Weijden sowie Leutnant Van der Drift angehören, betonte, dass die Wiener Kinder die Herzen der Holländer erobert haben und dass sie alles daransetzen werden, um weitere Kinder nach Holland zu bringen. Bgm. Reumann, der den Mitgliedern der Mission die Lage der Wiener Bevölkerung eingehend schilderte und darauf hinwies, dass die Rettung dieser Stadt von der Möglichkeit zu produzieren abhängt, sprach in Worten der Anerkennung der holländischen Bevölkerung den wärmsten Dank für die Hilfe aus, die sie leistet. Nicht nur die gesamte Bevölkerung Wiens gedenke dankbaren Herzens der brüderlichen Solidarität Hollands, die in dieser Hilfsaktion zum Ausdruck komme, sondern das Dankgefühl hat sich auch tief verankert in den Herzen der Kinder, die eine so warmherzige Aufnahme in Holland gefunden haben. Bleibend wird die Erinnerung an diese hochherzige Tat sein. Bgm. Reumann hat den Dank allen an der Hilfstätigkeit Beteiligten insbesondere aber der ganzen holländischen Bevölkerung mitzuteilen.

Der Südwestfriedhof der Gemeinde Wien. StR. Dr. Grün legte in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die sanitären und geologischen Verhältnisse im Gelände des projektierten Südwestfriedhofes vor, aus dem hervorgeht, dass die in Aussicht genommenen Grundstücke unter jenen die für Friedhofszwecke überhaupt in Betracht kommen, die geeignetsten sind. Nach dem Antrage des Referenten wird beschlossen die Bezirksvertretung Meidling in Kenntnis zu setzen, dass nach dem Gutachten des städtischen Gesundheitsamtes eine Gefährdung des Wasserbehälters am Rosenhügel und der davon abzweigenden Hauptrohrstränge durch den seinerzeitigen Friedhofsbetrieb nicht eintreten werde und dass die Gemeinde aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht in der Lage ist, von der Richtung des Südwestfriedhofes im Gebiete von Hetzendorf abzusehen. Die Einsprüche mehrerer Anrainer werden abgewiesen und das Bauamt beauftragt im Einvernehmen mit dem Magistrat einen endgültigen Entwurf über die Ausgestaltung des im Wiener Gemeindegebiete gelegenen Teiles des Südwestfriedhofes auszuarbeiten. Weiter wurde beschlossen noch ein Gutachten der geologischen Reichsanstalt einzuholen und einem gleichen Wunsche der Gemeindevertretung Atzgersdorf nach Einholung eines Gutachtens seitens eines Hygienikers Rechnung zu tragen. - Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen dazu führen werden, dass von Seite der Atzgersdorfer Gemeindevertretung der Gemeinde Wien keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Magistratssekretär Dr. Wiesenberger +. Gestern ist nach schwerem Leiden Magistratssekretär Dr. Karl Wiesenberger gestorben. Der Verstorbene war dem Bezirksamt Alsergrund zur Dienstleistung zugewiesen und <sup>er</sup>offrante sich bei seinen Kollegen und Vorgesetzten allgemeiner Beliebtheit. Das Leichenbegängnis findet Samstag, um 5 Uhr nachmittags von der Kapelle des Zentralfriedhofes (II. Tor) aus statt.

Besetzung von Religionslehrerstellen. Der Wiener Bezirksschulrat hat die Besetzung von 12 Stellen für katholische Religionslehrer mit jährlichen Gehaltsbezüge ausgeschrieben.

Freiplätze für Wiener Kinder in Portorose. Die Direktion des Palace-Hotels in Portorose hat in einem Schreiben an VB. Winter mitgeteilt, dass es einer Anregung des Triester Blattes „Il Lavoratore“ folgend, 15 Wiener Kindern unentgeltlich Wohnung, Verpflegung und Beheizung in der Villa „San Lorenzo“ zur Verfügung stellen wird.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Siegel wird den Wiener Kleingärtnern, denen die Gärten von Landwirtschaftsamt bzw. vom Bezirkswirtschaftsamt Stelle 6 verliehen wurden, das zur Pflege der Gärten erforderliche Wasser kostenlos überlassen. - Nach einem Antrage des StR. Richter wird die Erwerbung von eigenen Gräbern für Nichtzugewiesene auf dem Hütteldorferfriedhof bis auf weiteres eingestellt. - Nach einem Berichte des StR. Iser wird beschlossen, jeden zweiten Baum der Baumplanzung in der Friedelgasse im XIX. Bezirk von OEr. 1 bis 43 zu entfernen und das gewonnene Holz an die unbemittelte Bevölkerung des Bezirkes zu verteilen. - Nach einem Referate des StR. Siegel wird die Erbauung zweier Liegehallen in der Lungenheilstätte Steinklamm sowie die gärtnerische Ausgestaltung des Insellagers dort genehmigt.

Die Forderungen der städtischen Angestellten. In fünftägiger Dauer wurden heute im Rathause die Verhandlungen mit den Vertretern der städtischen Angestellten fortgesetzt. Da sich bezüglich der Zugeständnisse der Regierung noch einige Fragen ergeben haben, die einer Aufklärung bedürfen, wurden die Verhandlungen auf morgen vertagt. Die Verhandlungen schreiten günstig fort.

Wiener Rathauskorrespondenz

Wien, Donnerstag, den 11. März 1920. Abendausgabe.

*Die Reform der 2. Grundverfassung.*  
Im Rathaus fand heute nachmittags unter dem Vorsitz des Obmannes GR. Skaret, in Anwesenheit des Rgm. Reumann und des Vb. Emmerling die siebente Sitzung des Gemeinderatsausschusses zur Vorberatung der Reform der Wiener Gemeindeverfassung statt. Nach einleitenden Worten des Referenten GR. Dr. Danneberg wurde die Spezialdebatte des Entwurfes fortgesetzt und die Paragraphen 36 bis 74 mit geringfügigen Änderungen genehmigt. Die nächsten Sitzungen des Ausschusses fanden Montag und Donnerstag nächster Woche statt.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 12. März 1920, Nr. 93.

**Spielplätze für Kinder.** In Stadtrate beantragte StR. Dr. Scheu die Bereitstellung von Spielplätzen für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren. Diesem Antrage liegt ein Angebot der Kinderhilfsaktion Redda Barnea zu Grunde, die sich bereit erklärt hat, solche Spielplätze nach schwedischem Vorbild einzurichten und den Kindern auch das Mittagmahl aus schwedischen Lebensmitteln zu gewähren.

**Schaffung einer Zentralstelle zur Information der Missionen.** StR. Dr. Scheu beauftragte im Stadtrate mit der Staatskanzlei wegen Schaffung einer Zentralstelle dortselbst das Binvernehmen zu pflegen. In dieser Zentralstelle solle das Eintreffen von auswärtigen Missionen gemeldet und ein Permanenzdienst für den Empfang und die Informationen für die Missionen eingerichtet werden.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 12. März 1920.

Der Vorsitzende Bgm. Reumann macht folgende Mitteilung: Nach einer eingelaugten Depesche der „Amerikanischen Spitalhilfe für Wien in New York“ macht sich diese erbötig, in der Nähe Wiens ein grosses Erholungsheim für arme, unterernährte und rekonvaleszente Kinder zu gründen und zu erhalten. Ich habe sofort telegraphisch gedankt und das Anerbieten selbstverständlich angenommen.

Gespendet haben: „Die Morgen-Sonne-Loge“ in New York zur Anschaffung von Lebensmitteln für die notleidenden Wiener Kinder 26.000 K.

Herr und Frau Otto Wolfers in Brüssel für die notleidenden Kinder Wiens 23.000 K.

Der Bremer Wohltätigkeitsverein in Chicago für bedürftige Oesterreicher 6000 K.

Mathilde C. Wenzel, Anoka, Amerika, für hungernde Kinder in Mariahilf 4515 K.

Berta Abraham, San Franzisko, für Notleidende Wiens 4400 K.

Die Firma Arnold Pruggan, Wien, für die Wiener Feuerwehr 4000 K und für den beim Brande verunglückten Feuerwehrmann Schreiber 1000 K.

Frau Frieda Kiepe, Montagnola, Schweiz, zur Unterstützung armer in der Lungenheilstätte Steinklamm verpflegter Frauen und Kinder 3000 K.

Die Direktion der Wiener Kommunalmarkasse im XIV. Bezirk 2000 K,

die internationale Kapellmeistervereinigung in Breslau 400 K,

der Arbeiterrat für den XIV. Bezirk 200 K für die Armen des XIV. Bezirkes

Die Theatergesellschaft „Rheydter Kammerspiele“ durch das illustrierte Wiener Extrablatt für die notleidenden Wiener Kinder 1994 Mark.

Eine unbekannt Dame für einen Zögling des VII. städtischen Waisenhauses 1000 K.

Koloman Knepf, Brooklyn, New York, für die Armen Wiens 1000 K.

Lisa Burew, Wisnar, 698 K.

Der Verein der Rohproduktenhändler Deutschlands in Berlin für notleidende Wiener Kinder neuerlich 500 Mark.

Die Arbeiter der Dynamit Nobel Aktiengesellschaft in Pressburg für notleidende Wiener Kinder 361 K.

Alois Katz für die Armen Wiens 200 K.

Dr. Henry Muetze, St. Louis, für die Notleidenden Wiens einen Anteilsschein der Prämienanleihe der Stadt Wien 1874 über 100 fl.

Die Loge „In Treue fest“ in Berlin für die notleidende Wiener Bevölkerung 100 Mark.

Wilhelm Albert, Lehrer in Nürnberg, für arme Schulkinder einer Verorteklasse 100 K.

Die Gemeinde Zwerndorf für bedürftige Wiener Kinder eine grössere Anzahl Liebesgaben.

Die Gemeinde Dürnkrot für die Schule X., Eugegasse 30: 130 Liebesgabenpakete.

Die amerikanische Kinderhilfsaktion als Zeichen des Dankes für die glänzenden Leistungen der Wiener Berufsfeuerwehr beim Brande der Auspfeckküche X., Ferthausgasse dem an der Löschaktion beteiligt gewesenen Angehörigen dieser Feuerwehr 4 Kisten Milch und 2 Sacke Mehl.

Schriftführer GR. Jerde verliest den Einlauf.

GR. Koppensteiner (chr.-soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass den Holzhändlern die Ablagerung ihrer Ware auf den städtischen Freilagerplatz in 20. Bezirk nicht mehr gestattet und dieser sowie andere Holzplätze an ein jüdisches Konsortium verpachtet werden sollen und fragt, ob der Bürgermeister über eine eventuelle Verpachtung Aufklärung geben wolle und ob er den genannten Freilagerplatz wie bisher den Holzhändlern zugänglich machen lassen wolle.

Bgm. Reumann: Der Freilagerplatz in 20. Bezirk dient nach wie vor zur Einlagerung von Schnitt- und anderen Holz, das allgemein von Holzhändlern aus Nieder- und Oberösterreich auf dem Wasserwege nach Wien gebracht wird. Es ist daher nicht richtig, dass die Einlagerung untersagt werde oder untersagt werden soll. Es ist nur bedauerlich, dass seit einigen Jahren der Zuspruch der Händler nachgelassen hat und bereits in Vorjahre ganz geringe Mengen Holz dort eingelagert wurden. Die Ursache ist jedenfalls darin zu suchen, dass die Nachfrage nach Schnittholz grösser als das Angebot. Der genannte Holzlagerplatz sowie der Lagerplatz der Gemeinde in 3. Bezirk dienen überdies auch zur Einlagerung sogenannten Kontingentholzes, das zur Versorgung der Bevölkerung Wiens bestimmt ist. Eine Verpachtung der Holzlagerplätze ist nicht in Aussicht genommen. Ich bemerke noch, dass die gleiche Anfrage auch von Herrn StR. Rummelhardt in der Stadtratsitzung vom 3. ds. eingebracht und von mir in derselben Weise beantwortet worden ist.

GR. Schmitz (chr.-soz.) sagt, dass das monatliche Pflegegeld für die sogenannten magistratischen Pflegekinder durchschnittlich K 60.- für ein Kind beträgt, wovon die Ernährung, die Pflege, Wäsche u.s.w. bestritten werden soll und fragt, ob der Bürgermeister bereit ist für eine Erhöhung des Pflegegeldes bzw. nach Massgabe der Möglichkeit für Zuweisung von Lebensmitteln, Kleidern, Wäsche an die in Familien befindlichen Pflegekinder einzutreten und eine entsprechende Vorlage ausarbeiten zu lassen.

Bgm. Reumann: Das Höchstausmass des den Parteien für die in Pflege genommenen magistratischen Pflegekinder auszunehmenden Pflegegeldes beträgt gegenwärtig im allgemeinen 60 K monatlich, für Säuglinge und in besonderen berücksichtigungswerten Fällen 90 K. Die Frage der Erhöhung des Pflegegeldes steht bereits in Verhandlung. Inzwischen bewilligt der Magistrat in besonderen Fällen namentlich aber bei Säuglingsparteien einen monatlichen Zuschuss bis zu einem bestimmten Höchstbetrag. Die Bekleidung für die magistratischen Pflegekinder wird den Parteien in Bedarfsfälle über Antrag des Waisensrates stets von der Gemeinde beigegeben, und zwar entweder aus den Beständen des Waisenschaftsantes in Natura oder durch Rückersatz des für die selbstgeschafften Kleidungsstücke ausgelegten Betrages.

GR. Reiter (chr.-soz.) weist darauf hin, dass am 9. Jänner GR. Dr. Scheu über das Ergebnis der Wohnungsaufnahme berichtet hat, dass aber seither über das wirkliche Resultat der Aktion nichts gesagt wurde und fragt, ob der Bürgermeister nicht ehestens den Gemeinderat das wirkliche Ergebnis der Wohnungsaufnahme bekanntgeben wolle.

Bgm. Reumann: Der Zweck der allgemeinen Wohnungsaufnahme war ein doppelter: Ein unmittelbar praktischer, nämlich die Beschaffung von Wohnungsmöglichkeiten durch Feststellung der anforderbaren Wohnungen, weiters aber die Beschaffung der Grundlage für eine genaue Wohnungstatistik. Da die Voraussetzung an der Wohnungsaufnahme im Laufe der Zeit Veränderungen unterliegen, müsste zu-

nächst mit grösster Beschleunigung die Durchführung der sich ergebenden Anforderungen in einzelnen Bezirken betrieben werden. Die statistische Erfassung des Ergebnisses ausser in der Hauptsache für den Zeitpunkt nach Durchführung der Anforderungen vorbehalten bleiben. Der Abschluss, der aus der allgemeinen Wohnungsaufnahme sich ergebenden Anforderungen steht unmittelbar bevor. Es wird dann möglich sein, über das Ergebnis zunächst vorläufige Daten zu veröffentlichen. Die mit der Wohnungsaufnahme zu verbindende statistische Erfassung der Wohnungsverhältnisse ist bereits in der Zwischenzeit vorbereitet worden und wird nunmehr mit allen verfügbaren Kräften durchgeführt werden. Es wird daher hinsichtlich der Hauptfragen (Zahl der angeführten Wohnungen nach Grösse, Bezirken u.s.w.) bereits in den nächsten Wochen, hinsichtlich der genaueren statistischen Aufarbeitung (hinsichtlich Wohnungspreis, Bevölkerung, Dichte u.s.w.) in Laufe des heurigen Sommers das vollständige Material vorgelegt werden können.

GR. Angeli (chr.-soz.) sagt, dass der Skonist der österr.-ung. Bank Konrad Marx in seinen Wohnsitz in Wien die Staatsbürgerschaftserklärung für Deutschösterreich abgegeben und sich um die Heimatsberechtigung in Wien bewerben wollte, aber mangels des Nachweises des ununterbrochenen Aufenthaltes ab 1.8. 1914 in Deutschösterreich abgewiesen wurde. Er fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat bzw. die Bezirksämter zu beauftragen, dass sie gegenüber dem Bediensteten der österr.-ung. Bank mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeit ihrer Dienstleistung, in Fällen wo diese sich um die österreichische Staatsbürgerschaft bzw. Heimatsberechtigung in Wien bewerben eine Ausnahme gelten zu lassen und diese Ansuchen einer besonderen Behandlung unterziehen.

Bgm. Reumann: Die magistratischen Bezirksämter sind seinerzeit allgemein angewiesen worden, den Parteien bei der Nachweisung des ordentlichen Wohnsitzes durch gegebenenfalls von antworten vorzunehmende Erhebungen unterstützend entgegen zu kommen, was auch tatsächlich geschehen ist. Auch auf die besonderen Verhältnisse wird Rücksicht genommen, soweit dies im Rahmen des Gesetzes möglich ist. Seit der Kundmachung des Gesetzes vom 17. Oktober 1919 kann jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft durch Erklärung überhaupt nicht mehr erworben werden. Auch das Heimatrecht kann durch ausdrückliche Aufnahme nur in Folge der Freitragung auf Grund der Fovelle von Jahre 1896 erlangt werden. Es ist bemerkenswert, einmal wird die energische Ausweisung aller

Galizianer verlangt - wie es in der Interpellationsbeantwortung auch heisst, ist Konrad Marx ein galizischer Flüchtling - und dann wieder wird verlangt, dass sie aufgenommen werden sollen.

GR. Angeli (chr.-soz.) interpelliert wegen der Wiedererrichtung der Strassenbahnhaltestelle beim Jägerbad.

Bgm. Reumann: Die Haltestelle Bergsteigergasse in der Jägerstrasse ist am 12. Oktober v. J. gleichzeitig mit 100 anderen Haltestellen wegen der Kohlennot über behördlichen Auftrag aufzuheben. Die in dieser Woche im Staatsamt für Handel und Gewerbe gepflegten Erhebungen haben nun zu dem Ergebnis geführt, dass ein Abbau dieser Sparrassensachen derzeit noch nicht möglich ist. Es muss daher auch mit der Wiedererrichtung der bezeichneten Haltestelle bis zum Eintritt einer Besserung in der Kohlenversorgung zugewartet werden. Es ist zu hoffen, dass die vorzeitige Wiedereröffnung dieser Haltestelle auch die vorzeitige Wiedererrichtung anderer Haltestellen nach sich ziehen würde, was aber im Hinblick auf die noch immer bestehende ausserordentliche Kohlennot unbedingt vermieden werden muss.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass trotz des Mieterschutzgesetzes in den letzten Monaten seitens der Hausbesitzer nicht gerechtfertigte Mietzinserhöhungen zwischen 20 und 60 % vorgenommen werden und fragt, ob der Bürgermeister bereit ist die Bevölkerung in entsprechender Weise darauf aufmerksam zu machen, dass bei Mietzinserhöhungen jeder Betroffene das Recht hat, die Entscheidung des Mietamtes seines Wohnungssitzes anzurufen, dass wegen der Nichtannahme einer Mietzinserhöhung die Wohnungskündigung nicht erfolgen darf und dass die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes nicht zu befürchten ist.

Bgm. Reumann: Die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung sind seinerzeit in der Presse besprochen worden. Seither sind Monate verstrichen und es ist nicht zu bezweifeln, dass Vielen aus der Bevölkerung die Kenntnis mancher Bestimmungen dieser Verordnung mangelt. Ich bin daher gerne bereit, dem Wunsche des Interpellanten nachzukommen, bemerke aber schon heute, dass zu einer Befürchtung, die Mieterschutzverordnung werde binnen kurzem aufgehoben werden, in Anbetracht dessen, dass die Lage des Wohnungsmarktes derzeit noch viel ungünstiger als zur Zeit der Erlassung der geltenden Verordnung kein Anlass gegeben ist. Schliesslich möchte ich um Richtigstellung einer Behauptung der Anfrage zur Vermeidung eines Irrtumes hervorheben, dass zwar die Kündigung wegen Nichtannahme einer Mietzinserhöhung nicht unzulässig ist, dass aber der Gekündigte durch Vorbringen der Einwendung einer nichtstatthaften Mietzinserhöhung die Möglichkeit schaffen kann, die Einholung der Entscheidung des Mietamtes über die Zulässigkeit der Mietzinserhöhung herbeizuführen.

GR. Dr. Ehrlich (Jüd.Nat.) sagt in einer Anfrage, dass vier Kriegsblinde/in Kriegsblindenheim in Döbling das Korbflechten lernen, um Bewilligung von Fahrpreisermäßigungen auf der Strassenbahn angesucht haben, aber deswegen abgewiesen wurden, weil sie polnische Staatsangehörige sind, und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass den vier Bittstellerin die angesuchte Fahrpreisbegünstigung erteilt wird.

Bgm. Reumann: Nach dem grundlegenden Beschlusse des Stadtrates ist die österreichische Staatsbürgerschaft eine der ersten Bedingungen für die Bewilligung von Fahrpreisbegünstigungen auf der Strassenbahn. Eine Ausnahme lässt der Beschluss nicht zu. Ich werde die Anfrage als Antrag ansehen und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuführen. Der Bürgermeister bemerkt dann noch: Ich habe bereits im Laufe der Woche mit dem Staatsamte für soziale Fürsorge Rücksprache wegen der Kriegsbeschädigten genommen. Wir haben bis heute zirka 13000 Strassenbahnkarten, hiervon 6000 völlig frei, die anderen mit 50% Ermässigung ausgegeben. Dies ist eine ungemein schwere Belastung. Ich habe beim Staatsamte für soziale Fürsorge dargelegt, dass es Aufgabe der Regierung ist, diese Lasten zu übernehmen. Ich habe ein günstiges Resultat nicht erfahren. Allerdings sind eine ganze Reihe von Abmachungen getroffen worden, um einen kleinen Teil jener Auslagen von Seite des Staates zu decken. Besonders auch die Kosten des Invalidenamtes. Es sind dies furchtbare Lasten, die uns aufgebürdet wurden. Bezüglich der nicht zu Oesterreich gehörigen, also der Ausländer, wird allerdings eine Vereinbarung mit dem Staatsamte nicht zu erzielen sein. Darauf möchte ich sie aufmerksam machen.

GR. Weidl (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage, dass die ersten aus der Remise Favoriten ausfahrenden Strassenbahnwagen erst um 6 Uhr 10 Minuten früh auf den Keplerplatz zurückkommen, wodurch viele Arbeiter des 10. Bezirkes die Wagen nicht benutzen können und fragt, ob es nicht möglich wäre, diesen Uebelstände dadurch abzuheben, dass in der Früh zur selben Zeit, wo die ersten Wagen die Remise verlassen ein oder zwei Züge von der Remise Stammering über den Geiselberg bis zur Remise Favoriten geleitet werden.

Bgm. Reumann: Nach der von mir eingeholten Erkundigung wäre die ins Auge gefasste Massnahme allerdings fahrplantechnisch möglich, ist aber mit Rücksicht auf die Dienstverteilung und die Linienführung undurchführbar, da die Bahnhöfe Sinnering und Favoriten keine korrespondierenden Linien besitzen und daher die in der Früh eingeschobenen Züge nicht mehr weiter verwendet werden könnten.

GR. Ertler (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist für die Hin- und Rückfahrt auf der Strassenbahn für den Schrebergärtner denselben Fahrpreis festzusetzen wie im Vorjahre um diese Zeit.

Bgm. Reumann: Ich bin selbstverständlich nicht berechtigt, eine aufrechte Verfügung im Sinne der Anfrage zu treffen, dafür eine solche im Rahmen des grundlegenden Stadtratsbeschlusses kein Platz ist. Ich werde die Anfrage als Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuführen.

GR. Schön (Soz.-Dem.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass den Kindern von 2 bis 6 Jahren der Milchbezug und der Bezug von Zubussen eingestellt wird, der diese schwer trifft und fragt, ob der Bürgermeister von diesen Massnahmen Kenntnis hat und was er zu veranlassen gedankt, dass die Kinder wenigstens Milch zugewiesen erhalten.

Bgm. Reumann: Die Kinder von 2 bis 6 Jahren beziehen nach wie vor als Ersatz für Frischmilch Kondensmilch und zwar jedes Kind nach dem vom Volksernährungsamt genehmigten Schlüssel 1 Dose für 2 Wochen. Der Bezug von Frischmilch musste bereits vor zirka einem Jahre eingestellt werden, da die Anlieferung schon damals nur ausreichte, um Säuglinge und Kranke mit dem Pflichtquantum zu bedienen. Angesichts des steten Sinkens der Milchzufuhren kann leider auch demalen an eine Beteiligung der Kinder von 2 bis 6 Jahren mit Frischmilch nicht gedacht werden.

GR. Fawerka (chr.-soz.) fragt, was der Bürgermeister tun wolle, dass der Gemeinderatsbeschluss vom 24. April 1919 betreffend die Dienstordnung für die städtischen Angestellten auch für die Lehrpersonen zur Durchführung gelangt und wann die Personalvertretung für die Lehrerschaft aktiviert wird.

Bgm. Reumann: Der für die Lehrpersonen wichtigste Teil der genehmigten Dienstordnung für die Angestellten (Gehalt, Anstellung, Vorrückung) ist durch das Gesetz vom 3. Juli 1919 in Wirksamkeit getreten. Die Anwendung der noch erübrigenden Teile der allgemeinen Dienstordnung, darunter auch die Aktivierung der Personalvertretung auf die Lehrpersonen macht eine Aenderung geltender gesetzlicher Bestimmungen notwendig. Die bezüglichen Verhandlungen sind anhängig und werden die Verlagen ehestens zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

GR. Jeneschik (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage, dass es ein bis zwei Wochen dauert, bis ärztliche Anträge auf Anstellung von Milchkarten durchgeführt werden, was die Kranken schwer trifft. Er fragt, ob dem Bürgermeister diese Tatsache bekannt ist und was er zu veranlassen gedanke, damit die plötzlich Erkrankten und in den meisten Fällen nur auf Milchnahrung angewiesenen sofort in den Besitz der Milchkarte kommen.

Bgm. Reumann: Um plötzlich erkrankten Personen, welcher der Milch als Heilmittel bedürfen, diese sofort zu verschaffen, wurde bereits im Februar 1919 vom Gesundheitsamte mit einem Rundschreiben an die städtischen Bezirksärzte die Verfügung getroffen, dass dringende Ansuchen um Krankmilch von den Parteien täglich von 9 Uhr vormittags direkt dem Bezirksarzte übergeben werden können und von diesem sofort zu erledigen sind. Ich werde die Bezirksämter anweisen, die Bevölkerung auf diese Verfügung ausdrücklich aufmerksam zu machen und gegebenenfalls direkt an die Bezirksärzte zu weisen.

GR. Marie Wieseloh (chr.-soz.) interpelliert wegen der Uebelstände bei der Ausgabe der Früh- und Rückfahrtscheine der Strassenbahn und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Verkaufsstellen vermehrt, auffällig bezeichnet, ausreichend mit Karten versehen und an jenen Ständen offen gehalten werden, die den Bedürfnissen der Kartenbenützer entsprechen.

Bgm. Reumann erwidert, dass die provisorischen Papierplakate, die bis zur Fertigstellung der Verkaufshütten, diese gekennzeichnet haben, von fremder Hand vielfach abgerissen wurden. Die Erneuerung der Papierplakate wurde veranlasst. Einschliesslich der Verkaufsstellen in den 17 Betriebsbahnhöfen, der Ausgabestellen in der Rahlgasse und in der Favoritenstrasse 9 seien derzeit 39 Verkaufsstellen für Vorverkaufsscheine in Betrieb und in der nächsten Zeit würden noch 5 bis 6 neue Verkaufsstellen errichtet werden. Es ist

beabsichtigt, die Verkaufszeit in den einzelnen Verkaufsstellen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends durchlaufend einzuführen, jedoch kann dies erst geschehen, bis die notwendige Anzahl von Verkäufern, wozu in erster Linie gesignete Kriegbeschädigte verwendet werden sollen, für diesen Dienst geschult sind.

GR. Marie Wieseloh (chr.-soz.) fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, mit der Vienna Public Feeding, die ein nicht auf Gewinn rechnendes Unternehmen darstellt, sondern ein Humanitätsakt ist, in Verhandlung zu treten, dass sie von der bereits kundgemachten Preiserhöhung bei der öffentlichen Ausspeisung Abstand nimmt.

Bgm. Reumann: Da die Gemeinde im Aufsichtsrat der Vienna Public Feeding vertreten ist, so werde ich mir über die Gründe der Preiserhöhung berichten lassen und dann die weiteren Verhandlungen einleiten.

GR. Klimesch (Tschecho) interpelliert wegen der Aufstellung von Bänken in den Parkanlagen der Gemeinde im 10. Bezirk und verlangt die in den Magazine befindlichen Bänke ihrer Bestimmung zuzuführen.

Bgm. Reumann: Die Bänke werden im Herbst aus den verschiedenen Gartenanlagen entfernt, um Entwendungen und Beschädigungen der Bänke zu verhindern. Mit Eintritt der warmen Jahreszeit, in der die Entwendung von hölzernen Bankbestandteilen nicht mehr zu erwarten ist, also in den nächsten Wochen, wird mit der Wiederaufstellung der noch gut erhaltenen Bänke begonnen werden, wobei ich jedoch bemerke, dass in verschiedenen Bezirken Wiens, unter diesen auch besonders im 10. eine grosse Anzahl Bänke beschädigt wurde. Die Instandsetzungsarbeiten werden wohl gemacht, doch sind sie derzeit noch nicht so weit vorgeschritten, dass sofort mit der Aufstellung begonnen werden kann.

GR. Klimesch (Tschecho) überreicht eine Anfrage betreffend den Schleichhandel in der Umgebung der Wiener Bahnhöfe und fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass diese Uebelstände abgeschafft werden.

Bgm. Reumann: Ich werde diese Anfrage unter einem mit einer zweiten vom Herrn GR. Klimesch eingebrachten Interpellation, die sich auch mit dem Schleichhandel befasst, beantworten.

GR. Klimesch (Tschecho) interpelliert wegen des Treibens der Schleichhändler in den Kaffeehäusern und fragt, ob der Bürgermeister beim Kriegswuchereramt dahin wirken wolle, dass solche Lokale unter die strengste Kontrolle der kompetenten Behörde gestellt werden.

Bgm. Reumann: Die Strafgewalt in kriegswirtschaftlichen Uebertretungsfällen, soweit sie den Verkehr mit Bedarfsgegenständen betreffen, wurde für Wien mit dem Erlasse der Landesregierung vom 4. September 1919 ab 1. Oktober 1919 der Polizeidirektion (Kriegswuchereramt) übertragen. Dieser kommt auch das Recht zu, den Verfall von Bedarfsgegenständen zu erkennen. Es fällt demnach auch die Ausübung der Strafgewalt hinsichtlich des Schleichhandels in die Kompetenz der Polizeidirektion. Selbstverständlich wenden aber auch der Magistrat und die Organe des Marktamtes den Schleichhandel ihr vollstes Augenmerk zu und schreiten innerhalb ihres Wirkungskreises mit grösster Strenge ein, wie sie überhaupt bei der Bekämpfung des Schleichhandels Hand in Hand mit den staatlichen Polizeibehörden vorgehen. Was das Treiben der Schleichhändler in den Kaffeehäusern betrifft, so ist aus den Berichten in den Tagesspätblättern bekannt, dass das Kriegswuchereramt fortgesetzt Streifungen in jenen Kaffeehäusern vornimmt, die den Tunnelplatz für das volkschädigende Treiben der Schleichhändler abgeben. Ich werde beide Anfragen der Polizeidirektion mitteilen und ersuchen, gegen die Schieber und Schleichhändler zum Schutze des anständigen Teiles der Bevölkerung unangesehen mit unnahezüglicher Rücksichtslosigkeit vorzugehen.

GR. Klimesch (Tscheche) fragt, ob der Bürgermeister sich dafür einsetzen wolle, dass die Sperrung der Haustore auf 9 Uhr abends verlegt wird.

Bgm. Reumann: Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und dem städtischen Komitee zur Beratung der durch die Brennmaterialnot gebotenen Sparmassnahmen übermitteln.

GR. Klimesch (Tscheche) interpellierte wegen tätlicher Angriffe gegen tschechische Schüler des Privatrealgymnasiums in der Schützengasse in der Strassenbahn.

Bgm. Reumann: Für die Sicherheit des Eigentums und der Person hat in Wien vor allen die staatliche Polizei zu sorgen. Ich werde daher von der Anfrage und den ihr zugrundeliegenden Vorfällen die Polizeidirektion verständigern.

GR. Klimesch (Tscheche) interpellierte wegen der am Samstag in der Volkshalle des Rathauses gehaltenen Reden gegen die tschechoslowakische Nation und die tschechoslowakische Republik und fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, wenigstens innerhalb des Rathauses solche Veranstaltungen, die das freundschaftliche Verhältnis der beiden Republiken bedrohen, zu verhindern.

Bgm. Reumann: Ich gehe bei der Vergabung der Volkshalle von dem Grundsatz aus, diese ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession, oder politische Richtung für Versammlungen zu überlassen, wobei ich jedoch stets die Bekanntgabe des Zweckes verlange. Auf den Verlauf der Versammlungen selbst steht mir naturgemäss kein Einfluss zu. Der Zweck der vorliegenden Veranstaltung war ein pietätvoller. Von besonderen Vorfällen bei derselben ist mir nichts bekannt. Ich habe daher keine Veranlassung besondere Verfügungen zu treffen. Ich hebe ausdrücklich hervor, wenn ich gleich ein Zensurrecht an den Reden hätte, würde ich es nie ausüben. Ich habe alle Ursache für alle, die das Versammlungsrecht in Anspruch nehmen, die Redefreiheit in der gleichen Weise zu wahren. Ich kann mich in eine Zensur von Reden nicht einlassen.

GR. Siretek (Tscheche) interpellierte wegen der Auswahl der Kinder, die mit den Kinderhilfsaktionen ins Ausland gehen, und führt Fälle an, in denen tschechische Kinder abgewiesen wurden.

Bgm. Reumann: Ich werde die angeführten Fälle, soweit sie das städtische Jugendamt betreffen untersuchen und nach dem Ergebnis der Untersuchung das entsprechende verfügen. Jedenfalls werde ich Vorsorge treffen, dass das städtische Jugendamt bei der Auswahl der Kinder für die Unterbringung im Auslande mit strengster Objektivität vorgeht.

GR. Klimesch (Tscheche) interpellierte betreffend die Benachteiligung von Kindern tschechischer Nationalität bei der Auswahl für die Kinderhilfe.

Bgm. Reumann: Ich werde auch diesen Fall untersuchen lassen und hernach das Entsprechende verfügen.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) interpellierte wegen der Pensionierung von Leitern der städtischen Schulen.

Bgm. Reumann: Die in der Anfrage berührte Angelegenheit fällt in den Wirkungskreis der staatlichen Schulbehörden. Ich werde die Anfrage daher als Antrag betrachten und dem Bezirksschulrat übermitteln.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) interpellierte betreffend den Verkauf von Lebensmittel in den Konsumstalten der Postangestellten zu Schleichhandelspreisen und fragt, ob die Wahrung des Gesetzes die an das Lebensmittelager der Polizeidirektion zu übermässig hohen Preisen liefernden Schleichhändler der gesetzlichen Antshandlung zugeführt werden oder ob sie sie gleich den dem § 21 zuwiderhandelnden besonderer Rechtswahl-taten erfassen.

Bgm. Reumann: Mir sind die Einkaufs- und Verkaufsmodalitäten des Lebensmittelagers der Polizeidirektion nicht bekannt und ich weiss daher auch nicht, ob dort zu Schleichhandelspreisen eingekauft wird. Ich würde meinen, dass sich die Polizeiorgane, in deren Wirkungskreis ja auch die

Bekämpfung des Kriesswuchers gehört, selbst vor Ueberschneidung schützen können und werden. Ich bin übrigens gerne bereit diese Anfrage dem Polizeipräsidenten zu übermitteln.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) weist darauf hin, dass in Dezember 1918 die Geschäftsleute durch Organe des Marktamtes und des Kriegswucheramtes aufgefordert wurden, die Preise bei gewissen Waren aus der Auslage zu entfernen und fragt, ob der Bürgermeister eine Untersuchung einleiten wolle, von welcher Stelle aus die Geschäftsleute zur Entfernung der Preise verhalten wurden, und ob er bekanntgeben wolle, ob der Zweck der Entfernung darin bestand, der Aufreizung der Bevölkerung entgegen zu wirken oder gegenüber der amerikanischen Mission die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern.

Bgm. Reumann: Wie mir von Magistrat berichtet wird, ist die Verfügung über einen im kurzen Weg erfolgten Auftrag des Volksernährungsamtes erfolgt und sollte den Zweck haben, in den Tagen grösster Erregung vor unbedachten Akten der Zerstörung, zu welchen die hohen Preise nach Ansicht der Behörden verleitet hätten, abzuhalten. Es wurde die Beobachtung gemacht, dass diese Preissteigerungen so sprunghafte waren, dass von einem Tag zum andern namhafte Preisdifferenzen entstanden. Die Erregung, die darüber vielfach herrschte, wurde damals dadurch gedämpft, dass diese Preise überhaupt nicht angeschrieben worden sind. Nun hat sich aber ergeben, dass die Anschreibungen von Preisen eine dringende Notwendigkeit sind, und es ist im Einvernehmen mit der Marktbehörde veranlasst worden, dass strenge darauf gesehen wird, dass die Preise tatsächlich ersichtlich gemacht werden.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) Aber eine Rechtunsicherheit entsteht, wenn die einen sagen, gebt die Zettel weg, und die anderen, Ihr müsst sie haben.

Bgm. Reumann: Das ist damals zum Schutze der Käufer selbst geschehen; wiederholt haben Käufer bei mir vorgeschrien, und haben mich darum gebeten, dass eine solche Massnahme getroffen wird, weil man die grössten Befürchtungen hegte, und bereits Drohungen gegenüber den Käufern ausgesprochen wurden.

GR. Dr. Bloschkes (jud.-nat.) richtet an den Bürgermeister eine Anfrage, ob dieser geneigt wäre, das städtische Landwirtschaftsamt anzuweisen, 1.) für Schrebergärten und Spielplätze in der Leopoldstadt und Brigittenau unverweilt geeignete Plätze ausfindig zu machen, insbesondere den Augarten in Benützung zu nehmen. 2.) Die Kriau zum überwiegenden Teile für Schrebergärten zuzuweisen, 3.) den ehemaligen hofärarischen Behörden wegen Ueberlassung sämtlicher noch unbenützter Gründe rechts von der Hauptallee behufs Anlage von Schrebergärten und Spielplätzen sofort in Verbindung zu treten.

Bgm. Reumann: zu 1.) Mit Rücksicht auf die grosse Anzahl von Kleingärten aus dem 2. und 20. Bezirke hat das Landwirtschaftsamt bereits alle irgendwie in Betracht kommenden Flächen des Bezirkes für Anbauzwecke in Benützung gezogen. Brachflächen sind innerhalb des verbauten Gebietes der beiden Bezirke überhaupt nicht vorhanden. Hingegen könnten Teile des Augartens für Spiel- und Anbauzwecke herangezogen werden. Ich werde das Landwirtschaftsamt anweisen, in dieser Richtung mit den beteiligten Faktoren Fühlung zu nehmen. Zu 2.) Das Landwirtschaftsamt hat mit Rücksicht auf die grosse Anzahl der eingelaufenen Ansuchen um Zuweisung von Kleingärten bereits wiederholt um die Freigabe der Kriau oder von Teilen der Kriau für Anbauzwecke (Kleingartenanlagen, Kinderspielplätze u.s.w.) ersucht. Die Erledigung dieser Frage hängt aber vornehmlich davon ab, ob das Projekt der Errichtung einer Hindernisrennbahn in der Kriau in dem derzeit geplanten Umfange zur Durchführung gelangt. Eine Entscheidung ist hierüber noch nicht getroffen und steht auch nicht mir zu. Zu 3.) Das Landwirtschaftsamt bemüht sich, seit mehr als einem Jahre von Seite der hofärarischen Behörden ausserdem bereits überlassenen Flächen der Wasserwiese auch noch weitere Teilflächen des Praters für Anbauzwecke zu bekommen. Alle Bemühungen sind jedoch bisher gescheitert. Auf Grund einer Besprechung der zwischenstaatsämtlichen Kommission wurde bestimmt, dass eine Arrondierung bzw. Erweiterung der derzeitigen Kleingartenanlage im Prater nicht mehr erfolgen dürfe.

GRin Josefine Kurzbauer (chr.-soz.) sagt in einer Anfrage an den Herrn Bürgermeister, dass die Prämieinzahlungen bei allen städtischen Versicherungen zur Deckung von Verwaltungskosten um 10% erhöht wurden. Da jedoch die städt. Leichenversicherung ihre Verpflichtungen nicht annahm, da die Leichen nicht mehr im Hause aufgebahrt, sondern von der Leichenhalle aus zu Grabe getragen werden, wäre hier eher eine Ermässigung der Prämieinzahlungen Platz.

Den mit dieser Vertragsänderung Nicht-einverständigen wird eine Rückvergütung des eingezahlten Geldes angeboten. Diese Personen haben sich aber nicht auf Geld versichert, sondern auf ein standesgemässes Leichenbegängnis.

Bgm. Reumann sagt, er werde die Anfrage, da sie erst um dreiviertelzeit überreicht worden sei, in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Haider (chr.-soz.) sagt in einer Interpellation, dass die im Handels- und Transportarbeiterverband organisierten Bediensteten des Strassenbahnhofes Hernald beschlossen haben, dass sich sämtliche Bedienstete dieses Bahnhofes in diesen Verband zu organisieren hätten und dass der Vereinskasten des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs von den Vertrauensmännern des Handels- und Transportarbeiterverbandes vom Bahnhofe gewaltsam entfernt wurde und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Koalitionsrecht der Strassenbahner unterschiedslos zu wahren und zu veranlassen, dass der Vereinskasten wieder angebracht werde.

Bgm. Reumann: Ich möchte den Interpellanten darauf aufmerksam machen, dass es in der Interpellation heisst, dass die organisierten Arbeiter, beschlossen haben. Es wurde also ein Beschluss gefasst und der ist an den Ankündigungstafeln kundgemacht worden. Es war dies also keine Verlautbarung von Seiten der Direktion oder von mir, ich habe somit das Koalitionsrecht nicht verletzt. Ich werde übrigens in dieser Sache Erhebungen pflegen lassen, was auch bezüglich des Kastens, von dem der Interpellant spricht, geschehen wird. Es sind mir in letzter Zeit aus verschiedenen Bahnhöfen Meldungen zugekommen; ich werde die notwendigen Erhebungen vornehmen lassen und mich nicht scheuen dem Gemeinderate einen Bericht über die jetzt herrschende Bewegung auf den Bahnhöfen zu erstatten.

GR. Linder (Soz.-Dem.) beantragt: Die Direktion der Strassenbahn möge verfügen, dass zur gleichen Zeit, wo die ersten Strassenbahnwagen von der Remise Kreuzgasse abfahren, auch die Strassenbahnwagen der Linie 41a abfahren können. Es soll damit den in Neugersthal wohnenden Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gegeben werden, von der ihrer Wohnung am nächstliegenden Endstation abfahren zu können und die gleiche Strecke zur Heimfahrt zu benützen.

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) stellt den Antrag: Es ist ein fünfgliedriger Ausschuss einzusetzen, der über die Einrichtung eines Lehrganges und Seminars für Kommunalwissenschaftler an der Wiener Universität ehestens Vorschläge zu unterbreiten hat. Dieser Ausschuss hat von einer Fachautorität ein Gutachten einzuholen und ausserdem mit dem deutschösterreichischen Städtetag das Einvernehmen zu pflegen.

GR. Linder (Soz.-Dem.) beantragt: Der Bürgermeister möge in kurzem Wege jene etwa bestehenden bürokratischen Bestimmungen, welche die Strassenpflege an bestimmte Termine binden, aufheben und anordnen, dass wenigstens in der freistehenden Zeit die Bespritzung der Strassen dann erfolge, wenn die Staubplage die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet.

GR. Reiniger (chr.-soz.) beantragt, die Gemeinde möge dahin wirken, dass der Mitteltrakt der Rudolfskaserne für Fussgänger geöffnet wird, damit eine Verbindung vom 1. Bezirk in den 9. Bezirk hergestellt wird.

GR. Klimesch (Tscheche) beantragt die Verlängerung des Strassenbahnverkehrs bei erhöhtem Tarif bis 10 Uhr abends.

GR. Machet (Tscheche) stellt den Antrag: In kürzester Zeit werden auf Kosten der Gemeinde passende Spielplätze für tschechische Schulkinder im 2., 10., 12., 13., 16., 19., 20. und 21. Bezirk errichtet, die auch tschechische Kinder anderer Bezirke, in denen keine Spielplätze sind, benützen können.

GR. Grünbeck (chr.-soz.) beantragt den Schaden, der in Feingebirge Allee in Dornbach angerichtet wurde, kommissionell feststellen zu lassen, teilwei-

se Schadenverletzungen und Herabsetzung der Strassenabfuhr vorzunehmen und über den Faktor zu belassen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) beantragt die Uebernahme von 25 Plätzen in dem Erholungsheim in Krems für tuberkulosegefährdete Kinder männlichen Geschlechtes.

Frau GR. Walter (chr.-soz.) richtet an den Referenten die Anfrage, ob die Einrichtungen im Erholungsheim ausüben modernen Anforderungen entsprechen, ob in dem Erholungsheim die Kinder solange verbleiben können, dass nach menschlicher Voraussicht keine Folgen der furchtbaren Krankheit zu befürchten sei. Es sei auch sehr wichtig zu erfahren, welchen Einfluss die Gemeinde Wien auf die Verwaltung und den Betrieb des Heimes habe und Rednerin wünscht schliesslich, dass auch Mädchen in eine solche Anstalt entsendet werden mögen.

Der Berichterstatter erwiedert, das Heim unterstehe dem Landesjugendamt. Die Mädchen und Frauen seien in Steinklarau unterzubringen und wenn auch das Heim noch kein idealer Aufenthaltsort sei, so würden dessen Einrichtungen doch fortlaufend gebessert werden und man könne so halbwegs mit ihnen zufrieden sein. Die Kinder bleiben solange im Heime als sich Symptome der Erkrankung zeigen und so sehr es auch gut wäre, wenn man einen längeren Aufenthalt bewilligen könnte, müsse doch entsprechend für die Freiwerdung von Plätzen Sorge getragen werden, weil ein ungeheures Bedürfnis nach solchen Erholungsstätten bestehe.

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) stellt den Antrag vom 16. März an die Verpflegungskosten für das Bürgerversorgungshaus mit 14 K täglich und für die übrigen städtischen Versorgungsanstalten mit 12 K täglich festzusetzen.

GR. Erntner (Deutschnational) erklärt, es sei das Hauptaugenmerk darauf zu richten, dass der Stand des Personals in derartigen Anstalten verringert werden, denn vielfach seien diese gewissermassen eine Versorgungsanstalt für Leute, die nicht hin gehören. Der Berichterstatter erwiedert: Diese Frage sei in Beratung und wo eine Verringerung möglich sei, werde diese vorgenommen werden. Es seien aber über viele Anstalten diesbezüglich ganz unrichtige Behauptungen im Umlaufe.

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

Nach Anträgen des GR. Hellmann (Soz.-Dem.) werden für Gehaltsvorschüsse an das Lehrpersonal von 230.000 K, Gehaltsvorschüssen die Schulwarte von 22.000 K, Aushilfen für aktive Lehrpersonen von 21.000 K, Aushilfen an aktive Schulwarte, Lehrer und Schulwarte im Ruhestande und an Hinterbliebene von solchen von 140.000 K, zur Beistellung von Lernmittel von 22.000 K als Zuschusskredit genehmigt.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) berichtet über die Gewährung von Subventionen für die Gemeinschaftsküchen bei den Elektrizitätswerken im Gesamtbetrag von 9000 K.

GR. Josefine Kurzbauer (chr.-soz.) meint, dass es zur Bewilligung von Subventionen auch notwendig sei, dass man wisse, welche Speisenfolge in den Küchen gegeben wird, ob auch die Angehörigen der Bediensteten in den Küchen essen, von wem die Küchen bedient werden u.s.w. Erst dann könne über die Höhe der Subventionen gesprochen werden.

GR. Paulitschke (chr.-soz.) wundert sich darüber, dass, wenn die Küchen der Elektrizitätswerke subventioniert werden, nicht auch die Gemeinschaftsküche der Angestellten im Rathaus subventioniert wird. Er beantragt auch die Gemeinschaftsküche im Wiener Rathaus eine Subvention zu bedenken.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) sagt, dass die Subvention ja nicht allein zur Aufbesserung der Kost gegeben werde. Die Preise der Speisen hängen eben von den Preisen der Belieferung und auch von der Art der Speisen ab. In den 3 Küchen der Elektrizitätszentrale und in Ebenfurth werden 3000 Personen verköstigt. Dem Antrage des GR. Paulitschke könne er nicht zustimmen, da es sich eben nicht um eine Subvention zur Verbesserung der Kost handelt.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag Paulitschke genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) beantragt mit Rücksicht auf die durch den Dienst der Viehmarkt Schlachthofarbeiter und Arbeiterinnen bedingte starke Abnutzung der Kleider und Schuhe derselben und auch die hohen Anschaffungskosten einen Zuschusskredit von zirka 35.000 K für die einmalige Beistellung von 96 Arbeitern und 8 Arbeiterinnen mit je einem Paar Holzschneiderschuhen sowie mit 110 kurzen Arbeiterkitteln aus Feldtuch zu bewilligen.

GR. Dr. Alma Seitz (chr.-soz.) Ich begrüesse im allgemeinen die Auffassung, dass man den Arbeitern und Angestellten durch Beistellung von Kleidungsstücken mehr dient, als durch Geldzulagen. Ich bin aber auch sehr dafür, dass diese Massnahmen nicht auf einen kleinen Kreis beschränkt bleiben, sondern auch derthin ausgedehnt werden, wo sie notwendig sind. Es gibt auch andere Gruppen von Angestellten der Stadt Wien, die solche Abnutzungen zu tragen haben und möchte auf die städtischen Fürsorgerinnen hinweisen, die einen sehr anstrengenden Aussendienst haben und eine ungeheure Abnutzung ihrer Schuhe ertragen müssen. Aber noch nie ein Paar Schuhe erhalten haben. Ich möchte bitten, dass man auch diese Gruppen berücksichtigt. Aus dem Schlussworte des Berichterstatters GR. Schorsch wird der Antrag angenommen.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) referiert über die Dienstzeitanrechnung der Pensionsbemessung für die von den städtischen Strassenbahnen übernommenen Angestellten der städtischen Stellwagenunternehmung. Diesen wird die Zeit die sie in städtischen Diensten standen, zur Gänze, jene Zeit, die sie vorher bei der Vienna General Omnibus Kompagnie zubrachten, zur Hälfte angerechnet.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) verweist auf seinen bereits im Stadtrat gestellten Antrag wegen voller Einrechnung der Dienstzeit für die Pension und für die Verrückung in höhere Gehaltsstufen, der von der Stellwagenunternehmung übernommenen Bediensteten und verweist auf das Präjudiz bei den Bediensteten der Gas- und Elektrizitätswerke, die von der Privatindustrie übernommen wurden, über welche Anrechnung er im März vergangenen Jahres referierte. Ich weiss, sagt Redner, dass die Omnibuskompagnie nur übernommen wurde, um die Bediensteten nicht brotlos zu machen, aber wenn man es bei allen Unternehmungen gemacht hat, ist es nur gerecht, wenn man es auch hier macht. Die Bediensteten wären gerne bereit die Pensionsquote nachzahlen, wenn sie die volle Dienstzeit angerechnet erhalten würden. Wenn sie aber nach zweifachem Mass gemessen werden, wird sich eine tiefe Erbitterung unter den betroffenen Bediensteten geltend machen. Ich weiss, dass mein Antrag unabhängig von dem vorliegenden läuft, möchte aber doch bei der Gelegenheit schon ersuchen, dass sich der Referent der gerechten Forderung anschliesst und meinen Abänderungsantrag zustimmt, dass die Dienstzeit nicht zur Hälfte sondern zur Gänze angerechnet wird.

StR. Schorsch (Soz.-Dem.) betont in seinem Schlussworte, dass der vorliegende Antrag nur die Pension behandelt und die Anrechnung zur Verrückung eine eigene Sache ist. Er bittet daher um die Annahme des Stadtratsantrages.

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag abgelehnt und der Stadtrat antrag unverändert angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Schorsch (Soz.-Dem.) wird die Regulierung der Bezüge der im Kollektivvertrage stehenden Arbeiter der Gemeinde Wien städtische Leichenbestattung genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Siegel (Soz.-Dem.) werden die beantragten Baubewilligungen die Herstellungen zur Benzolanlage in Gaswerke Leopoldau genehmigt.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Erwerbung von Teilen des ehemaligen Kriegsspitales in Baumgarten durch die Gemeinde Wien. Es sollen 9 Baracken um den runden Betrag von 144.000 K für Wohnzwecke angekauft werden.

GR. Biber (chr.-soz.) bemängelt einzelne Punkte des Vertrages und stellt hierzu Abänderungsanträge.

GR. Glasauer (chr.-soz.) nennt das Referat ein Schulbeispiel für die jetzige Verwaltungskunst. Jahrelang schon steht das Kriegsspital leer,

und jetzt erst werde es zu Beschaffung von Wohnungen herangezogen. Es könnte der Fall eintreten, dass die Baracken der Gemeinde Wien später einmal zu Verleihen werden und er ersucht um Aufklärung wie das Abkommen mit den Grundbesitzern getroffen wurde und ob die Gründe in Hinblick der Gemeinde erhalten bleiben. Namens der Bevölkerung von Hietzing und auch ganz Wien verwarft sich Redner dagegen, dass in die Baracken vielleicht jüdische Bewohner einzeln sollen. Er befürchtet, dass die Mehrheit sich fürchtet, dass sie im Kriegsspitale einen grossen Stock von Wählern unter Umständen verlieren könnte, indem es immer eine grosse Anzahl gesunder Kranker gegeben hat. Denn es wäre sonst in Hietzing unmöglich gewesen, dass von 7 Sozialdemokraten, die gewählt wurden, 4 Juden sind und nur 4 Christlichsoziale.

Bgm. Reumann: Ich bitte zur Sache zu sprechen. Die Wahlen sind ja nicht mehr anzuzweifeln.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) weist darauf hin, dass sich in der nächsten Nähe des Kriegsspitales Bela Kun befindet, dem man vielleicht eine angenehme Umgebung verschaffen wolle.

Bgm. Reumann: Bitte das geht zu weit, sprechen Sie zur Sache!

Rufe bei den Chr.-Soz.: Er spricht ja zur Sache.

Bgm. Reumann: Diese Mädchen können Sie sich ersparen.

GR. Dr. Glasauer ersucht der Vergebung der Wohnungen an die Parteien ein besonderes Augenmerk zuwenden zu wollen und verlangt, dass die Bezirksvertreter des 13. Bezirkes über die Vergebung der Wohnungen ein gewisses Aufsichtsrecht, erhalte.

GR. Sofie Gärtner (chr.-soz.) lenkt die Aufmerksamkeit des Bürgermeisters auf die Barackenlager in der Laaerstrasse und betont diese Baracken hätten prächtig als Notstandwohnungen verwendet werden können. Zumindestens hätte man sie abtragen und das Material praktisch verwenden können. Heute sei alles verwüstet und das letzte Holz, das noch dort sei, werden davon getragen. Das zweite Barackenlager in der Laaerstrasse, das gegenwärtig noch vom Militär belegt sei, möge endlich einer praktischen Verwendung zugeführt werden.

In seinen Schlussworte erklärt sich der Berichterstatter mit den ersten 2 Anregungen des GR. Biber einverstanden, spricht sich aber gegen die Streichung des letzten Absatzes aus. Was die Aeusserung des GR. Glasauer betrifft, erklärt der Redner, wolle er darauf nicht eingehen, weil ihm das Verständnis dafür fehle, im Zusammenhang mit dieser Sache eine Judendebatte heraufbeschwären zu wollen. (Zwischenrufe bei den Chr.-Sozialen.) Bezgl. der Grundbesitzer bestehe die Absicht, diese einzelnen Parzellen, die noch dem Privatbesitz gehören, in den öffentlichen Besitz überzuführen. Wenn die Minorität alles kritisiert, was wir machen (Rufe bei den Christl.-Sozialen: So wie Sie) dann hört das Gewicht Ihrer Stimme auf, ein Gewicht zu sein und man kommt dazu zu sagen, lässt die Gesellschaft reden, was sie wollen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Zwischenrufe bei den Christl.-Soz.)

GR. Biber (chr.-Soz.) stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass es nicht angehe, dass man jetzt schon das Bezirksamt für den 13. Bezirk delegiere, die Gemeinde in einen Komitee zu vertreten, dass dormalen noch gar nicht existiert und dessen Statut noch gar nicht bekannt ist.

GR. Dr. Glasauer (chr.-Soz.) stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass die Ausführungen des Referenten ihn nicht befriedigen konnten.

Berichterstatter Dr. Siegel (Soz.-Dem.) Darf ich noch ein Wort sagen?

GR. Vaugoin (chr.-soz.) Das gibt es ja nicht nach der Geschäftsordnung.

Bgm. Reumann: Ueberlassen Sie die Geschäftsordnung gefälligst mir.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) In Stadtrat sind wir auch sehr streng behandelt worden.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit den 2 ersten Anträgen des GR. Biber angenommen, die Streichung des letzten Absatzes wird abgelehnt.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Berichte des StR. Siegel (Soz.-Dem.) wird das Projekt für den Bau von Hauptunratakanälen für die Kriegswohnhäuser auf der Schmelz im 13. Bezirke mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 448.406 K genehmigt.

Nach einem weiteren Berichte desselben Stadtrates wird das bei der Umgestaltung des Schlosses Neulengbach in ein Erholungsheim infolge von Preiserhöhungen und unvorhergesehenen Arbeiten entstandene Mehrerfordernis von 345.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Siegel werden Zuschußkredite im Betrage von 360.000 K für den Wasserleitungsbetrieb genehmigt.

StR. Siegel berichtet über die wegen der Vergrößerung des Strandbades Gänsehäufel notwendige Verlegung der städtischen Kindertageserholungsstätte vom Gänsehäufel in die Holzerau in Kaisermühlen mit einem Gesamterfordernis von 250.000 K und anschließend daran über ein Mehrerfordernis von 50.000 K wodurch sich die Gesamtkosten auf 300.000 K erhöhen.

GR. Wiesch Marie (chr.-soz.): Die Vergrößerung der Bäder auf dem Gänsehäufel ist nur zu begrüßen. Ich möchte aber aufmerksam machen, daß nicht nur das Familienbad sondern auch die anderen 2 Bäder vergrößert werden. Dem möchte ich ersuchen, daß die Kindertageserholungsstätte soweit es das Gemeindegeldvermögen ermöglicht groß und modern ausgestattet werde. Ich möchte ferner aufmerksam machen, daß man endlich auch der kranken und siechen Kinder gedenke, die nicht mehr ins Ausland gehen können, und daß diese Kinder mit Nahrungsmitteln großzügig berücksichtigt werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ersuchen, daß man der Spielplätze gedenke und möchte darauf aufmerksam machen, daß wir im 2. Bezirke noch immer einen Jugendspielplatz missen müssen.

GR. Wawerka (Chr.-soz.) Auf dem Gänsehäufel sollen einmal stabile Verhältnisse geschaffen werden. Es wird einmal hier eine Klasse geschaffen, dann wieder verlegt u.ä.w. Es wird notwendig sein, einen Generalregulierungsplan für das Gänsehäufel zu schaffen, der auf alle Erweiterungen Rücksicht nimmt, so daß die fortwährenden Verlegungen die Gemeinde nur belasten. Die Kosten der Verlegung wurden am 4. März vom Stadtrate mit 250.000 K genehmigt, und acht Tage darauf mit 300.000 K. Wenn eine Sache schon so weit vorgeschritten ist, wäre es doch möglich bei der Erstattung des Referates zu bestimmen, was die Sache kostet.

GR. Siegel (soz.-dem.) teilt im Schlussworte mit, daß die Gebäude der Erholungsstätte aus einer Holzunterkunftshalle einem Wirtschaftsgebäude, einem Wächterhaus und aus der Abortanlage bestehen. Es ist eine Erweiterung des Strandbades Gänsehäufel durch die Verlegung der Tageserholungsstätte geplant und zwar die Errichtung eines neuen Knaben- und Mädchenbades und die Errichtung eines neuen Frauenbades. Bezüglich der Verköstigung der Kinder wird das Möglichste geschehen. Was die Kosten anbelangt, hat der Stadtrat bei Erstattung des Referates auf Grund der Voranschläge die Kostensumme von 250.000 K bewilligt. Als dann das Bauamt das Wechseln der Schlussbriefe verlangt hat, hat der städtische Kontrahent und Zimmermeister gesagt, heute geht es nicht über um 250 K, aber bis morgen kostet es noch 300.000 K, später kostet es schon wieder mehr. Das spiegelt die anarchischen Verhältnisse wieder, die wir heute auf dem Arbeitsmarkte und in den Preisverhältnissen überhaupt haben.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) stellt den Antrag: Zu dem für die Weisungsarbeiten des im vormaligen Barackenapital Untermeidling errichteten städtischen Kinderheimes bewilligten Betrage von 51.000 K wird für die Inneneinrichtung und für sonstige Mehrarbeiten ein weiterer Betrag von 58.000 K genehmigt.

GR. Dr. Pfischkes (jüd.-nat.) erklärt er könne als Mitglied der Ueberwachungskommission für die städtischen Wohltätigkeitsanstalten nur das unterschreiben, was der Referent gesagt habe. Insbesondere seien die Beträge, die für die Inneneinrichtung angesprochen werden, zweifellos gerechtfertigt. Ich glaube sagt Kadner, daß es nicht angeht, Waisenkindern irgendwie etwas abzuzwacken und ich erkläre es als die unerhörteste Tat eines öffentlichen Vertreters Einrichtungen, die für die Waisen Kinder geschaffen sind, herabzusetzen und in die Politik hineinzuziehen. Herr GR. Glassauer hat, wie ich aus dem stenografischen Protokolle ersehe, gegen die jüdischen Waisen in den Baracken in Baumgarten gesprochen und ich glaube, die Bevölkerung von Hietzing und Unter Meidling ist christlicher als dieser christlichsoziale

Herr Gemeinderat. Herr GR. Glassauer hat Bela Kun die jugoslavischen Flüchtlinge in einem Worte genannt, mit den Waisen in Baumgarten. Man kann über die Gewerbescheinpolitik des Gemeinderates von Laibach denken wie man will, aber wenn der Laibacher Gemeinderat Juden die Gewerbeberechtigung nicht gibt, so handelt er ebenso gemein und niedrig, wie jeder andere, der das tut.

GR. Kunschak (chr.-soz.): Wenn ein Referent nichts weiß und schweigt, dann ist die Sache erledigt. Wenn aber ein Referent nichts weiß und darauf Angriffe auf eine andere Partei aufbaut, so ist das sehr geschmacklos. Der Referent hat die Behauptung aufgestellt, daß die christlichsozialen Parteien es durch 25 Jahre nicht zu Wege gebracht hat, die Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse in Ordnung zu bringen. Ich will feststellen, daß diese überhaupt keine 25 Jahre alt ist, denn es fehlen ihr noch mehr als eineinhalb Jahrzehnte. Ich will weiters feststellen, daß die Kinderübernahmestelle, als sie geschaffen wurde, eine mustergültige war, das Haus war räumlich, vollständig ausreichend und alle sanitären und hygienischen Vorkehrungen, soweit die möglich waren, waren getroffen. In ihrem praktischen Wert ist die Anstalt erst im Laufe des Krieges erschüttert worden, weil zunächst eine Unmenge von Kostparteien ihre Kinder dem Magistrat wieder zurückgestellt haben und neue Kostparteien nicht gefunden werden konnten. Außerdem hat der Krieg namentlich durch die Flüchtlinge eine solche Unmasse von Kindern nach Wien gebracht, daß die Anstalt ihm unmöglich gewachsen war. Infolge dieses Ansturmes war sie auch bald versäuft und die Versuche eine Aenderung herbeizuführen, sind immer an dem Umstande gescheitert, daß jede geeignete Realität für militärische Zwecke in Anspruch genommen war. Bei dieser Angelegenheit haben sich die Bemühungen Ihres VB. Winter mit den unseren getroffen und ich habe den Auftrag gegeben, daß ein Teil des Zentralkinderheims der Gemeinde Wien zur Entlastung der Siebenbrunnengasse zur Verfügung gestellt werde. Leider wurde das Landeszentral Kinderheim dadurch ebenfalls versäuft und von einer schweren Masernepidemie heimgesucht. Infolgedessen musste auch diese Maßnahme wieder eingestellt werden und es blieb bei dem alten Jammer in der Siebenbrunnengasse. Heute bestehen gewiß nicht so krasse, aber gewiß bedauerliche Zustände im Landeszentral Kinderheim und der Herr Landesrat Volkert steht diesen Zuständen ebenso machtlos gegenüber und wenn Sie jetzt diese Baracken nicht gefunden hätten, so stünden auch Sie heute vor dem Seuchenherde in der Siebenbrunnengasse vollständig hilflos da und wüßten nicht, was Sie anfangen sollen. Trotzdem die militärischen Einquartierungen ja schon lange aufgelassen sind. (lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)



Wiener Rathauskorrespondenz.

Die Forderungen der städtischen Angestellten

Abschluß der Verhandlungen. Die Verhandlungen mit den städtischen Angestellten haben Freitag in später Abendstunde zu einem Abschlusse geführt. Die Zugeständnisse halten sich im Rahmen der den Staatsangestellten gemachten Zusicherungen. Die Erhöhung des Ortszuschlages bei den Staatsangestellten bewirkt bei den Gemeindebediensteten eine Verdopplung des Gehaltes unter gleichzeitigem Wegfalle des Quartiergeldes. Wie beim Staate wurde die Feuerungszulage auf Kronen 8.400 erhöht, die Frauenzulage von K 1200 neu eingeführt und die Kinder- sowie die gleitende Zulage im bisherigen Ausmaße belassen. Bezüglich der Forderungen der städtischen Pensionisten konnten die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden, weil sie wesentlich von der der Nationalversammlung vorliegenden und in der allernächsten Zeit daselbst zur Beschlussfassung gelangenden Vorlage betreffend Besserstellung der Staatspensionisten abhängen. Bezüglich der Dienstzeit wurde vereinbart, daß eine Erweiterung auf 7 Stunden spätestens gleichzeitig mit dem Staate vorgenommen werden muß; sofern sich aber trotz einvernehmlich mit den Angestelltenvertretungen vorgenommener Maßnahmen zur Beschleunigung des Amtsbetriebes und Aufarbeitung der Rückstände Neuaufnahmen nicht vermeiden ließen, müßte diese erweiterte Dienstzeit schon früher teilweise oder allgemein zur Einführung gelangen.

Der Vorsitzende Herr StR. Speiser schloß die Verhandlungen mit der Erklärung, daß die Durchführung der Regulierung einige Zeit erfordern dürfte, daher angemessene Vorschüsse ehestens gegeben werden sollen, sowie das im Sinne des Verhandlungsergebnisses die Anträge an Stadt- und Gemeinderat gestellt werden voraussichtlich gleichzeitig mit den erforderlichen Bedeckungsvorlagen sobald als möglich beraten und beschlossen werden würden.

Zur Bedeckungsfrage. Die Einbringung der darauf bezüglichen Vorlagen wird voraussichtlich noch nicht im Laufe der nächsten Woche erfolgen können, weil unbedingt daran festgehalten wird, zugleich mit diesen Ausgaben auch die Anträge wegen der Bedeckung zu stellen. Die bezüglichen Verhandlungen im Staatsamte für Finanzen haben bereits begonnen, sind aber noch nicht zu einem Abschlusse gebracht. Es handelt sich um die Aufbringung einer Summe von rund 1/4 Milliarde Kronen, was ein ausserordentliches Anziehen der Steuerschraube bedingt. Einschliesslich der in Wien aus sämtlichen Steuertiteln einschliesslich der in den letzten Monate beschlossenen Mietaufwandsteuer, Bodenwertsteuer etc. beträgt etwa 220 Millionen Kronen, von denen ungefähr 140 Millionen Kronen im Zusammenhange mit den Tierzinsen stehen. Auf diesem Gebiete ist eine Erhöhung ausgeschlossen und es müssen daher aus den anderen Einnahmetiteln, Zuschläge auf die Erwerbsteuer, Ausbau der Verzehrungs- und Getränkesteuer, und durch Einführung neuer Steuern diese für die Gemeinde ganz gealtige Summe aufgebracht werden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 13. März 1920. - Abendausgabe.

---

Die Prämienverteilung an Schrebergärtner. Der Eintritt zu der morgen Vormittag im Rathause stattfindenden Prämienverteilung an Schrebergärtner findet von Friedrich Schmidtplatz statt. Der Eintritt ist nur gegen Vorweisung der Einladung gestattet.

---

Geschäftsverkehr auf den Gemüsesammelplätzen. Ab 14. März findet der Geschäftsverkehr auf den Gemüsesammelplätzen an den derzeitigen Geschäftstagen Montag und Freitag bis auf weiteres von 5 bis 7 Uhr abends statt. Wenn auf einen dieser Tage ein Feiertag fällt, unterbleibt der Verkehr an diesen Tagen.

---



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 13. März 1920, Nr. 94.

Schweinefettabgabe. Vom 14. bis 20. März werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweineschmalz zum Preise von K 15.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 183 und der beiden Abschnitte Nr. 183 für nichtrayeniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72.

Maisgries für Mindestbemittelte. In der 154. Aktionswoche werden an alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch  $1/8$  kg Maisgries pro Person des Haushaltes zum Preise von K 1.30 gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ in den Geschäften der Groggeschlechterei an folgenden Tagen abgegeben: Freitag, den 12. März für A - F, Montag, den 15. März für G - K, Mittwoch, den 17. März für L - R und Freitag, den 19. März für S - Z. Ausserdem wird Pferdefleisch an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine abgegeben, die in den Ständen: IX., Viriatplatz und Zimmermannsplatz rayeniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Maisgries. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person  $1/8$  kg Maisgries und zwar an die ersteren zum Preise von K 10.40 per kg und an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Petroleumausgabe. Vom 15. bis 28. März beträgt die Wochenmenge für Petroleum für Wohnungen  $2/8$  Liter, für Untermieter  $1/8$  Liter, für Heimarbeiter  $2/8$  Liter für Sägen und Gänge  $1/8$  Liter. Für Geschäfte und Waschküchen wird kein Petroleum ausgegeben. Der Preis des Petroleum ist der gleiche.

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Mittwoch werden im 9. Bezirke holländische Kartoffeln zum Preise von K 6.- per kg und zwar  $1/2$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „R“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, 13. März 1920, Nr. 95.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat tritt Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag um 4 Uhr nachmittags eine Geschäftsitzung ab.

VB. Winter in Reggio. VB. Winter hat die Stadt Reggio besucht, wo 200 Wiener Kinder untergebracht sind.

„Zawiverba“. Vom 14. bis 20. März an Rayenierete pro Kopf:  $3/8$  kg Mehl zu K 4.20, 12 dkg Fett zu K 13.20,  $1/4$  kg Salz 50 h,  $1/2$  kg holländische Kartoffel (Abschnitt „R“) K 3.-. Für jede Mehlbezugskarte 1 Ei zu K 6.70. Auf Grund der Seifenkartenabschnitte 1, 2, 3 und 4 je 1 Stück E.T.Seife (Nach Massgabe der Vorräte) K 1.80 oder 1 Stück E.W.Reinseife K 5.50. In der Abgabestelle Schlesingerplatz täglich von 2 bis 6 Uhr, gegen Legitimation: Trikotleibchen, Wetterkrägen, diverse Knaben- und Mädchenbekleidungsartikel und ausserdem die bereits angekündigten Waren.

Die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. Infolge des seit Beginn dieser im Ostrau-Karwiner Revier herrschenden Streiks der Bergarbeiter wurde die Kohlenverladung für die Wiener Gaswerke unterbrochen. Durch das gänzliche Ausbleiben der Kohlenzuschube aus diesem Kohlenrevier wird die Aufrechterhaltung des ohnedies aufs Aeusserste eingeschränkten Betriebes der Gaswerke gefährdet.

Ein denkwürdiger Tag der Schrebergärtner. Rund 2000 Schrebergärtner hatten sich heute vormittags im Festsaal des Wiener Rathauses zu einer Feierlichkeit eingefunden, die die erste in ihrer Art seit dem Erwachen der Schrebergartenbewegung in Oesterreich ist. An die bei der im August v. J. stattgefundenen Ausstellung von Erzeugnissen der Schrebergartenwirtschaft ausgezeichneten Schrebergärtner wurden die Diplome verteilt. Der Feier wohnten Bgm. Reumann, VB. Hoss, StR. Siegel, Landesamtsrat Ziegler, ~~im~~ Generalsekretär Schneider und Inspektor Löschnik von der Gartenbaugesellschaft, Professor Dr. Linsbauer von der landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle und andere bei. Nach einem Vortrage des Gesangsvereines der Schrebergärtner ergriff StR. Siegel das Wort und wies darauf hin, daß die Leute, die im Frühjahr des Jahres 1911 in den westlichen Grenzen der Stadt daran gingen, mit Spaten und Hacke den Boden zu bearbeiten, von vielen mit verwunderlichen Augen angesehen wurden und daß man sich fragte, was den diese Leute hier eigentlich machen wollen. Man hat diese Menschen als die harmlosen von Steinhof bezeichnet. Und dort wo diese Leute ihre Arbeit begonnen haben, steht heute eine der mustergültigsten Kolonien der Schrebergärtner, die Kolonie Rosental. Die Arbeit dieser Leute hat bald Nachahmung gefunden und die Schrebergärtnerie begann sich auch auf andere Gebiete an den Grenzen der Stadt auszudehnen. Zwar hat sich damals die Allgemeinheit noch nicht dafür interessiert und auch die <sup>amtlichen Stellen</sup> standen der Bewegung teilnahmslos gegenüber. Auch die Gemeinde Wien ist in Unkenntnis der Verhältnisse der Bewegung untätig gegenübergestanden. Im Jahre 1914 hat die Gemeinde die Bedeutung der Schrebergartenwirtschaft erkannt und der Bewegung der Schrebergärtner städtischen Grund zur Verfügung gestellt. Ein besonderer Förderer der Schrebergartenbewegung war der Krieg mit seinen Entbehrungen, als sich das Bestreben der Bevölkerung kundgemacht hat, Selbstversorger zu werden. Dann haben auch die Behörden in die Bewegung eingegriffen und die Bevölkerung aufgefordert, jedes fruchtbare Land auszunützen, um Nahrungsmittel zu schaffen. All diese Dinge

haben eine Wirkung ausgelöst, daß es heute nicht möglich ist, dem Verlangen nach Grund und Boden voll Rechnung zu tragen. Im Vorjahre waren ungefähr 42.000 Schrebergärtner, die mit 12 Millionen Quadratmeter Grund bebaut haben. Die Gemeinde hat es als ihre Aufgabe angesehen, die Bewegung zu unterstützen und im heurigen Jahre ist es gelungen 1,122.000 Quadratmeter Grund zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde wird auch weiter trachten, die Schrebergartenbewegung durch Grundbeistellung zu unterstützen. Und wenn es nicht möglich ist den ungeheuren Ansturm um Grundzuweisungen zu bewältigen, so ist das nicht daran gelegen, daß die Gemeinde Wien nicht will, sondern daß sie augenblicklich zu helfen nicht in der Lage ist. Die Gemeinde wird den Schrebergärtnern auch durch die Beistellung von verschiedenen Bedarfsartikeln an die Hand gehen und der Stadtrat hat erst kürzlich beschlossen, daß der Wasserbezug für die Schrebergärtner unentgeltlich erfolgt. Wenn heute die Schrebergärtner versammelt sind, so geschieht dies deshalb, weil ihnen die Gemeinde die Anerkennung für ihre geleistete Arbeit im Dienste der Approvisionierung der Bevölkerung ausdrücken will. Anerkannt sollen nicht nur die Verdienste der Aussteller unter den Schrebergärtnern werden, anerkannt soll auch die Mitarbeit aller jener werden, die sich um die Schrebergartenbewegung Verdienste erworben haben. Eine Anerkennung der Gemeinde für die Leistung der Schrebergärtner liegt auch darin, wenn die Gemeinde durch Beistellung von Grund, von Bedarfsartikeln und anderweitige Unterstützung ihre Pflichten der Schrebergartenbewegung gegenüber anerkennt. Aber auch die Schrebergärtner haben Pflichten gegen sich selbst und dadurch gegen die Allgemeinheit, die in dem Wahlspruch der Schrebergärtner „Auch im heurigen Jahre gut Grün“ ihren Ausdruck finden.

Bgm. Reumann weist auf die Entstehung der Schrebergartenbewegung hin und betont, daß die Bestrebungen der Schrebergärtner das Proletariat, den proletarischen Mittelstand, die geistigen und manuellen Arbeiter aus Liebe zur Sache zu Menschen mit gemeinsamen Bestrebungen, zu Gemüse- und Obstzüchtern, gemacht hat. Fern geblieben sind der Bewegung die Reichen und die Lanasen, denen es möglich ist, ihren Wohnort nach Belieben zu verlegen. Die Schrebergartenbewegung hat zwischen dem Proletariat und dem proletarischen Mittelstand ein Band der Solidarität geknüpft, das

unzerreißbar ist. Die Schrebergärtner haben sich über das Gesetz hinweggesetzt und sind ohne gewerbliche Bewilligung Gärtner geworden und erst durch die Ausstellung haben sie den Befähigungsnachweis erbracht. Die Ausstellung zeigte, welche Umsätze von Fleiß und in der Arbeit der Schrebergärtner zu suchen ist. Wenn der Krieg Österreich und die Bewohner der Stadt Wien niedergedrückt hat und was sie unter Not und Entbehrungen zu leiden haben, so zeigt die Arbeit der Schrebergärtner, das das Volk dieser Staates in der Lage ist, sich aus der Not emporzwingen. Bahnbrechend schreiben die Schrebergärtner dahin, sie machen sich unabhängig von dem Wucher auf dem Gemüsemarkte. Die Schrebergärtner können zu einer starken Organisation werden, die sich gegen die richtet, welche meinen, daß es möglich ist, die Bevölkerung auch am Gemüsemarkte hungern zu können. Sie können ein Kartell werden, daß den Wucher mit Gemüse vernichtet wird und dem Proletariat die Erzeugnisse des Bodens zuführt. Wenn die Schrebergartenbewegung einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Gemeinde mit der Beistellung von Grund nicht folgen kann, so ist dies kein betrübendes Zeichen, sondern es zeigt dies von Arbeitslust und Arbeitsfreude, die in der Bevölkerung wohnen. Die Schrebergärtner werden aber auch in der Lage sein eine Genossenschaft zu bilden zur Beschaffung der verschiedensten Bedarfsartikel, die zur Erzeugung ihrer Produkte notwendig sind. Die Kleingartenbewegung wird sich eine Organisation zu Eigen machen, die nicht mehr Dilettantenarbeit ist, sondern die sich auch gewisse Errungenschaften der Neuzeit zu Eigen machen wird. Die gewerbmäßige Ausbeutung auf dem Gebiete der Obstzucht wurde viel vernachlässigt und gerade hier kann der Kleingärtner bahnbrechend wirken. Und eben von dem Gesichtspunkte der Veredelung der Gemüse- und Obstzucht wird der Kleingärtner tonangebend arbeiten. Die Arbeit des Kleingärtners wird im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung nie überflüssige Arbeit sein und von diesem Gesichtspunkte aus spricht der Bürgermeister allen Schrebergärtnern den wärmsten Dank der Gemeinde für ihre geleistete Arbeit aus, die so sehr im Dienste der Allgemeinheit gelegen ist. Die Gemeinde Wien ist bedauernswürdig geworden und sie kann ihre Anerkennung nur im Papier ausdrücken. An die Diplome knüpft sich die Bitte, die Schrebergärtner mögen weiter arbeiten und so dazu beitragen, daß wir aus der durchdringenden Not in der wir uns befinden, emporarbeiten.

Der Vorstand des Verbandes der Schrebergartenvereine Zipfingler bezeichnet den Tag der Diplomverteilung als einen dankwürdigen Tag in der Geschichte der Schrebergärtner und spricht der Gemeinde Wien für die volkstümliche Tat, die sie durch die Ermöglichung der Ausstellung der Schrebergärtner gesetzt hat, den wärmsten Dank aus. Besonderer Dank gebührt dem Bürgermeister und allen die in unermüdlicher Arbeit die Bestrebungen der Schrebergärtner gefördert haben.

Der Schriftführer der Freien Vereinigung der Schrebergärtner Schulz dankt ebenfalls der Gemeinde für ihr Entgegenkommen, das sie den Schrebergärtnern bekundet und ersucht den Bürgermeister sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß den Schrebergärtnern Grund von dem abgeholzten Wiener Wald zur Verfügung gestellt wird. Er dankt besonders dem Bürgermeister und nicht in letzter Linie dem städtischen Landwirtschaftsamt, dem Inspektor Siller und einem Stab für die unermüdliche Arbeit im Interesse der Schrebergärtner.

Nachdem der Gesangsverein der Schrebergärtner das „Freiheitslied“ vorgetragen hatte, verteilte Herr Reumann die Diplome an die ausgezeichneten Beamten der Gemeinde und an die Schrebergärtner, womit die Feier, die erste Diplomverteilung an Schrebergärtner, ihr Ende fand.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 15. März 1920, Nr. 97.

---

Ankunft eines Kinderzuges aus Südtirol. Die Kinder, welche mit dem Kinderzug vom Monate Dezember nach Südtirol abgegangen sind, kommen morgen Dienstag, den 16. ds. um 2 Uhr nachmittags auf dem Westbahnhofe an. Auf dem Bahnhofe (Ankunftsseite) sind Tafeln mit den Namen derjenigen Orte angebracht, in welchen die Kinder in Südtirol untergebracht waren. Die Eltern der Kinder werden ersucht ihre Kinder bei diesen Ortstafeln zu übernehmen.

-----

Samenabgabestelle für Kleingärtner. Die Samenabgabe an die Kleingärtner in der Abgabestelle des städtischen Landwirtschaftsamtes im 14. Bezirk, Zellernspargasse Nr. 3 kann infolge technischer Schwierigkeiten erst am Donnerstag, den 18. ds. eröffnet werden.

-----

Die Wiener Messe. Das Staatsamt für Heerwesen hat sich über Ersuchen des Bgm. Reumann bereit erklärt, die Schwarzenbergkaserne der Polizeidirektion zur Verfügung zu stellen. Hiedurch wird die Polizeidirektion in die Lage versetzt auf den grössten Teil der von ihr angesprochenen Lokalitäten des Hofstallgebäudes verzichten zu können. Zur Abhaltung der Wiener Messe im Hofstallgebäude ist somit wieder ein Schritt nach vorwärts getan.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 16. März 1920, Nr. 98.

Die Tätigkeit des Wiener Marktamtes im Februar. Die Tätigkeit des Marktamtes der Stadt Wien erstreckte sich, wie in den Vormonaten auch im Februar 1. J. nebst der dem Marktamt zukommenden marktpolizeilichen Tätigkeit, der Überwachung im Sinne des Lebensmittelgesetzes und der Gewerbeverschriften vorwiegend auf die Bekämpfung der Preistreiberei, des Schleichhandels und der Übertretungen im Verkehre mit rayenierten und staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln. Die Anzahl der vom Marktamt im Berichtsmenat erstatteten Anzeigen belief sich auf insgesamt 3147. Davon entfallen auf Anzeigen wegen Preistreiberei 266, wegen Überschreitungen von Höchstpreisen 403, wegen Schleichhandel 130 und Kettenhandel 14. Wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes wurden 129 Anzeigen, wegen Übertretung der Bewirtschaftungsverschriften 163 und wegen Übertretung der Gewerbeverschriften 212 Anzeigen erstattet. Die Revisionen auf dem Gebiete des Eichwesens ergaben 86 Anstände. Wegen Nichtanschiebung der Preise wurden insgesamt 1340 Anzeigen vergelegt. Weitere Anzeigen wurden wegen Gewichtsverkürzungen, wegen Verkaufsverweigerung wegen Inverkehrsetzung nicht genehmigter Ersatzlebensmittel und Kaffeesurrogate, sowie wegen Übertretung der Marktverschriften erstattet. Den staatlichen Untersuchungsanstalten wurden insgesamt 105 Proben vorgelegt, von denen der grösste Teil beanstandet wurde. Bei Milch wurden Wässerungen, Entrahmungen und kombinierte Fälschung festgestellt. Der Wasserszusatz betrug in den meisten Fällen 10 bis 20 %. Eine neue auf Täuschung der Bevölkerung abzielende Ware wurde in Form einer Imitationschokolade in den Handel gebracht, die sich von echter Schokolade dadurch unterschied, dass sie lediglich aus braungefärbter Fondantsmasse bestand, jedoch hinsichtlich Preis und Aussehen gegenüber echter Schokolade nur wenig Unterschied aufwies. Ein krasser Fall von Lebensmittelfälschung wurde durch Inverkehrsetzung des Präparates „Eidettin, bester Eiersatz“ begangen; dieses Präparat bestand lediglich aus gelbgefärbtem doppelkohlen-sauren Natrium. Viel Missbrauch wurde bei der Herstellung von Würsten, insbesondere von Leberwürsten, getrieben. So z. B. enthielt eine unter der Bezeichnung „Leberwurst“ in Verkehr gebrachte Wurst vorwiegend weichgekochte ungeschälte Weizenkörner, Maisschrot, Zwiebelschalen und rund 78 % Wasser. In zahlreichen Fällen wurde übermässig viel Stärkemehl zugesetzt, ohne dass dieser Zusatz auch deklariert werden wäre. Eine Färbung von Würstehüllen wurde in vielen Fällen festgestellt. Streichkäse mit übermässigem Wasserzusatz kam gleichfalls häufig in Verkehr. In den Filialen der Fa. Brüder Kunz wurde minderwertiger, gestreckter Rum, sowie ebensolcher Kognak, der unter der irreführenden Bezeichnung „Kognak fine Champagne“ in Verkehr gebracht wurde, vorgefunden und beschlagnahmt; die Vorräte wurden saisirt. Bei der Fa. I. Pawel, VII., Siebensterngasse 21, konnte festgestellt werden, dass sie seit Juli v. J. 3330 kg Kümmel eingelagert hatte, wodurch infolge der seitherigen Preiserhöhung ein Gewinn von 150.000 K erzielt wurde. Welche Preiserhöhungen bei lagernder Ware oft vorgenommen werden, zeigte sich bei dem Kohlenhändler A. Seliger, III., Löwengasse 2, welcher den Preis von lagernder Kohle von K 140.- auf K 200.- per Meterzentner erhöhte. - Ferner wurde festgestellt, dass mit jugoslawischen Karpfen, die durch die Genossenschaft der Fischhändler zugewiesen wurden, Kettenhandel getrieben wurde. - Eine überraschend weitreichende Preistreiberei wurde mit den sogenannten Gewürzbriefen betrieben, bei welchen eine relativ geringe Gewürzmenge, gewöhnlich 1 dkg, in einer ebenso schwer als noch schwerer wie-

genden Papierumhüllung in den Verkehr gebracht wurde. Diese Verkaufsmethode hatte zur Folge, dass Gewürz offen überhaupt nirgends mehr zu haben war und die Verbraucher nur Gewürzbriefe erhalten konnten, deren Inhalt sich im Preis durchschnittlich 3 - 4 mal so hoch stellte als der zulässige Preis. - Die Firma „Disia“, Inhaber E. Helzer, IX., Währingerstrasse 19, wurde wegen Inverkehrsetzung eines nicht genehmigten Brettaufstriches, der lediglich aus Senf und Beizenmehl bestand, zur Anzeige gebracht und da sich gegen die Firma schon wiederholt Anstände ergaben, auf diese Anzeige hin gesperrt, der Inhaber auf Grund der Marktamtsanzeige vom Kriegswucheramt mit einer Geldstrafe von 15.000 K und 3 Monaten Arrest, sowie mit Gewerbeverlust für immer bestraft. Im Berichtsmenat wurden vom Marktamt beschlagnahmt und konfisziert; 448 kg Getreide, 750 kg Mehl, 404 kg Zucker, 450 kg Fett, 2170 kg Fleisch und Fleischwaren, 5200 Dosen Sardinen, 498 Stück Eier, 95 Liter Milch, 834 kg Kartoffeln, 11.679 kg Gemüse, 8160 kg Obst, 113 kg Hämbersaft, 740 kg Senf, 600 Flaschen Spirituosen, 7100 Pakete unzulässiger Ersatzlebensmittel, 3900 Gewürzblöcke, 4400 Tabletten Saccharin, 11.290 Stück Kerzen, 800 kg Vaseline, 658 Gerosin, 46 Liter Petroleum, 190 Schachteln Zündhölzer, 6730 kg Brennmaterialien, sowie kleinere Mengen Leder, Seife, Konserven, Backwaren, Suppenwürfel, etc.

Abgabe von Saatkartoffeln. Die Abgabe von Saatkartoffeln führt heuer im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien die Wiener Gemüse- und Obster-Übernehmens- und Verteilungsstelle durch. In erster Linie werden Kleingärtner (Schreber- und Kriegsgemüsegärtner) beliefert. Die Saatkartoffeln können nur durch die Kleingärtnervereine und Organisationen bezogen werden. Jene Personen, die nachweisbar einen Anbaugrund besitzen, einer solchen Organisation jedoch nicht angehören, können ihren Bedarf bei der genannten Stelle (I., Bauernmarkt Nr. 22) mittelst der dort aufliegenden Druckkarte anmelden. Die Zuweisung erfolgt nur nach Massgabe des Vorrates. Nach dem 10. April eingelangte Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Bei den Kindern in Italien. Von VB. Winter ist heute aus Speterne ein Telegramm eingelangt, das von Venedig ab postlich nach Wien kam. Dasselbe lautet: Schon am Montag das Hilfswerk der wackeren Arbeiter Turins besichtigt. 150.000 arbeiten monatlich einen halben Tag für Wiens Kinder. Bisher 3/4 Millionen Lire Ertrag dieser Aktion. 50 Kinder werden in der Landwirtschaftsschule bei Turin verpflegt, 475 in sechs besten Hotels in Alessie an der Riviera, für eine tägliche Pension von 10 Liren; dazu neue Kleider, Spielzeug, Lernmaterialien und Arzt. Überall sind gute Menschen, und das beste Gedeihen der Kinder bemerkt. Im Arbeiterverein Turin herzlichster Empfang, wo Komiteepresident Scotta, VB. Winter begrüßte. Bürgermeister Caldara von Mailand dankte für die Tat der Turiner Arbeiter. In Perte Maurizio an der Riviera sind 300 Wiener Kinder zusammen mit Piave und Mailänder Kindern untergebracht, mit denen sie im besten Einvernehmen leben. Die Kinder weisen grosse Gewichtszunahmen auf. In den Wiener Kolonien befindet sich kein krankes Kind.

Billige Samen für Kleingärtner. In der Abgabestelle des städtischen Landwirtschaftsamtes, XIV., Zellernsperggasse 3 sind ab Donnerstag, den 18. d. M. von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 3/4 5 Uhr nachmittags billige Samen erhältlich. Pachtbeweise oder Vereinsmitgliedskarten sind mitzubringen.

## WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, 16. März 1920. - Abendausgabe.

---

Meisteraufführungen Wiener Musik. Unter dem Vorsitz des Vicebgm. Emerling fand heute die zweite Sitzung des erweiterten Ausschusses statt. Der vom Referenten Dr. Bach vorgelegte Programmwurf fand mit kleinen Abänderungen allgemeine Billigung. Alle in Betracht kommenden Korporationen und Institutionen erklärten neuerlich ihre ihre Bereitwilligkeit sich in den Dienst der Sache zu stellen. Die administrative Durchführung wurde einer Zentralstelle überwiesen, die von den Herren Dr. Bodetieber, Heller und Kneppler ehrenamtlich verwaltet wird. Zentralstelle bleibt das Rathaus, eine Geschäftsstelle wird im Konzerthaus eröffnet. Es wurde die Herausgabe einer kleineren Propagandaschrift sowie einer ausführlicheren Festschrift beschlossen. Zu den eigentlichen Veranstaltungen kommt noch eine Musik- und Theatergeschichtliche Ausstellung der Staatsbibliothek verbunden mit einer historischen Aufführung im Prunksaal der Staatsbibliothek, sowie eine Ausstellung von Wiener Musikreliquien in den städtischen Sammlungen. Die Veranstaltungen werden im Juni beginnen.

Ankunft eines Kinderzuges in Sassnitz. Nach einem gestern aus Sassnitz eingelangten Telegramm ist der am 11. ds.M. abgegangene 4. Kinderzug glücklich in Sassnitz angekommen und wurde dort vom Norwegischen Komitee überkommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 17. März 1920, Nr. 99.

Kein Bahnhofrundverkehr der Straßenbahn. Mit Rücksicht auf die Einstellung des Vollbahnverkehrs entfällt auf die Dauer dieser Einstellung der Verkehr der Bahnhofrundlinien der Straßenbahn.

Der Wohnungsmarkt im Februar. Die Zahl der gemeldeten vermietbaren unmöblierten Wohnungen im Februar weist gegenüber dem Vormonate fast keine Aenderung auf. Von den Ende des Monats vorhandenen 128 Wohnungen ist der größte Teil wegen baulicher Mängel oder aus sanitären Gründen nicht bewohnbar. Die vermietbaren Zimmer und Kabinette haben sich gegenüber dem Monate Jänner von 110 auf 82 vermindert. In der Zahl der vermietbaren Geschäftslokale ist ein Rückgang um 60 auf 625 zu verzeichnen. Da die Vormerkungen von Wohnungsuchenden nicht mehr in der Zentrale sondern in den Bezirksstellen entgegengenommen werden, haben sich die Nachfragen in der Zentrale um durchschnittlich 3000 vermindert, dagegen haben sie sich in den Bezirksstellen von 3000 auf 6600 erhöht.

Abgabe gedörrter Birnen und Aepfel. In der nächsten Zeit kommen gedörrte Birnen und Aepfel aus der Schweiz zur Ausgabe. Der Preis wird sich auf zirka K 40.- per kg netto stellen. Die Zuweisung an sämtliche Konsumentenorganisationen, Wohltätigkeit-, Lehr- und Erziehungsanstalten, Klöster u.dgl. geschieht durch die Magistratsabteilung IX/L Neues Rathaus. Die Anstalten haben ihren Bedarf bis längstens 22. ds. schriftlich anzumelden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 17. März 1920, Nr. 100.

- Am Sonntag den 28. um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr mittags findet im deutschen Volkstheater die 100. Aufführung der Altwiener „Dosenstücke“ von Anton Amon unter Mitwirkung des Professors Fritz Lange statt. Da der Reinertrag für wohltätige Zwecke bestimmt ist, hat Bgm. Reumann das Protektorat übernehmen.

Ausgabe weiterer 20 Hellerscheine durch die Gemeinde. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Breitner beschlossen, mit Rücksicht darauf, dass der Staat beabsichtigt keine kleineren Scheidemünzen als 50 Hellerstücke zu prägen, weitere 20 Hellerscheine im Nominalbetrage von 2 Millionen Kronen, bestehend aus 10 Millionen Stück, mit einer Gültigkeitsdauer bis 31. Dezember d.J. auszugeben.

Die Rückstellung der städtischen Schulgebäude. StR. Siegel legt in der heutigen Stadtratssitzung einen Bericht über den Stand der Räumung und Rückstellung der von Militär benützten städtischen Schulgebäude vor. Nach dem Berichte sind alle während des Krieges von der Militärverwaltung auf Grund des Einquartierungs- bzw. Kriegsleistungsgesetzes für Bequartigungs- und Spitalszwecke verwendeten Schulgebäude der Gemeinde Wien zurückgestellt. Nach Durchführung umfangreicher Herstellungsarbeiten sind die Gebäude zum grössten Teil wieder ihrem eigentlichen Zwecke zugeführt werden. Die Schadenersatzansprüche der Gemeinde Wien an die ehemalige Heeresverwaltung wurden in Wege gütlicher Vereinbarungen durch Abfindung der Gemeinde in Geld ausgetragen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Aus dem Stadtrat. StR. Siegel berichtete, dass nach Mitteilung des Hofrates Edmund Hellner die Instandsetzungsarbeiten an dem im Verjahre in mutwilliger Weise beschädigten Grillparzer Denkmal verwendet seien und dass die Verwaltung des Hofmarschallamtes für den von der Gemeinde zu den Arbeiten geleisteten Betrag von 4000 K den Dank ausgesprochen hat. - Nach einem Antrage des StR. Grün wird die Herstellung eines kreisrunden, möglichst staubfreien Spielplatzes in der Gartenanlage am Sterneckplatz im II. Bezirk mit einem Betrag von 15.000 Kronen genehmigt.

Wien, Mittwoch, den 17. März 1920. - Abendausgabe.

Vb. Winter über seinen Besuch bei den Kindern in Italien. Im Stadtrate erstattete Vb. Winter einen Bericht über seine im Auftrage dieser Körperschaft nach Italien unternommenen Reise, deren Zweck die Inspektion des Zustandes und der Art der Unterbringung und Verpflegung der in Italien weilenden Wiener Kinder war. Er teilte mit, dass er in Oberitalien vom adriatischen Meer bis zur Riviera zirka 50 Siedlungen in 30 Orten besichtigte und überall die Kinder in bestem Ernährungsstande angetroffen hat. Alle Kinder wurden vom Kopf bis zum Fusse mit Wäsche, Kleidern und Schuhen neu ausgestattet. Der Unterricht wird in allen grösseren Kolonien von Wiener Lehrern besorgt und nur in den kleineren, wo bloss 10 bis 20 Kinder beisammen sind, wurde vereinbart, dass die Kinder in die italienischen Schulen aufgenommen werden. Die Bürgermeister aller besuchten Orte haben sich mit diesem Vorgange einverstanden erklärt. Als die schönsten Heime, in denen Wiener Kinder untergebracht sind, bezeichnet Vb. Winter das Heim in Ancarano bei Triest <sup>am Meer</sup> gelegen, das Heim Cesaglia auf einem Hügel in der Nähe von Bologna und das Mailänder Kinderheim in Spotorino an der ligurischen Küste; diese drei Heime sind auch die grössten. Vb. Winter überbrachte in allen Orten den Dank der Stadt Wien und suchte kleine Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, die sich naturgemäss ergaben. Von den 7000 Kindern ist nur eines im Laufe der zweieinhalb Monate gestorben, obgleich viele Kinder durch Lungenentzündung und Anfälle von Grippe in erster Lebensgefahr waren; alle diese Kinder wurden dank aufopferungsvollster Pflege gerettet. Vierzehn Kinder wurden jüngst zurückgeschickt, weil die Versuche der Aufsichtspersonen, diese Kinder in die Gemeinschaft einzuordnen, durch 2 Monate fruchtlos waren. Inwieweit dabei auch pädagogische Fehler unternommen sein mögen, wird sich erst nach genauer Untersuchung der Sache feststellen lassen. Die meisten dieser Kinder haben in den zwei Monaten ihres italienischen Aufenthaltes gute Fortschritte in der Gesundheit gemacht. Fast alle Kinder, die in Italien und in Südtirol waren oder sind und ebenso die Kinder, die die gastliche Schweiz aufgenommen hat, haben sich ziemlich schöne italienische

Sprachkenntnisse erworben.

Vb. Winter regte an, dass man, um den Kindern diese Sprachkenntnisse zu erhalten, den Bezirksschulrat beauftragen möge, geeignete Anträge zu stellen, die es den Kindern ermöglichen, die Sprache jenseits Landes zu erlernen, in dem sie gesundheitliche Hilfe in der Not gefunden haben. Diese Form des Dankes an das Ausland wäre nicht bloss für Italien zu wählen, sondern auch für Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark, sowie für die französische Schweiz und England, das ja ebenfalls Kinder aufnehmen will. Weiters regte Vb. Winter an, dass der Bezirksschulrat Vorsorge treffen möge, dass den anfangs <sup>W</sup> zurückkehrenden Kindern ein derartiger Nachhilfeunterricht zuteil werde, dass sie die Rettung ihrer Gesundheit nicht mit dem Verluste eines Schuljahres zu bezahlen hätten. Im Zusammenhange damit sprach der Referent auch über seine Nachschau in San Magio bei Triest und in dem Heim für tuberkulose Kinder in Sulzbach bei Ischl.

Weitere Kindertransporte nach Italien sind vorläufig leider ausgeschlossen, obwohl in Triest, Mantua, Ferrara und Südtirol neudings ungefähr 3000 Plätze für Wiener Kinder bereit wären. Die italienische Regierung verweigert aber diesen Kindern die Einreisbewilligung mit der Begründung, dass sich die Lebensmittelknappheit in Italien wieder derart fühlbar mache, dass am 1. April wieder die Lebensmittelkarten eingeführt werden müssen.

Kinder nach Zürich. Für den am 22. ds. nach Zürich abgehenden Kinderzug sind noch Pflegeplätze für Juristenkinder offen. Allfällige Bewerber wollen sich mit ihren Kindern, die ein Alter von 6 Jahren erreicht haben müssen und das 14. Lebensjahr nicht überschritten haben dürfen und christlicher Religion sein sollen, Freitag um 9 Uhr vormittags im städtischen Jugendamt, Augarten Hauptgebäude (Auslandsaktion), unter Mitnahme der Impfzeugnisse einzufinden.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. März 1920, Nr. 101.

Kinder aus Südtirol. Sonntag um 2 Uhr nachmittags kommt am Westbahnhof ein Zug mit Kindern an, die in folgenden Orten Südtirols untergebracht waren: Algund, Gargazzen, Glurns, Gratsch, Kuens, Lana, Meran, Mals, Obermais, Partschins, Roverette, Siebenbrunn, St. Leonhard, Terlan, Tschermes, Untermais, Vipitana. Die Eltern werden aufgefordert, ihre Kinder am Bahnhof in Empfang zu nehmen.

Kinder aus München. Nach einem beim Jugendamte aus München eingelangten Telegramm, muss der für den 19. ds. angesetzte Rücktransport von Kindern wegen der Zugsperrung in Bayern und Oesterreich auf einen späteren Termin verschoben werden. Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.

Neue Strompreise. Der Stadtrat hat nach einem Antrag des VB. Emmerling auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. Februar beschlossen, für die zweite Abkühlperiode, die auf dem Strompreis der städtischen Elektrizitätswerke zu verrechnenden Feuerungszuschläge mit 59 h pro Hektowattstunde für den Lichtstrom und 53 h pro Hektowattstunde für den Kraftstrom festzusetzen. Es ergibt sich somit ein Gesamtpreis von 66 h pro Hektowattstunde für Beleuchtungszwecke und von 56 h pro Hektowattstunde für Kraftzwecke.

Die Ankündigungen in den Strassenbahnwagen. Der Stadtrat hat einen von VB. Emmerling vorgelegten Entwurf einer Anbotenschrift mit den Bedingungen für die Vergabe von Ankündigungen im Inneren der Strassenbahnwagen genehmigt. Die Strassenbahndirektion wurde beauftragt die Anbotenschrift durchzuführen.

Wiener Kinder in der Schweiz. Wie bekannt, sind 600 Kinder von österreichischen Baumeistern in die Schweiz gebracht worden. Die Mehrzahl der Kinder gehörten Wiener Familien an. Vor einigen Tagen gelangte an den Wiener Wirtschaftsverband für das Baugewerbe die Mitteilung, dass die Baumeisterkinder sich im besten Wohlbefinden befinden und vortrefflich aufgehoben sind. Das grösste Verdienst und das Gelingen dieser Expedition hat sich Dr. Cagianut der Präsident des schweizerischen Baumeisterverbandes erworben, der unermüdet sich für die Wiener Kinder bemüht und dem von den Kindern innige Verehrung entgegengebracht wird. Die Wiener Baumeisterkinder dürften den ganzen Monat April in der Schweiz verbleiben.

Vorschüsse für die städtischen Angestellten. Nach einem Antrage des Str. Speiser wurde in der heutigen Stadtratsitzung beschlossen, den städtischen Angestellten und Bediensteten, welche der Diensterdnung unterstehen, auf die bereits bekannte Regelung ihrer Bezüge Vorschüsse zu gewähren. In der 1. Bezugsklasse (Wien) beträgt der Vorschuss für Ledige 450 K, für Verheiratete 550 K, in der 2. Bezugsklasse (Orte der 1. und 2. Aktivitätszulagenklasse) 300 K für Ledige und 400 K für Verheiratete, in der 3. Bezugsklasse (Orte der 3. und 4. Aktivitätszulagenklasse) 200 K für Ledige und 300 K für Verheiratete.

Den städtischen Angestellten im Ruhestande sowie ihren versorgungsberechtigten Hinterbliebenen wird ein Vorschuss auf die im Zuge befindliche Regelung ihrer Bezüge bewilligt, der in der 1. Bezugsklasse 200 K, in der 2. Bezugsklasse 150 K und in der 3. Bezugsklasse 100 K beträgt.

Sowohl die aktiven Angestellten und Bediensteten der Gemeinde als auch die Pensionisten, wenn sie ihren Wohnsitz in Oesterreich haben, erhalten ausserdem einen Vorschuss auf die gleitende Zulage im Ausmasse von 100 K in der 1. Bezugsklasse, 80 K in der 2. Bezugsklasse und 60 K in der 3. Bezugsklasse pro Kopf, der für die Zulage in Betracht kommenden Personen.

An die aktiven Angestellten und Bediensteten wird dieser Vorschuss zugleich mit dem Vorschuss auf die Bezugsregelung noch im Laufe dieses Monats, an die Pensionisten wird der Vorschuss auf die Bezugsregelung sowie der Vorschuss auf die gleitende Zulage pro März und April am 1. April zur Auszahlung gebracht.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

---

26. Jahrgang 1, Wien, Donnerstag, den 18. März 1920.

Abendausgabe.

---

Die Reform der Wiener Gemeindeverfassung. Im Rathause fand heute unter dem Vorsitze des Bgm. Reumann und des Obmannes GR. Skaret, des Obmannstellvertreter<sup>er</sup> VB. Hoss und in Anwesenheit des VB. Emmerling die 8. Sitzung des Gemeinderatsausschusses zur Vorberatung der Reform der Wiener Gemeindeverfassung statt. In dieser Sitzung waren Magistratssekretär Dr. Faber namens des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien Stadtbauinspektor Dr. Goldmund und Buchhaltungsdirektor Oberal erschienen, die zu dem Entwurfe in längerer Ausführung Stellung nahmen.

Ausserdem wurden die schriftlich vorgebrachten Wünsche der Direktoren der 3 grossen städtischen Unternehmungen vom Referenten GR. Dr. Danneberg dem Ausschusse zur Kenntnis gebracht und bei den Beratungen entsprechend berücksichtigt. Hierauf wurde die 8. Sitzung bis zum § 78 fortgesetzt. Diensthöchsten Sitzungen des Ausschusses finden Dienstag und Samstag nächster/woche statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mithen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 19. März 1920, Nr. 102.

**Die Kohlenversorgung.** In Stadtrate erstattete Bgm. Reumann einen ausführlichen Bericht über die Kohlenversorgung Wiens und stellte fest, dass die Ereignisse der letzten Tage bisher keinen nennenswerten Einfluss auf die Förderung der Kohle ausübten. Die Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Dresselungen sowie über bereits in dieser Richtung gefasste Beschlüsse sind aus der Luft gegriffen. Die Lage der Kohlenversorgung ist jedoch nach wie vor nicht entsprechend und wenn keine Besserung in der Zufuhreintritt, werden entsprechende Massnahmen getroffen werden müssen.

**Kraftstellwagenverkehr.** Vom Sonntag, den 21. d.M. an wird der Kraftstellwagenverkehr durch die Praterstrasse, nicht mehr bis zum Lustspieltheater sondern nur bis zum Praterstern geführt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. März 1920.

Bgm. Reumann macht folgende Mitteilungen: Zufolge einer Zuschrift des Stadtverstandes in Jägerndorf haben Vertreter der Städte Bärn, Römerstadt und Nternbbg in Mähren, dann Freiwaldau, Freudental, Treppan und Jägerndorf in Schlesien kürzlich in letzterer Stadt eine Besprechung abgehalten, die der Durchführung der Hilfsaktion für Wiener Kinder galt. In allen diesen Städten und in zahlreichen Landgemeinden der dazugehörigen politischen Bezirke haben sich hilfsbereite Familien und Personen gefunden, die deutsche Wiener Kinder für 6 bis 8 Wochen unentgeltlich in Pflege nehmen wollen, sodass insgesamt mindestens 800 Kinder in den genannten Gemeinden und Bezirken untergebracht werden können.

Gespendet haben: Die Schweizer Kolonie in Mailand zur Anschaffung von Kleidern und Schuhen für arme Wiener Kinder, die mangels einer genügenden Ausstattung nicht in das Ausland gesandt werden können K 116.529.--

Verein „Oesterreich“ in San Francisco für notleidende Kinder und Frauen Wiens K 97.561.--

Emilie Siegel, New York, für sehr notleidende Wiener Familien deutscher Abstammung, ohne Unterscheid der Religion K 47.618.--

Richard Rintberger in Chicago 15.000 K.

Therese Scheber, Milwaukee für notleidende Wiener Kinder abermals 14.050 K.

Elisabeth Hagen in Lischwitz durch August Leinhardt, Bedenbach für Hungernde Wiens K 3.295.--

Wilhelm Eildmann, Bellingham, Amerika für hilfsbedürftige Mütter und Kinder Wiens K 2000.--

Die Tierfutterfabrik in Wien-Simmering, für die städtische Feuerwehr aus Anlass einer Löschaktion K 2000.--

Siegfried Sannemark in Kota-Radja, Sumatra zur Linderung der Not in Wien, 100 holländische Gulden.

Das Hilfskomitee für Frauen und Kinder Deutschlands und Oesterreichs in San Francisco durch das „California Journal“ für über 60jährige Bürger Wiens 17 Dollars.

Georg Metaxa, Wien, XIII., für „Obdachlose des XIII. Bezirkes“ K 500.--

Die Oesterreichische Heimathilfe in New York für hilfsbedürftige Wiens abermals eine Anweisung auf Lebensmittel im Gesamtwerte von 4000 Dollars.

Die norwegische Hilfsaktion für Oesterreich 3 Kelli Liebesgaben.

Der regierende Fürst von und zu Liechtenstein Johann II. hat aus seinen Sammlungen neuerlich 8 Bilder zum Zwecke der Ausschmückung der Amtsräume des Gemeindehauses IX., Währingerstrasse, gespendet.

Die Firma Braun-Rückor Co., Maschinenfabrik in Reanscheid (Deutschland) für die Wiener Kinder K 1.129.--

Eine Anfrage der GRin. Fürzbaier (chr.-soz.) betreffend die Begräbnisversicherung aus der letzten Sitzung des Gemeinderates beantwortet der Bürgermeister wie folgt: Gemäss der Vollzugsanweisung vom 12. Dezember 1919 werden bei der Begräbnisversicherung ähnlich wie bei allen Versicherungen 10prozentige Zuschläge zu den laufenden Prämien eingehoben. Diese Zuschläge dienen ausschliesslich zur Deckung der Verwaltungskosten der Versicherungsanstalt und erhöhen nicht die an die städtische Leichenbestattung zur Deckung der Kosten der versicherten Leistungen auszubehaltenden Versicherungssummen. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, dass die Leiche nicht mehr im Hause aufgebahrt, sondern von der Halle aus zu Grabe getragen wird, da soweit nicht der Amtsarzt aus sanitätpolizeilichen Rücksichten die Beisetzung einer Leiche in einer Friedhofleichenkammer anordnet, allein der Wille der Angehörigen entscheidet, wo die Leiche aufgebahrt wird. Auch sonst finden Abweichungen vom Versicherungsvertrage nur insofern statt, als sie durch die Wünsche der Parteien oder durch zwingende Verhältnisse geboten sind. Doch wird in Fällen letzterer Art stets das Einvernehmen mit den Parteien gepflogen, auf Grund dessen dem Wunsche der Partei entsprechend unter Umständen an Stelle der versicherten Leichnungen die Versicherungssumme ausbezahlt wird.

Bgm. Reumann: Herr GR. Rotter hat eine Interpellation wegen der Werbungen für die französische Fremdenlegion in Wien eingebracht.

Ich muss von der Verlesung dieser Anfrage im Hinblick auf die Art ihrer Textierung Umgang nehmen. In der Sache kann ich berichten, dass ich mit dem Staatsamte für Aeusseres Fühlung genommen habe und dass die österreichische Regierung in der Angelegenheit bereits mit der französischen Regierung in Verhandlungen getreten ist, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Ich habe das Ersuchen gestellt, mich von dem Ergebnisse dieser Verhandlungen zu verständigen.

Schriftführer GR. Waldsam (Christl.-soz.) verliest den Einlauf

GR. Dr. Schwarz-Hilf (Demokrat) weist in einer Anfrage darauf hin, dass er auf die grossen Gefahren der Unterbringung jener Kinder in Deutschland, das sich selbst in einer schlimmen Situation befinde, aufmerksam gemacht hat und fragt, ob es möglich ist, die Wiener Kinderaktion für Süddeutschland zu sistieren.

Bgm. Reumann: Die Bevölkerung Deutschlands wird wohl selbst am besten wissen, wie die Ernährungsverhältnisse bei ihr stehen und ob sie in der Lage ist, Wiener Kindern die Gastfreundschaft zu gewähren. Sie hat selbst diese Gastfreundschaft angeboten und ich muss voraussetzen, dass die in Deutschland zur Unterbringung von Wiener Kindern bestehenden Komitees ihre Hilfsaktionen abbauen oder einstellen werden, wenn die Ernährung oder die sonst in Betracht kommenden Verhältnisse die Weiterführung dieser Art Hilfe nicht mehr gestatten. Eine Sistierung der Aktion seitens der Gemeinde, solange Süddeutschland unsere Kinder ruft, würde wohl niemand verstehen. Die Unterbringung von Wiener Kindern in Süddeutschland ist übrigens bisher nur in einem bescheidenen Umfange erfolgt und wird das Hilfswerk speziell in Bayern infolge des Kohlenmangels schon seit längerer Zeit ohnehin nicht weiter geführt. Und nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass die Unterbringung von Wiener Kindern in Süddeutschland nicht nur durch die Gemeinde, sondern auch durch private Körperschaften erfolgt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass erst vor ungefähr 8 Tagen einige Herren aus Bayern bei mir waren und erklärten, dass eine ganze Reihe von weiteren süddeutschen Städten gerne Wiener Kinder übernimmt, aber vor-

läufig müsse die Angelegenheit aus innerpolitischen und wirtschaftlichen Gründen sistiert werden- ich habe ein Uebereinkommen getroffen, dass erst dann bis wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, Wiener Kinder wieder ihre Ausflüge nach Süddeutschland unternehmen werden.

GR. Erntner (Deutschnational) sagt in einer Anfrage, dass infolge des Kohlenmangels die Einstellung der Eisenbahnen erfolgte und fragt, aus welchem Grunde am letzten Sonntag sämtliche Linien der Strassenbahnen im Betrieb waren und ob dieser verstärkte Verkehr infolge entgegenkommens oder Zwanges durchgeführt wurde. Es gehe nicht an, dass aus parteilichen Rücksichten ein Mehrverbrauch an Kohle für Versammlungszwecke einer Partei herbeigeführt werde. Es wird weiter gefragt, auf welche Art der Mehraufwand der Kohle für diesen parteipolitischen Zweck gedeckt wird und aus welchem Grunde und auf welche Kosten der verstärkte Verkehr durchgeführt wurde.

Bgm. Reumann: Es ist richtig, dass am letzten Sonntag, den 14. d.M. gegenüber der Betriebsführung an den bisherigen Sonntagen ein erweiterter Verkehr der städtischen Strassenbahnen stattgefunden hat. Dieser Verkehr erfolgte mit Zustimmung des Stadtrates, der sich bereits in der Sitzung am 11. d.M. mit der Angelegenheit befasste. Mit irgendwelchen parteipolitischen Rücksichten hat dieser Beschluss des Stadtrates absolut nichts zu tun und daher auch nicht mit Versammlungszwecken, wie dem Herrn Anfrager verschweigt. Es wurde ebensowenig ein Mehrverbrauch an Kohle aus parteilichen Rücksichten herbeigeführt. Ich nehme übrigens keinen Anstand, dem Herrn GR. Erntner in das betreffende Geschäftsstück Einsicht zu geben. Doch würde es sich empfehlen, dass der Herr Gemeinderat in Zukunft mit Behauptungen, wie er sie in der Anfrage aufstellt, etwas vorsichtiger umgeht. Von einer Veröffentlichung der Ausdehnung des Sonntagsverkehrs wurde Abstand genommen, weil man nicht wusste, ob diese wirklich durchgeführt werden kann.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle dass die Haustore wieder um 10 Uhr gesperrt werden, umso mehr als die Hausbesorger für die Erhöhung des Sperrgeldes auf mindestens K 2.-- für einmaliges Aufsperrn eintreten.

Bgm. Reumann: Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung wurde eine ähnliche Anfrage gestellt. Ich beantworte sie dahin, dass ich sie als Antrag behandeln und dem städtischen Komitee zur Beratung der durch die Brennmaterialiennot gebotenen Sparmassnahmen überweisen werde. Den gleichen Vorgang werde ich hinsichtlich der vorliegenden Anfrage beobachten. Im übrigen ist die Festsetzung der Sperrstunde der Haustore in Wien nicht Sache der Gemeinde, sondern der staatlichen Polizei. Die Verpflichtung zur Bezahlung eines Sperrgeldes ist durch das Hausbesorgergesetz vom Jahre 1913 festgesetzt. Bemerkte möchte ich dazu, dass gelegentlich der Einführung der Sommerzeit auch die Frage der Sperrstunde erledigt werden wird.

GR. Erntner (Deutschnational) interpellierte wegen des Verbotes der für den letzten Sonntag von der deutschen Nationalpartei anberaumt gewesene Versammlung in der Volkshalle durch die Polizeidirektion. Die einseitige Parteinahme der Regierung und des Bürgermeisters habe in der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung tiefste Empörung hervorgerufen. Es wird gefragt, warum die Versammlung verboten wurde und ob in Zukunft nicht alle Staatsbürger in gleicher Weise der republikanischen Freiheit teilhaftig sein sollen.

Bgm. Reumann: Wie dem Anfrager bekannt ist, steht die Handhabung des Gesetzes über das Versammlungsrecht der Polizeidirektion zu. Das Verbot der erwähnten Versammlung wurde auch von der Polizeidirektion und zwar nach Mitteilungen der Presse aus Rücksicht auf die politische Lage und aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassen. Die Anfrage war daher nicht an den Bürgermeister, sondern an die Polizeidirektion zu richten und ist, weil sie eine nicht in den Wirkungskreis der Gemeinde fallende Angelegenheit betrifft, gemäss § 20 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat unzulässig. Ich hätte daher auch keine Verpflichtung gehabt, sie auch nur zur Verlesung zu bringen.

Ich muss übrigens betonen, dass für den Vorwurf der einseitigen Parteinahme des Bürgermeisters, wie in der Anfrage gesagt wird, jede Berechtigung fehlt. Ich habe in dieser Angelegenheit gar nichts zu tun gehabt, als die Volkshalle zur Verfügung zu stellen und es ist mir nicht eingefallen zu sagen, dass die Herren die Volkshalle nicht bekommen. Ich habe lediglich aufmerksam gemacht, dass Gefahr für ihre persönliche Sicherheit bestehe, wenn sie die Versammlung abhalten, aber auf das Verbot habe ich keinen Einfluss genommen. Ich habe niemals gewünscht, dass ein Versammlungsverbot erlassen wird, und ich hätte sicher auch gegen die an sich harmlose Versammlung nichts gemacht.

GR. Rettler (chr.-soz.) bespricht die Einstellung des Eisenbahnverkehrs und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, der Wiener Bevölkerung die wirklichen Gründe dieser Einstellung bekanntzugeben und wenn wirklich die Kohlennot massgebend war, warum gerade am Sonntag die Strassenbahn bis zu den Endstationen verkehrte.

Bgm. Reumann: Nach den Mitteilungen der Tagespresse wurde der Personen-zugverkehr wegen des grossen Kohlenmangels eingestellt. Ich habe gar keinen Grund, für diese Massnahme eine andere Veranlassung als die angegebene, anzugeben. Es ist Tatsache, dass die Kohlennot eine ausserordentliche ist und dass z.B. die Vorräte der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke von Tag zu Tag geringer werden. Die Kohlenzufuhren auf dem Ostrauer- und dem Oberschlesischen Revier decken den Bedarf bei weitem nicht. Ich habe unter diesen Umständen keine Veranlassung, in der Angelegenheit bei der Regierung anzufragen.

GR. Rettler (chr.-soz.) sagt in einer Anfrage, dass in den Strassenbahnwagen Klebestreifen des amerikanischen Hilfslagerhauses mit der Adresse Parkring 8 angebracht sind und fragt, ob der Bürgermeister das amerikanische Hilfslagerhaus um Richtigstellung der Adresse in Kaiser Wilhelmring 8 ersuchen wolle.

Bgm. Reumann: Der Kaiser Wilhelmring ist tatsächlich in Parkring umbenannt worden, wenn diese Umbenennung auch noch nicht durchgeführt ist. Zu Irrungen geben die in der Anfrage erwähnten Ankündigungen keine Veranlassung. Zu einer Intervention meinerseits im Sinne der Anfrage liegt daher kein genügender Grund vor.

GRin. Marie Wieltsch (chr.-soz.) interpelliert wegen der Vermehrung der Anweisungen auf Fürsergebühren für Pfründner, Kleinpensionisten, in Gnadenshaltstehende oder von einer kleinen Rente lebenden Personen, die erwerbsunfähig, siech oder gebrechlich sind.

Bgm. Reumann: Ich habe den Magistrat beauftragt, die Zahl der für Einzelpersonen, wie Pfründner, Kleinpensionisten, Rentner u.s.w. auszugebenden Anweisungen auf Fürsergebühren entsprechend zu erhöhen und an die Frauenarbeitskommission die erforderlichen Weisungen hinauszugeben.

GR. Klimesch (Tschecho) fragt, wie weit die Frage der tschechischen Schulen in Wien gediehen ist und was der Bürgermeister zu tun gedenkt, damit der Straft der tschechischen Schulkinder beendet werden könne.

Bgm. Reumann: Ich kann nur abermals mitteilen, dass die kommissionellen Erhebungen in den Bezirken abgeschlossen sind und dass das ganze Erhebungsmateriale vom Bezirksschulrate dem Landesschulrate vorgelegt worden ist. Eine Verfügung der Schuloberbehörden ist dem Bezirksschulrate bisher nicht zugekommen. Ich bin daher auch nicht in der Lage gewesen, im Gemeinderate neue Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit zu machen. Im Uebrigen möchte ich doch einmal feststellen, dass die Regelung der Sache überhaupt nicht in den Wirkungskreis der Gemeinde fällt, sondern den Schulbehörden zukommt. Ich ersuche daher den Herrn Fragesteller, sich in Zukunft in dieser Angelegenheit an diese Behörden zu wenden. Ich selbst habe mich bereits an diese Behörden gewandt und werde wahrscheinlich in der nächsten Zeit eine Mitteilung erhalten.

GR. Klimesch (Tschecho) interpelliert wegen der Bevorzugung von Luxuslokalen seitens der Behörden in der Frage der Beleuchtung, der Sperrstunden etc.

Bgm. Reumann: Es ist ganz selbstverständlich, dass die Sperrverordnungen für alle Gastlokale zu gelten haben, eine Ausnahme ausgeschlossen ist und schon ganz und gar nicht für jene Lokale an Platze wäre, in welchen die gewisse Sorte von Ausbeutern zu prassen pflegt. Wie aus den Berichten des Kriegswuheramtes hervorgeht, werden die Besitzer solcher Lokale, wenn sie bei der Uebertretung der bestehenden Verordnungen ertappt werden, streng zur Verantwortung gezogen. Es ist daher kein Grund vorhanden anzunehmen, dass die Behörden solche Vergnügunglokale, wie es in der Anfrage heisst, bevorzugen. Ich werde übrigens die Anfrage der Polizeidirektion zur Kenntnis bringen und sie ersuchen dem Umfang ein verschärftes Augenmerk zuzuwenden.

GR. Feranz (Soz.-Dem.) stellt folgende Anfrage: In den Tageszeitungen vom 19. Februar 1920 war nachstehender kurzer Bericht zu lesen: „Folge schwerer Zusammenstoss. Dienster im Mitternacht stiess in der Lainzerstrasse das städtische Sanitätsautomobil A II 83 mit einem Streifenwagen zusammen. Bei dem Anstoss erlitten der im Sanitätsauto fahrende Magistratskommissär Humplik einen Bruch des Unterkiefers und der Sanitätsdiener Franz Rieder einen Schädelbruch und Rippenbrüche.“

Da für gewöhnlich Magistratskommissäre den Sanitätsautos nicht beigegeben werden, macht der Gefertigte den Herrn Bürgermeister auf folgende Tatsache aufmerksam: Das erwähnte Sanitätsauto hatte aus der Brigittenau einen Lungenkranken in das Jubiläumsspital gebracht. Auf der Rückfahrt wurde das leere Auto bei der Wenzgasse von Herrn Magistratssekretär Humplik angehalten. Der Mann erteilte dem Chauffeur den Befehl, seine eben von einem Falle heimkehrende lustige Gesellschaft in das Jubiläumsspital zu fahren. Da die Gesellschaft den Wagen vollständig füllte, setzte sich Humplik zum Chauffeur, während der Sanitätsdiener Rieder draussen auf dem schmalen Trittbrett stehen musste. Bei der Lainzer Kirche erfolgte der Zusammenstoss, die Herrschaften stiegen aus und das Auto fuhr mit dem schwerverletzten Humplik in das Spital. Der schwerverletzte Sanitätsdiener Rieder wurde auf der Strasse liegen gelassen und erst nach einer telefonischen Verständigung mit dem Auto geholt.

Bgm. Reumann: Mir ist der in der Anfrage geschilderte Sachverhalt vollkommen unbekannt. Ich werde selbstverständlich die Angelegenheit untersuchen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Ich werde aber auch, falls die Untersuchung die Ausführungen der Anfrager bestätigt, dafür sorgen, dass sich solche Uebertreibungen und grobe Ungehörigkeiten nicht wiederholen. Ich muss aber schon heute in Falle des Zutreffens der Schilderung, die der Herr Fragesteller gibt, den Vorgang als empörend bezeichnen.

GR. Kunschek (chr.-soz.) stellt folgenden Antrag betreffend die Errichtung von Sonderklassen für mit Sprachleiden behaftete Kinder. Die im Jahre 1915/14 bestandene Sonder-Elementar-Klasse ist sofort zu eröffnen. 2. Vermehrung der Sonder-Elementar-Klassen derart, dass auf die Sonderklasse des niedrigeren Schuljahres eine solche des höheren Schuljahres anschliesst, also stufenweiser Bau. 3. Als Lehrkräfte werden in den Sonderklassen nur jene in Verwendung genommen, die den Nachweis erbringen, die Logopädie bei einem Spezialarzte erlernt zu haben. 4. Erlaubnis an Sprachärzte, die Klasse auch während des Unterrichtes zu besuchen, die sprachkranke Kinder zu prüfen und den Lehrer zu beraten.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Vize-Bgm. Übersinn übernimmt den Vorsitz.

GR. Hackl (Soz.-Dem.) beantragt für den Gemüseanbau des Stadtgarten-Inspektorates in den Reserviegärten und Baumschulen zum Ankauf von Sämereien den Betrag von 25000 K zu bewilligen. (Angenommen).

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet hierauf über die Aenderung der Gräberordnung und des Gebührenentwerfes sowie über die Erhöhung der Friedhofgebühren und des Ausschmückungstarifes für Gräber in den Wiener Gemeindefriedhöfen. Er führt hierbei aus: Wien hat gegenwärtig 42 Friedhöfe in Betrieb. 10 davon werden von der Gemeinde Wien in eigener Regie geführt sowohl was das Beerdigungswesen als auch die Gräberausschmückung anbelangt. Auf diesen Eigenregiefriedhöfen wurden im Jahre 1918 32000 Beerdigungen vorgenommen gegenüber 6700 auf den anderen Friedhöfen, so dass sich ein Verhältnis von 7:3 ergibt. Bezüglich des Wertes auf den Friedhöfen ist das Verhältnis ungefähr so, dass 90% auf die Friedhöfe in Eigenregie entfallen und was das Flächenausmass betrifft, so sind 97% der gesamten Friedhofsfäche Eigenregiefriedhöfe. Die Gemeinde Wien hat auf diesem Gebiete ein Defizit von ungefähr 20 Millionen Kronen. Dieses verteilt sich zur Hälfte auf den Beerdigungsdienst, zur anderen Hälfte auf den Ausschmückungsdienst. Wenn dieses Defizit erst im Jahre 1918/19 eingestrichelt hat und im laufenden Verwaltungsjahre zu dieser Höhe gekommen ist, so ist die Ursache dafür in dem Umstande zu suchen, dass die Personallasten ganz ausserordentlich gestiegen sind. Im Jahre 1917/18 betrug die Einnahme eines Bediensteten 2700 bis 2800 K, während jetzt die noch kommende Steigerung der Löhne und Gehälter nicht eingerechnet, dieses Einkommen bei dem Beerdigungsangestellten durchschnittlich 16000 K und beim Gräberausschmückungsdienst über 17000 K ausmacht. Mit der Durchführung des Achtstundentages ist eine gewaltige Vermehrung des Personales notwendig geworden, so wie es bei der Strassenbahn und so weiter der Fall war, wo ebenfalls zu einer Vermehrung des Personales geschritten werden musste. 1909 waren durchschnittlich 580 Leute beschäftigt, 1919 dagegen durchschnittlich 860. Dazu kommt, dass ausser der Steigerung der Personallasten auch alles andere was für den Friedhofsdienst notwendig ist, eine ausserordentliche Steigerung erfahren hat. Weiters ist die Arbeit infolge der ausserordentlichen Zunahme der Sterbefälle sehr vermehrt worden. 1915 haben wir auf den Eigenfriedhöfen 20000 Beerdigungen gehabt, und 1918 ist die Zahl der Beerdigungen auf 32000 gestiegen, welche Steigerung seit dieser Zeit eingetreten ist, darüber liegen Ziffern noch nicht vor. Wie ungenügend der heutige Tarif ist, geht daraus hervor, dass wir heute bei Schachgrableichen z.B. für die Totenbeschreibgebühr 60 Heller einheben, für den Transport der Leiche auf den Friedhof 1 K 90, für die Grabstelle 6 K, für die Sargbestellung 1 K bis 5 K, alles zusammen 11 K 50. Dem gegenüber kostet uns heute die Grabstelle infolge der Arbeit, die erforderlich ist, selbst 150 K. Für den Transport haben wir wenigstens 150 K auszugeben und der Sarg wird infolge günstiger Abschlüsse mit nur 80 K berechnet. Wir kommen also zu 500 K Ausgaben, denen eine Einnahme von 11 K etwa gegenübersteht. Deshalb ist es notwendig, den Tarif den bestehenden Verhältnissen anzupassen. In der Aenderung der Gräberordnung steckt schon der Gedanke für die grosse Reform des Beerdigungswesens, man soll dem Beerdigungswesen zentral den Charakter des Dorfamtlichen nehmen. Es sollen 2 Gruppen von Friedhöfen geschaffen werden, die Hauptfriedhöfe und die Vorortfriedhöfe und es soll grundsätzlich jeder Verstorbene in irgend einem Friedhofe Wiens begraben werden können, nur soll zunächst der Hauptfriedhof ins Auge gefasst werden und die Schachtgräber sollen auf den Hauptfriedhöfen angelegt werden. Bezüglich der Ausschmückung betont der Richterstatler noch, dass ein Tarif mit den Privatgärtnern zustande gekommen sei, der es ermöglichen sollte, das Defizit von 10 Millionen Kronen mit Ausnahme des Abganges des Centralfriedhofes verschwinden zu machen. Auf dem Centralfriedhof soll eine zweckentsprechende Organisation des Ausschmückungsdienstes erfolgen.

GR. Grünbeck (Chr.Soz.): Ein neues Kapitel beschäftigt uns heute im Gemeinderat. Wir wissen, dass jetzt alles teurer ist, aber wenn das Beerdigungswesen von den einzelnen Familien so kolossale Summen verlangt, muss man sich wohl fragen, ob das recht überlegt werden ist. Sie von Ihrem Standpunkt sagen gewiss ja, denn alles ist teurer geworden. Die Arbeiter, der Achtstundentag hat auch eine Forderung hervorgerufen. Sie werden mit dem Achtstundentag zu Grunde gehen. Früher kostete ein Schachtgrab K 6.- und ich weiß, dass wiederholt diese K nicht bezahlt werden konnten, und jetzt soll dieses Schachtgrab, in welches die Aersten der Armen kommen, 100 K kosten. Ich lebe in einem Arbeiterbezirk und weiß wie schwer es den Leuten ankommt, das Geld für die Begräbnisse aufzubringen. Es gibt Leute, die ihr letztes hergeben, um ihren Lieben ein anständiges Beichenbegräbnis zu geben. Vielleicht 80 % der Einzelgräber werden von Arbeitern gekauft. Das war möglich, solange das Grab 120 K kostete. Jetzt soll es 300 K kosten. Sie müssen sich als Arbeitervertreter doch sagen, daß sie die Leute, die sie bisher geschickt haben, mit so kolossalen Summen belasten. Sodann wendet sich Redner dagegen, daß die Vererte höher belastet werden, als der Zentralfriedhof und stellt folgenden Antrag. Die Grabstellengebühr in gemeinsamen Gräbern und einfachen Gräbern ist für Erwachsene auf 50 K, für Kinder unter 10 Jahren auf 25 K herabzusetzen. Die Erneuerungsgebühr auf 10 Jahre ist auf den Vererterfriedhöfen mit dem Zentralfriedhof gleichzustellen. Die Vererterfriedhöfe sind bezüglich der Grabgebühren soweit es eigene Gräber, auf 15 Jahre, Einzelgräber auf 10 Jahre und eigene Gräber auf Friedhofsdauer betrifft, mit der Gebühr des Zentralfriedhofes gleichzustellen. " Ich hoffe soviel Gerechtigkeitssinn von Ihnen, dass Sie diesem Antrage beistimmen werden.

GR. Breuer (chr.soz.) weist darauf hin, dass derselbe Referent, der die verliegenden Anträge vertritt, in der letzten Sitzung den Ausdruck getan habe, man solle die Gesellschaft reden lassen was sie will, und für den Antrag stimmen, so dass er GR. Grünbeck bewundern müsse, dass er überhaupt noch glaubt, dass ein Antrag von der Minderheit gestellt, die Zustimmung der Mehrheit finden werde. Die Mehrheit scheint zu glauben, dass die Minderheit in diesem Saale nunmehr geduldet sei; es ist auch der Ruf gefallen „Gnadelei“. Die Anwesenheit der Minderheit in diesem Saale ist mehr funktiert in dem Vertrauen der Bevölkerung als es Ihre Indra-Prozessführung ergeben hat. Es ist begreiflich, dass fast in jeder Sitzung Anträge auf Erhöhungen mit der Begründung gestellt werden, dass hier alles teurer wäre, weil die Mehrheit eben gesszügig zu arbeiten gewohnt ist. Es ist auch ganz unwirtschaftlich statt der Saisonarbeiter ständige Arbeiter aufzunehmen, die dann ausser Stande sind für die Gemeinde etwas zu leisten. Das scheint eben auch an dem System der Verwaltung zu liegen. Sie geben aber auch das beste Beispiel der Disziplinesigkeit. Denn wir sind oft in Stadtrate diejenigen, die die Beschlussfähigkeit herbeiführen; ein ähnlicher Fall hat sich auch in der letzten Gemeinderatsitzung ereignet. Da dürfte man sich nicht wundern, wenn das Sprichwort „Wie der Herr so der Knecht“, wahr wird. Redner betont, dass die Bevölkerung in dem Versterbenen das teuersteehrt und es als heilige Pflicht betrachtet seine letzte Ruhestätte zu schmücken. Dieses Gefühl der Bevölkerung hat der Referent vom Standpunkte des Geschäftes behandelt; weil eben alles teurer wird, soll auch das Leben teurer werden, weil eben alles ein Geschäft ist. In diesen Worten ist nicht der Standpunkt der Minderheit in Saale, wohl aber der Mehrheit der Bevölkerung gelegen. Die verliegenden Anträge zeigen wieder, dass die Mehrheit in der Verwaltung nichts anderes könne, als multiplizieren, wozu die Minderheit kein Vertrauen habe und daher gegen die Anträge stimmen werde.

GR. Huber (chr.soz.) findet es merkwürdig, wenn der Referent sagt, dass

durch die Erhöhung der Gebühren für die Gräberausschmückung das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt hergestellt werden könne. Redner wendet sich gegen das System der Betreiberarbeit auf den Friedhöfen. Er weist auch darauf hin, daß der Gemeinde in der Ausschmückung der Gräber durch die Gärtner eine Konkurrenz erwachsen werde, da diese für die Ausschmückung eines Grabes 160 K verlangen, während die Gemeinde im Eigenbetrieb 500 K fördert. Die Folge davon wird eine Vernachlässigung der Gräber sein. Er beantragt getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 2 der Verlage.

GR. Dr. Grün (Soz.Dem.) erklärt, dass er für das Referat sei, weil er einsehe, dass die Gründe, welche rechnerischer Art waren, bestimmend seien. Wenn Kallage Breuer gesagt hat, wir haben die Disziplinesigkeit der Arbeiter gefördert und wegen der Disziplinesigkeit verlangen jetzt die Arbeiter mehr Geld, so sage ich Ihnen, sie verlangen nicht mehr, weil sie keine Disziplin haben, sondern weil sie kein Geld haben. Bei dem Referate kommen wir auf den ganzen Jammor unserer Friedhofsfrage und unseres Bestattungswesens. Wir haben gehört, dass wir in Wien 42 Friedhöfe haben, die ungefähr ein Areal aufmachen, dass es gross ist, wie etwa der 4., der 5. oder der 6. Bezirk. Von diesen Friedhöfen ist eigentlich nur der Zentralfriedhof geeignet, weil der andere Boden in ganz Wien von hygienischen Standpunkt aus für einen Friedhof nicht zu brauchen ist. Ein Boden, bei dem das Grundwasser in allzu grosser Nähe steht, ist nicht für einen Friedhof geeignet, denn die Verwesung soll normal in zwei bis 10 Jahren erfolgt sein und nur am Zentralfriedhof und im 21. Bezirk findet man bei Exhumierungen, dass dies geschehen ist. Diejenigen, welche für die Erdbestattung in anderen Bezirken sind, sind eigentlich für das Wassergrab, weil auf allen anderen Friedhöfen die Leichen direkt im Wasser liegen. Das ist auf allen Friedhöfen der Fall mit Ausnahme des Zentralfriedhofes und des Friedhofes, den der frühere Bürgermeister Dr. Weiskirchner als Südfriedhof angeregt hat. Aus diesem Jammor kommen wir nur dann heraus, wenn wir endlich darauf dringen, dass die kirchlichen Instanzen den bestehenden Verhältnissen mehr Rechnung tragen und endlich einsehen, dass es nur eine Art des Bestattungswesens gibt, welche von hygienischen Standpunkt aus aber auch von ökonomischen Standpunkt aus am geeignetsten wäre, die Feuerbestattung. Gerade die heutige Zeit zeigt, dass keine kulturkämpferischen Zwecke mit dieser Angelegenheit verbunden sind, sondern dass sich diese aus den Verhältnissen ergibt. Von Seiten der katholischen, der protestantischen und der jüdischen Theologie liegen Ansprüche vor, die das bestätigen. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

GR. Kienböck (chr.soz.): Lassen Sie die Theologie!

GR. Skaret (Soz.Dem.): Die Katholiken haben ja genug lebendige Menschen verbrannt, warum schiappen Sie so gegen die Verbrennung der Leichen?

GR. Dr. Grün (Soz.Dem.): Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat seinerzeit selbst gegenüber einer Adernung des Vereines „Die Flamme“ erklärt, dass man in Wien, wenn das Krematorium in Reichenberg vollendet sein würde, ein Krematorium errichten würde. Die Erwerbung der Friedhöfe wird heute auch immer schwerer infolge der Tenierung der Bodenpreise, der Zunahme der Bevölkerung und endlich ist auch die immer grösserwerdende Entfernung der Friedhöfe in Betracht zu ziehen. Dem gegenüber ist die Verbrennung, die in allen möglichen Ländern und Städten eingeführt ist, viel billiger. Eine Feuerbestattung in Reichenberg stellt sich heute auf 250 tschechoslovakische Kronen und dürfte auch bei uns nicht höher zu stehen kommen. Als Fachmann muss ich erklären, dass infolge des Grundwassers Infektionen von den Friedhöfen ausgehen. Es dringen auch Gase in menschliche Wohnungen und wir haben in Deutschland Beispiele, wo Vergiftungserscheinungen durch solche Gase sich ergeben haben. Alle ärztlichen Kreise wenden sich dagegen, dass Infektionskrankheiten in die Erde bestattet werden. Viele Gelehrte haben sich für die Feuerbestattung ausgesprochen und ausserdem eine ganze Reihe von internationalen Kongressen. Im Komitee für das Krematorium wird die Frage zur Verhand-

lung kommen und wenn sie glauben, dass es ein Parteistandpunkt ist, irren Sie. Was das Referat betrifft bin ich vollkommen dafür. GR. Dr. Grün wird während seiner Ausführungen wiederholt von christlichsozialer Seite durch Zwischenrufe unterbrochen und sagt darauf replizierend: Ich wurde im früheren Gemeinderate wegen des Gemeinderates Untermüller zur Ordnung gerufen. Wenn es aber einige politische Kettenhunde gibt, muss man sich gegen diese Leute wehren. (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Ordnungsruf!)

VB. Emmerling: Ich muss bemerken, dass GR. Dr. Grün wohl keinen Anlass gehabt hat, sich dieses Ausdrucks zu bedienen. Die Zwischenrufe waren durchaus nicht der Art, dass er sich eine solche Erwiderung leisten musste.

Ueber Antrag des GR. Schön (Soz.Dem.) wird Schluss der Debatte angenommen. Ueber Antrag des GR. Heftbauer (Soz.Dem.) Wahl von Generalrednern beschlossen.

GR. Schmitz (chr.soz.Generalredner kontra): Die Verlage hat viele Verläufer und ich fürchte sie wird auch ähnliche nach sich ziehen. Sie ist nichts anderes als die charakteristisch der jetzigen Gemeinderatswirtschaft der Verwaltung, durch die sozialdemokratische Mehrheit. Sie bringt zum Ausdruck, wie sehr die Gemeindeverwaltung von Wien dank der Kunst der sozialdemokratischen Mehrheit auf die schiefe Ebene geraten ist. Es ist klar, dass in einer Zeit ununterbrochener Preissteigerung und Geldentwertung auch die Gebühren für Beerdigung und Gräberausschmückung den Weg nach aufwärts nehmen. Dem hat sich von uns niemand verschlossen gezeigt. Aber etwas anderes ist es, ob die Steigerung sachlich und gerechtfertigt ist und ob sie im rechten Verhältnisse steht. Herr Referent hat gesagt, dass viele Arbeiter überflüssig sind. Diese Konstatierung steht in Widerspruch, dass bei dieser Frage bloss die Wirtschaftlichkeit dieses Betriebes in Betracht gezogen wird. Herr Referent hat auch eine zweite Feststellung gemacht und es übersehen, daraus notwendige Schlussfolgerung zu ziehen. Er hat gesagt die Erhöhung der Selbstkosten der Gemeinde Wien seien vor allem darauf zurückzuführen, dass infolge der Einführung des Achtstundentages die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrt werden musste. In diesem Saale befinden sich gewiss sehr viele, die sich mit der Frage des Achtstundentages intensivbeschäftigt haben. Und diese werden mir zustimmen müssen, dass in den Erörterungen darüber immer wieder betont wurde, dass die Erhöhung der Arbeitszahl in gemässigten Schranken bleiben werde, dass der Achtstundentag darin seine Berechtigung finden werde, dass der Arbeiter infolge der ersparten Kraft innerhalb der 8 Stunden dieselbe Arbeitsleistung vollbringen werde, wie in der längeren Arbeitszeit. Es scheint, dass diese Voraussetzung des Achtstundentages nicht zutrifft. Es scheint, dass jetzt die Arbeitsleistung geringer geworden ist als früher, und zwar nicht nur in Verhältnis zur früheren Arbeitszeit, sondern nach den Ziffern, die der Herr Referent genannt hat, auch der jetzigen Arbeitszeit. Es muss bis zu einer gewissen Grenze die Unterernährung als Erklärungsgrund herangezogen werden, aber ich habe vielmehr die Empfindung, dass es sich um Organisationsfehler, um entsprechende Ausnützung der Arbeitskräfte handelt und in mancher Beziehung gewiss auch als die Folge einer verfehlten Politik, die von gewissen Kreisen Ihrer Partei getrieben wird.

Wir werden in der nächsten Zeit hoffentlich Reformen sehen und wir werden sehen, ob auch die Gemeinde die Kraft und den Willen hat, Ordnung zu machen. Die Arbeiterzeitung hat geschrieben, die jetzige Stadtverwaltung habe auch diesen verkrachten Betrieb zu sanieren. Hier sei festgestellt, dass die städtische Leichenbestattung immer aktiv war und das Defizit in laufenden Verwaltungsjahre abgelaufen ist, also unter Ihrer glänzenden, sagenvollen Verwaltung. Wie gedenkt die derzeitige Gemeinderatsmehrheit, dieses Defizit zu beseitigen? Zunächst damit, dass sie die Gebühren in der Weise erhöht, wie wir es ja gewohnt sind.

Ihre Verwaltungspolitik ist eine physikalische. Von Ihrer Seite haben Sie keine Kritik zu erwarten, weil Ihre Leute nicht kritisieren dürfen. Diese haben nur eine Funktion: bei der Abstimmung die Hand zu erheben, vorausgesetzt, dass genug da sind. Nach dem Referate soll ein Schachtgrab 700 K kosten. Die Arbeiterzeitung hat eine Berechnung angestellt und ist zu dem Schluss gekommen, dass von 14000 Leichen 10.000 in Schachtgräber kommen. Weiter heisst es dann in der Berechnung, dass ungefähr die Hälfte der Leichen eigene Gräber erhalten, d.h. dass die Wiener Arbeiterschaft Wert darauf legt, in eigenen Gräbern bestattet zu werden und das wird nun den Arbeitern so teuer gemacht. Unser Volk ehrt einmal die Pietät der Verstorbener und es ist ein schöner Zug unseres Volkes. Selbst im Felde draussen, im Kugelregen wurde diese Pietät gewahrt und jeder Tote bekam ein wenn es halbwegs möglich war, ein Grab.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Die Soldaten, die Ihr umgebracht habt!

GR. Schmitz: Sie können froh sein, dass die Soldaten draussen waren, denn sonst wären die Kosaken gekommen und hätten Sie hinweggeführt. Die Soldaten im Feuer - auch Ihre Leute haben ihre Pflicht getan, und es berührt schmerzlich, wenn solche Zwischenrufe fallen.

Der Arbeiter wird sich in Zukunft kein eigenes Grab mehr bezahlen können, das im Zentralfriedhof auf rund 1700 K und in den sogenannten Nobelfriedhöfen, wie in Döbling, wo Sie die Mehrheit haben, über 3000 K kosten wird. GR. Siegel hat gemeint, dass die Dorffriedhöfe verschwinden sollen, die in Wien noch bestehen. Vom Standpunkt des Wiener, der am Wiener Stadtbilde nichts verändert wissen will, verahre ich mich dagegen diese alten schönen traurigen Friedhöfe zugunsten von eintönigen Massengräberhöfen auszuschalten.

GR. Rotter (chr.-soz.) Das begreifen ja die Zugereisten nicht!

GR. Schmitz: Wien, das ohnehin unter der sozialdemokratischen Verwaltung gelitten hat, das statt von einem Wald und Wiesengürtel, jetzt von einem Wüstengürtel darf dies nicht auch noch geschehen. Ich warne Sie davor, auf dem Gebiete der Leichenbestattung, auf dem Gebiete des Kultus, der Verehrung, des ehrwürdigen Gedenkens an unsere Toten so rationalistisch, so volksfremd, so gefühllos vorzugehen, wie das die Vorlage zeigt. Gerade dann, wenn ein Monopolcharakter besteht, muss die Verwaltung eines solchen Unternehmens bedacht darauf sein, die Gefühle der Bevölkerung zu schonen und sie nicht zu dem Urteile zu zwingen, dass aus ihren Gefühlen monopolistische Einnahmen erzwungen werden sollen. Herr Dr. Grün hat von einer Zunahme der Bevölkerung phantasiert.

GR. Rotter (chr.-soz.) Die Juden sind mehr geworden.

GR. Schmitz: Ja, wenn er den jüdischen Anteil an der Bevölkerung gemeint hat, dann hat er recht. Das ist die einzige Zunahme der Bevölkerung, aber die traurigste. Die Bevölkerung im ganzen ist schwer zurückgegangen. In meinem Wahlbezirke allein um nicht weniger als 18000. Es hat mich sehr verwundert, dass in dieser Debatte ausgerechnet vom Herrn Dr. Grün die Frage der Feuerbestattung angeschnitten worden ist. Wenn ein katholischer Theologe die Erklärung abgegeben hat, dass die Feuerbestattung mit keinem Glaubenssatze im Widerspruche steht, so weiss ja jedermann, dass das keine Glaubensfrage ist, sondern eine Frage, der freiwilligen Unterwerfung unter die kirchlichen Vorschriften. Die Kirche hat endgiltig in dieser Frage entschieden, sie hat im neuen Kodex juris canonici 1917 die Feuerbestattung ausdrücklich abgelehnt. Auch fast alle grossen jüdischen Rabbiner haben einmütig gegen die Feuerbestattung Stellung genommen und ich stelle fest, dass keine einzige der grossen Religionsgenossenschaften ohne Unterschied sich für die Feuerbestattung ausgesprochen hat, dass keine einzige die Feuerbestattung gefordert hat. Wenn eine Religionsgenossenschaft die Feuerbestattung als solche gefordert hätte, würden wir keinerlei Anstand nehmen, sie für diese Angehörigen zu bewilligen. So aber, wie Sie die Sache aufzäumen, ist es Intoleranz, denn Sie wollen, dass gesetzlich etwas durchgeführt, was die Religionsgenossenschaften als gegen ihre Vorschriften verstossend ablehnen, und was schwere Gewissenskonflikte und eine Erschütterung der Moral hervorrufen könnte. Wir vertragen eine weitere Erschütterung der Moral nicht und alle Parteien sollten bemüht sein, zusammenzuwirken, um unsere arme leidende und insbesondere in sittlichen Belangen so schwer erschütternde Bevölkerung wieder empor zu führen, denn Verbesserung der Moral ist die Voraussetzung für das Aufblühen des Volkes. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen)

Abgesagter Empfang. Diesen Montag empfängt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

VB. Winter übernimmt den Vorsitz.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Wenn es heute in diesem Saale jemanden gibt, der die Vorlage bedauert, so sind es in erster Linie wir. Es mocht uns kein Vergnügen diese Vorlage oder Vorlagen über andere Tarifierhöhungen einzubringen. Wenn Sie da nun so tun, als ob bei uns der reinste Mutwille vorhanden wäre, in der Bevölkerung neue Lasten aufzuerlegen, dann ist das ein ganz merkwürdiges Spiel. Ich würde es viel lieber sehen, daß Sie jetzt auf unserer Seite sitzen würden und ich würde Sie für jetzt als Vertreter der Gemeindeverwaltung ansehen, und welchen Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Notlage finden würden, die ein 5 jährige und sonst nichts und niemand verschuldet hat. Es ist ja sehr leicht, in Versammlungen zu gehen und aufzuzählen, was die Sozialdemokraten jetzt der Wiener Bevölkerung auferlegen. Ich habe gestaunt, dass Kollege Kunschak auf dem vorletzten christl.-soz. Parteitag beim Berichte über die Gemeindeverwaltung sagte, dass als seine Partei von der Herrschaft abgetreten ist, sie uns 3 Millionen Kronen bar und aktive Betriebe übergeben hat. Im Juni 1918 als die Berichte vorlagen, da fanden wir, dass die Gemeindeverwaltung ein Defizit von 400 Millionen Kronen aufweist. Die Unterzahlungen sind seit November 1918 passiv. Dazu kommt noch die Frage der Vaterschulden, die wir heute nicht zu der damaligen Valuta zu haben haben, es würde uns aber dennoch nicht einfallen, zu sagen, dass das Ihre Schuld ist. Das ist die Schuld des 5 jährigen Krieges, der alles ruiniert hat. Wenn Sie bei den Wahlen das Vertrauen der Wiener Bevölkerung nicht verloren hätten, so könnten Sie heute an unserer Stelle nicht ein Jota an dem Ändern, was heute von uns getan werden muss.

Wenn Sie dem Referenten den Vorwurf wegen des Achtstundentages machen, so wäre es Ihnen eben angenehm, wenn Sie heute noch die bürgerliche Diktatur im Staate, im Lande und in der Gemeinde hätten. Die Verhältnisse haben sich aber verschoben und an Stelle der bürgerlichen Diktatur ist die Demokratie getreten, die eben auch auf die Arbeiter sieht.

Der Referent hat berichtet, dass das Defizit bei den Wiener Gemeindefriedhöfen ungefähr 20 Millionen Kronen ausmacht, bei der Durchführung, die Sie gehabt haben, ist es schwer, die letzten Jahre festzustellen. Wenn GR. Grünbeck die Vorlage als höchst verantwortbar bezeichnet hat, so frage ich Sie, ob wir in den De-

finenzen weiter hochsteigen sollen, oder ob wir die Verwaltung sanieren sollen. Wenn GR. So. als ein Zitat aus der Arbeiterbewegung dahin auslegt, dass ein von uns verkrautes Unternehmen saniert werden soll, so ist das falsch oder ein Irrtum oder eine Entstellung. Die Wiener Gemeindefriedhöfe hatten im Jahre 1916/17 ein Defizit von 142.292 K., d.h. nach der Goldwährung gemessen 7 Millionen Kronen, im Jahre 1917/18 319.787 K., d.h. 16 Millionen Kronen und im Jahre 1918/19 geht das Defizit noch um weitere Millionen. Das verkraute Unternehmen ist also keine Unwahrheit, denn das Defizit war schon im Jahre 1916/17 da. Wenn weiter angeführt wurde, dass die Materialpreise der Kontrahenten gestiegen sind, weil die Löhne höher wurden, so muss gesagt werden, dass die Materialpreise um das 20 bis 30 fache gestiegen sind, während die Löhne nur um das 8 fache erhöht wurden. GR. Schmitz hat auch von humanitären Akten im Kriege gesprochen; es mag sein, dass es solche gegeben hat, wir haben aber auch aus dem Kriege tausende von Verwundeten, nach denen viele tausende von Menschen viele Tage in halbverwestem Zustande in den Gräben und auf den Schlachtfeldern liegen geblieben sind, die dann verbrannt werden mussten um nicht weitere Seuchengefahren aufkommen zu lassen. Die Mehrheit der Fälle im Kriege zeigt, von dem brutalsten Akte, die an eine Wildnis erinnern. Die Verbrennung von den Nobelfriedhöfen, wo wir die Majorität haben, ist eine Art von Dämagogie, die ich nicht verstehe. Vergessen wir doch nicht, dass auf den Nobelfriedhöfen alle Leichen beseitigt werden.

Noch einige Worte bezüglich der Verbrennung. Vielleicht sprechen Sie mir nicht das Recht ab, darüber zu reden. Wie lange denken Sie noch bei dieser wirklich sehr rückständigen Auffassung in Bezug auf die Beerdigungen zu bleiben. Ist denn im Laufe der Jahrhunderte noch nichts überwunden worden, was katholische Doktrin gewesen ist? Haben Sie nicht soviel schon nachgeben müssen, weil es mit Vernunftgründen nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Wollen Sie sich doch nicht so sehr gegen die Verbrennung stemmen. Eine Leiche verbrennen ist heute ein großer sanitärer und sehr menschlicher Akt, was hat dagegen die katholische Kirche getan an Verbrennungen von Lebendigen Menschen.

GR. Biber (chr. soz.): Geschichtswitz!

FRANZ GR. KRAMER (Soz. Dem.): Sie kennen die Kirchengeschichte nicht!

GR. Jenschick (Soz. Dem.): Es ist eine Schande, das eine Lüge zu nennen!

GR. Skaret (Soz. Dem.): In Salzburg steht noch heute der Hexenmarkt aus welchem die Hexen auf das Nonnfeld geführt und am Scheiterhaufen verbrannt wurden. Ich bin überzeugt, daß das Katholizentum von damals besser gewesen ist, als das von heute, denn es war

dann nicht so sehr ein Anwalt und Vertreter nur der Besitzenden, gegen die Volksklassen. Sie haben auch kein Recht von den Sozialdemokraten zu sagen, daß sie schlechtere Christen wären, als Sie. Die Sozialdemokratie vertritt die Grundlehren des Christentums in weit zureichenderem Maße, als Sie und ihre Kirche es jemals getan haben. (Rufe bei den Christlichsozialen die Neunkirchen-Gegenrufe in Rupprechtshofen die Bauern.) Hier wird immer Neunkirchen eingeworfen. Was wollen Sie damit beweisen. Ich billige die Vorgänge durchaus nicht, aber was ist geschehen. Ein Fabrikdirektor prügelt einen Invaliden.

GR. Hummelhardt (chr. soz.): Wer hat zuerst geprügelt?

GR. Biber (chr. soz.): Der Arbeiter!

GR. Skaret (Soz. Dem.): Meine Informationen gehen dahin, daß der Direktor den Invaliden zuerst angegriffen und geprügelt hat. Dann kommt, daß der Direktor durchaus nicht beliebt war. Darüber reden sich nun die Arbeiter auf. Wenn Sie nun die Zeit betrachten, in der wir leben, eine Zeit, in der in Backersburg eine Menge bewaffneter Bauern, lauter gute Christlichsoziale mit Maschinengewehren ausgerüstet, die Gendarmerie überfallen. (Rufe: Wenn war das! Dr. Dannenberg (Soz. Dem.): Gestern! Sie werden es morgen schon in den Blättern lesen!). Warum haben werden auch Ihre Leute von den Ereignissen mitgerissen und warum machen Sie nur den Arbeitern allein den Vorwurf, wenn Sie aufgeregt sind. Die Pose der Entrüstung steht Ihnen durchaus nicht gut, denn was Sie heute auf der einen Seite sehen, wiederholt sich vielfach morgen auf der anderen Seite.

Und nun noch kurz zum Gegenstande. Wenn wir leider gezwungen sind, solche Vorlagen, wie die heutige, einzubringen, so liegt das in der wirtschaftlichen Not unserer Zeit, ist begründet in der Zwangslage, Wien und seine ganze Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruche zu schützen und zu retten. Das ist unsere Aufgabe, die wir uns gestellt haben und wir werden sie auch durchführen auch gegen Ihre Proteste, aber in ernster und besten Gewissens, unsere Pflicht gegenüber der Wiener Bevölkerung zu tun. (Lebhaftender anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Referent StR. Siegel (Soz. Dem. zum Schlußwort): Die Christlichsozialen haben mit der Friedhöfereform begonnen, da sie selber eingesehen, daß es mit den Wiener Friedhöfverhältnissen auf die Dauer nicht geht. Wir aber schickten uns nun an diese Frage auch zur Lösung zu bringen. Es wird nicht nur die Friedhöfereform gehören, auch bezüglich der Friedhöfe an eine veränderte Regelung der Verwaltung zu denken, die es erst ermöglicht wird, die ganze Sache auf eine entsprechende Basis zu stellen und jederzeit rasch eingreifen zu können.

Mit den Betriebsräten und den Verwaltern der Friedhöfe wurden Verhandlungen gepflogen, die auf die Einführung des Reviersystems und der Reviergärtner, der Heranziehung von Fachleuten bei der Aufnahme Bestellungen, der Reform der Arbeitskräfte überhaupt, der Einführung einer kaufmännischen Geschäftsführung in Friedhofsdienste, Beschaffung von Materialien im Eigenregie u. a. zielen.

Der Referent stellt richtig, dass er in Stadtrate gesagt habe, dass es ihm für seine Person gleichgültig sei, ob er in einem Schachtgrabe oder sonst wo begraben liegt. Wenn man ihm den diesen Grund Pietätlosigkeit vorwerfe, so müsse er dagegen protestieren, da er auch seinen Verstorbenen dasselbe Gefühl entgegenbringt, wie jene Herren, die die Pietät gepacktet zu haben glauben. Kadner wendet sich den Ausführungen des GR. Schmitz gegenüber. Bestätigung der Gefallenen zu und sagt in den Dolinen des Wehedeplateaus die langsam begabenen Soldaten von den italienischen Granaten wieder ausgegraben wurden.

Der Referent betont, daß es ihm um seiner Partei bewusst sei, daß sie hier unangenehme Gesetze zu erlassen habe, daß aber über den festen Willen hat Ordnung zu schaffen, damit die Wirtschaft der Stadt Wien nicht zusammenbrüche.

GR. Kunschak (chr. soz.) berichtigt tatsächlich einige in der Debatte gefällene Bemerkungen.

Der Abtinnung werden 4 Anträge betreffend die Erhöhung des Aushüttungstarifes für die Gräber mit dementsprechenden Maßnahmen bezüglich der Erhöhung der Friedhofgebühren mit dem Schutze der Mehrheit angenommen, die Abänderungsanträge der Minderheit abgelehnt.

GR. Dr. Jähnen (Soz. Dem.) berichtet über die Aenderung des § 1 des Wasserversorgungsgesetzes für die Stadt Wien, in dem die Fixen für die Wasserwerke Anstalt/abgeschafft werden sollen. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. März 1920, Nr. 103.

Kinder aus Südtirol. Morgen Sonntag um 2 Uhr nachmittags kommt am Westbahnhof ein Zug mit Kindern an, die in folgenden Orten Südtirols untergebracht waren: Algund, Gargazon, Gratsch, Kuens, Lana, Meran, Mals, Obermais, Partschins, Roveretto, Siebeneich, St. Leonhard, Terlan, Tscherm Untermais und Vilpian. Die Eltern werden aufgefordert, ihre Kinder am Bahnhof in Empfang zu nehmen.

„Zewiverba“. Vom 21. bis 27. März an Rayonierte pro Kopf: 3/8 kg Mehl, K 4.20, 12 dkg Margarine K 12.72. Auf Seifenkartenschnitt 1, 2, 3 und 4 j 1 Stk. E.F.-Seife (nach Maßgabe der Vorräte) zu K 1.80 oder 1 Stk. E.W. Reinseife zu K 5.50. Auch an nichtrayonierte Verbandsmitglieder: Graf's Suppenwürfel, holländischer Kümmel und St. Stefan Doppelmalzbier. - In der Abgabestelle VIII., Schlesingerplatz 5, täglich von 2 bis 6 Uhr gegen Legitimation die bereits angekündigten Waren.

Margarineabgabe. Vom 21. bis 27. März werden bei den städtischen Butterabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 184 und der beiden Abschnitte Nr. 184 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20.--.

## 2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. März 1920, Nr. 104.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtrat hält Mittwoch und Freitag vormittags Sitzungen ab. - Der Gemeinderat tritt am Freitag um 3 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Kommunale Auszeichnung. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen/beschlossenen Sitzung dem Chefredakteur Emil Buomberger, Kantonsrat und Präsident des Gemeinderates in St. Gallen, in Anerkennung seiner ausserordentlichen Verdienste um die St. Gallener Hilfsaktion für Wiener Kinder die eiserne Salvatormedaille zu verleihen.

Titelverleihungen. Der Gemeinderat hat dem Kanzleidirektionsagenten Adolf Heinrich, dem Exekutionsamts-Direktionsadjunkten Franz Hippauf, dem Exekutionsamts-Direktionsadjunkten Raimund Hanschel den Titel Vizedirektor und dem Stadtgärtner Friedrich Ortman den Titel Oberstadtgärtner anlässlich ihrer Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Würdigung ihrer Dienstleistung verliehen.

Kinderzubussen. Ab Mittwoch, den 24. d.M. werden bei den städtischen Abgabestellen für Nahrungsmittelzubussen und bei den Verschleißstellen der Konsumentenorganisationen an jedes Kind bis zum vollendeten zweiten Jahre 1 kg Feinmehl zum Preise von K 11.20 per 1 kg und an jedes Kind im Alter von 2 bis 6 Jahren 1/2 kg Teigwaren zum Preise von K 21.50 per 1 kg gegen Verweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes „5.“ der entsprechenden Milchkarte abgegeben. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen wollen sich wegen Zuweisung des Bedarfes an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2 wenden.

Eine amerikanische Mission beim Bürgermeister. Heute erschienen unter Führung des Major Davis und des Captain Smithson die Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes Robert E. Olds, Eliot Wadsworth und Willoughby G. Walling bei Bürgermeister Reumann, um ihm die Mitteilung zu machen, dass sie zum Zwecke des Studiums der Wiener Verhältnisse hierher gekommen seien. Bgm. Reumann gab den Herren an der Hand der verschiedenen Berichte über die Gesundheitsverhältnisse, die Sterblichkeit über Tuberkulose etc. erschöpfende Aufklärungen über die in Wien herrschenden traurigen Verhältnisse. Er dankte den Herren in warmen Worten für ihr hilfsbereites Wirken. Die Mitglieder der Kommission erklärten, dass das amerikanische Rote Kreuz zwar selbst keine Mittel zur Verfügung hätte, sondern sie nur die Verteilung dessen in die Wege zu leiten haben, was die amerikanische Bevölkerung in Betätigung ihrer Sympathie für Wien spendet. Der Bürgermeister dankte ihnen neuerlich, dass sie sich dieser Mühe unterziehen und ersuchte die Herren auch den Dank der Stadt Wien für die so reichen Spenden nach Amerika gelangen lassen zu wollen.

Saatbohnen und Erbsen für Kleingärtner. In der Abgabestelle 14, Zollernspergasse 3 werden ab Montag ausser anderen Gemüsesämereien Saatbohnen zum Preise von 12.K per 1/2 kg und Saaterbsen zum Preise von 15 K per 1/2 kg an Kleingärtner abgegeben. Vorzuweisen Mitgliedskarte des Verbandes der Schrebergärtnervereine oder einer sonstigen Schrebergärtnerorganisation (Pachtvertrag).



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.

Wien, I., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 22. März 1920, Nr. 105.

Eine Spende aus Amerika. Der „Verein Oesterreich“ in San Francisco in Kalifornien hat für die notleidenden Kinder und Frauen der Stadt Wien 97.561 K gespendet.

Angelobung der Armenräte. Sonntag vormittag fand im Festsaale des Rathauses die Angelobung der neugewählten Armenräte für die Funktionsperiode 1920 bis 1925 statt. 4000 Armenräte und Armenrätinnen leisteten dem Bürgermeister die Angelobung. Bgm. Reumann wies in seiner Ansprache darauf hin, dass in der Schichtung, aus der die Armenräte genommen würden, eine Aenderung eingetreten ist, dass der Kreis derjenigen, die zur Ausübung der armenrätlichen Funktion berufen worden sind, ein weiterer geworden ist, was zum Vorteile der Armenpflege ausschlagen wird. Das Ziel des Armenrates in seiner Arbeit geht dahin, dass aus der Armenpflege eine wirkliche Fürsorgepflege wird. Die Tätigkeit der Armenräte müsse sich auch der neuen Zeit anpassen. Der Armenrat wird zu beurteilen haben, wann die Hilfe der Gemeinde einzugreifen hat. Dem Armenrat und der Armenrätin müsse aber auch die Gelegenheit geboten werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Zahl der Armenräte ist zu gering, um all die Aufgaben leisten zu können, die an die Funktionäre gestellt werden. Die Rayons der Armenräte müssen verkleinert werden. Auch das Statut der Armenräte wird einer Aenderung unterzogen werden. Neue Stellen für Hilfesuchende werden geschaffen werden müssen. Die höchste Aufgabe des Armenrates und der Armenrätin ist die, ein Freund und Berater der Hilfesuchenden zu sein. Nach Verlesung der Angelobungsformel, leisteten die neugewählten Funktionäre die Angelobung.

Hauslistenabgabe und Ausgabe neuer Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, den 27. März statt, auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 10. April die neuen Lebensmittelkarten ausgegeben. Da die verspätete Hauslistenabgabe eine Verzögerung in der Ausgabe der Lebensmittelkarten zur Folge hat, ist der angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung ihre Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Freie Arztstelle. In der Kinderpflegeanstalt in der Siebenbrunnengasse kommt mit 15. April die Stelle eines Aufsichtsarztes der Säuglingsabteilung zur Besetzung. Im Spitalsdienst stehende Kinderärzte werden bevorzugt. Nähere Auskünfte erteilt die Verwaltung der Kinderpflegeanstalt und die Magistratsabteilung XI. Neues Rathaus. Gesuche sind bis 31. März, entsprechend belegt in der Magistratsabteilung XI zu überreichen. - Im städtischen Leichenhause, IX., Gallileigasse 8, kommt mit 7. April die Stelle eines Hausarztes zur Besetzung. Nähere Auskünfte erteilt Magistratsabteilung XI. Dortselbst sind die entsprechend belegten Gesuche bis spätestens 27. März zu überreichen.

W i e n e r   R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

W i e n ,   D i e n s t a g ,   d e n   23.   3.   1920.   -   A b e n d a u s g a b e .

---

Von der Strassenbahn. Nach den in Kraft stehenden Fahrbestimmungen bei der Strassenbahn gilt an Feiertagen der Werktagstarif. Es sind also am Donnerstag (Feiertag) die Früh-, sowie die Hin- und Rückfahrseine gültig. Der Sonntag-Vormittagstarif hat an diesem Tage keine Gültigkeit.

- . . . . . -

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 23. März 1920, Nr. 106.

---

Strassenbahnlinie „4“. Von Donnerstag an verkehren die Wagen der Linie „4“ in der Fahrt zur Hauptallee wieder durch die Sechskrügelgasse und Rasumofskygasse.

-----  
Verkauf von Alteisenmaterialien. Die bei den städtischen Strassenbahnen vorrätigen Mengen von Alteisenmaterialien werden im Wege einer öffentlichen schriftlichen Anbotverhandlung, die am 2. April 10 Uhr vormittags im Sitzungszimmer Wien, IV., Margaretenstrasse 11 abgehalten wird, veräußert. Die Anbote sind an die Direktion der Strassenbahnen, bis spätestens einen Tag vor der Anbotverhandlung einzusenden. Die Materialien können gegen vorherige Anmeldung bei der Lagerverwaltung XIII., Siebeneichengasse 12 besichtigt werden.

-----  
Freie Stiftung. Aus der Karoline Prugberger Heiratsausstattungsstiftung wird ein Stiftplatz im Betrage von 1680 K verliehen. Beworben können sich Töchter von mittellosen, verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrates, Die entsprechend belegten Gesuche sind bis 15. April bei der Magistratsabteilung XIII Neues Rathaus einzureichen.

-----  
Sehr geehrter Herr Kollega!

Die im Rathause ständig verkehrenden Kollegen haben beschlossen aus Anlass des Hinscheidens des Redakteurs Baack an Stelle eines Kranzes den Betrag von je K 25.- für einen besonderen Zweck zu widmen, über den mündlich Näheres mitgeteilt wird. Es wird ersucht den Betrag möglichst umgehend in der Rathauskorrespondenz zu erlegen.

Mit kollegialer Hochachtung

Ludwig Basch, Franz Mischeu.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. März 1920, Nr. 107.

Milderung der Sparmaßnahmen. Im Stadtrate berichtete VB. Emmerling über eine gestern im Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten stattgehabte Besprechung, die sich mit der Frage von Erleichterungen der in Geltung stehenden Sparmaßnahmen beim Verbrauch von Gas und Elektrizität befaßte. VB. Emmerling teilte mit, daß mit Rücksicht auf die dauernde unsichere Kohlenversorgung an einen wesentlichen Abbau der Sparverordnungen nicht gedacht werden könne, sondern bloß solche Erleichterungen durchgeführt werden können, die einerseits in der Zunahme des Tages andererseits in der Einführung der Sommerzeit ihre Begründung finden. Die Besprechung im Staatsamte führte dazu, ab 3. April folgende Erleichterungen eintreten zu lassen:

- 1.) Verlegung der Haustorsperre auf 10 Uhr abends,
- 2.) Die Sperrstunde der Gasthäuser wird mit  $\frac{1}{2}$  11 Uhr, die der Kaffeehäuser und Vergnügungsorte mit  $\frac{1}{2}$  12 Uhr abends festgesetzt; hierbei wird die Karbidbeleuchtung verboten.
- 3.) Der Theaterschluß wird mit spätestens  $\frac{1}{2}$  12 Uhr, der Kinoschluß mit 10 Uhr und die Schließung der Vortragssäle mit 11 Uhr nachts bestimmt.
- 4.) Der Betriebsschluß der Straßenbahn wird um 1 Stunde hinausgerückt, sodaß die letzten Wagen um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr abends vom Ring abgehen.
- 5.) Der Verkehr von elektrisch betriebenen Personenautomobilen wird mit der Einschränkung zugelassen, daß die Ladung der Batterien nur zur Nachtzeit erfolgen darf.

Hinsichtlich der Industrie und der Haushaltungen können derzeit Erleichterungen nicht bewilligt werden.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. März 1920, Nr. 108.

Verschiebung der Gemeinderatssitzung. Die für Freitag anberaumt gewesene Sitzung des Gemeinderates wurde auf Samstag, 3 Uhr nachmittags verschoben.

Kinder aus der Schweiz. Die Kinder, welche mit dem 8. Züricher Kinderzug am 26. Jänner in die Schweiz reisten, kommen morgen 2 Uhr nachmittags am Westbahnhof an. Die Eltern versammeln sich in der Ankunftshalle bei den Gruppennummern. Es wird gebeten, keine Kinder mitzunehmen.

Neue Gemeindesteuern. Im Stadtrat legte StR. Breitner eine Reihe von Gesetzesentwürfen vor, welche die Erhöhung bereits bestehender und die Einführung neuer Steuern beinhalten. Er betonte, dass diese Steuermaßnahmen getroffen werden müssen, um das Erfordernis der Kosten für die gleichzeitig zu beschließende Bezugsregulierung der städtischen Angestellten bedecken zu können. Die Vorschläge des Referenten sind folgende:

- Einhebung erhöhter Gemeindegzuschläge zur Grundsteuer, allgemeinen Erwerbssteuer, Erwerbssteuer von dem der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen und zur Rentensteuer,
- Einhebung einer erhöhten Abgabe von Verführungen, Wettbewerben, Belustigungen in der Stadt Wien (Lustbarkeitsabgabe),
- Einhebung einer Gemeindeabgabe von öffentlichen Ankündigungen im Gebiete

der Stadt Wien (Plakatsteuer),

Einhebung einer Gemeindeabgabe von gewerbmässiger Vermietung von Wohnräumen im Gebiete der Stadt Wien (Fremdenzimmerabgabe),

Einhebung erhöhter Gemeindeabgaben von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, Bier, Wein und Scharwein und

Einhebung einer Abgabe für die Benützung von öffentlichen Fuhrwerkstandplätzen im Gebiete der Stadt Wien.

Ueber Vorstellung des StR. Dr. Kienböck wurde beschlossen, die Generaldebatte über die Steuerverlagen abzuführen und an der Freitag stattfindenden Stadtratssitzung in die Spezialdebatte einzugehen. Die in Rede stehenden Verlagen sowie die Vorlage über die Regulierung der Bezüge der städtischen Angestellten werden in der für Samstag festgesetzten Gemeinderatssitzung verhandelt werden.

Kinder aus München. Samstag, früh kommen die Kinder, die mit dem 1. Zug am 11. Jänner nach München abgegangen sind, von dort zurück. Diejenigen Eltern, welche von Münchener Komitee von der Rückkehr ihrer Kinder bereits verständigt worden sind, werden ersucht, sich am Samstag, den 27. da. um 6 Uhr früh am Westbahnhof einzufinden, um ihre Kinder in Empfang zu nehmen.

WIENER HATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 25. März 1920. - Mittagsausgabe.

---

Neuerliche Verschiebung der Gemeinderatssitzung. Die für Freitag anberaumt gewesene und auf Samstag verschobene Sitzung des Gemeinderates wurde auf neuerlich auf Dienstag den 30. d. verschoben.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. März 1920, Nr. 109.

Kinder aus München. Morgen früh kommen die Kinder, die mit dem 1. Zug am 11. Jänner nach München abgegangen sind, von dort zurück. Diejenigen Eltern, welche vom Münchener Komitee von der Rückkehr ihrer Kinder bereits verständigt worden sind, werden ersucht, sich morgen, den 27. ds. um 6 Uhr früh am Westbahnhof einzufinden, um ihre Kinder in Empfang zu nehmen.

Ausgabe gefrorener Kaninchen. Statt des Rauchfleisches gelangen morgen in der Großmarkthalle als Zubußen gefrorne Kaninchen zur Abgabe. Sie werden Stückweise gegen Abtrennung der Ziffer 36 des Einkaufscheines bei den Fleischstellen ab 1/2 7 Uhr früh abgegeben. 1 kg Kaninchenfleisch kostet K 70.- Die Zubereitung der gefrorenen Kaninchen erfolgt am besten mit Paprika nach Pörkelart.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. März 1920, Nr. 110.

Neue Strassen. Bereits im Jahre 1914 wurde die Benennung einzelner Strassen und Plätze in dem zwischen Wilhelminenstrasse und Reterdstrasse/im 16. Bezirke angeregt. Mittlerweile wurden dort neue Häuser gebaut und teilweise auch Strassenregulierungen genehmigt. Der Stadtrat hat nun nach einem Berichte des StR. Siegel folgende Benennungen beschlossen: Reterdstrasse im Anschluss an den südöstlichen Teil der Reterdstrasse, Lewinskygasse nach dem Burgschauspieler Josef Lewinsky, Weiskerngasse nach dem Schauspieler und Topographen Wilhelm Weiskern, Sennentalgasse nach dem Burgschauspieler Adelf von Sennental, Kempfengergasse nach der zur Auflassung bestimmten Strasse gleichen Namens, Baumeistergasse nach dem Burgschauspieler Bernhard Baumeister, Gabillongasse nach dem Burgschauspieler Ludwig Gabillon, Winterburgergasse nach dem 1. Wiener Buchdrucker Johann Winterburger, Brenntanoplatz nach dem Dichter Klemens Brentano und Greger Mendelplatz nach dem Botaniker und Naturforscher Greger Mendel.

Spendenverteilung. Der Verein zur Unterstützung n.ö. Waisen sowie delegierter Familien und zur Bekleidung armer bedürftiger Schulkinder, X., Favoritenstrasse 89, hat 4000 K an arme Witwen des X. Bezirkes über Vorschlag des Armeninstitutes X zur Verteilung gebracht.

Gaspreiserhöhung. Der Gemeinderatsbeschluss vom 6. Februar besagt, dass nach je 6 Wochen der Gaspreis auf Grund der Kehlenklausel (für jede Steigerung oder Minderung der Kohlenpreise um volle K 2.- pro Tonne ist der Gaspreis um je 1 Heller für den Kubikmeter zu erhöhen oder herabzusetzen) von der Direktion der städtischen Gaswerke festzusetzen ist. StR. Bambeck legte in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht der Gaswerksdirektion vor. Nach diesem sind die Kehlenpreise gegenüber den im Februar dem Gaspreis zugrunde gelegten um K 77.20 gestiegen. Der Bericht schlägt die Erhöhung des Preises für den Bezug von Gas um 38 Heller, das ist von K 2.60 auf K 2.98, pro Kubikmeter vor. Dieser Preis kommt für das von Anfang April bis Mitte Mai bezogene Gas zur Verrechnung. Der Bericht des Referenten wurde zur Kenntnis genommen.

Die angeforderten Wohnungen der 1. Märzwoche. VB. Winter berichtete im Stadtrate, dass in der Zeit vom 1. bis 7. März in den Wiener Gemeindebezirken vom Wohnungsamte 146 Wohnungen und 12 Einzelwohnräume angefordert wurden. Rechtskräftig wurde die Anforderung bei 81 Wohnungen und 34 Einzelwohnräumen.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Siegel bewilligte der Stadtrat dem Wohltätigkeitshaus in Baden zur Durchführung der für den Wiederbetrieb der Anstalt notwendigen Herstellungsarbeiten einen einmaligen Beitrag von 40.000 K unter der Bedingung, dass auch seitens des Landes eine Beitragsleistung im gleichen Ausmass erfolgt. - Nach einem weiteren Antrage des StR. Siegel wird zur Heranzucht von Gemüsesetzlingen durch die Stadtgarteninspektion ein Betrag von K 30.000 sowie die kostenlose Abgabe der Setzlinge an die Kleingärtner bewilligt.

Der Stadtrat hält morgen vormittag eine Sitzung ab.

Die Vorlage betreffend die Einhebung erhöhter Gemeindeabgaben von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, Bier, Wein und Schaumwein sieht eine Erhöhung auf 10 K pro Hektolitergrad Alkohol vor. Der zur Einhebung gelangende städtische Zuschlag zur Linienverzehrungssteuer von Bier und zum Erarischen Biersteuerzuschlagsbetrage wird von 500 % auf 1000 % erhöht, wobei gleichzeitig der Rückvergütungssatz für die Ausfuhr aus dem geschlossenen Verzehrungssteuergebiete mit 20 K pro Hektoliter bestimmt wird. Die Gemeindeaufgabe auf dem Verbrauch von Bier außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes wird von 10 auf 20 K pro Hektoliter erhöht. Die Gemeindeabgabe von Wein wird bei den unter das Gesetz vom 1. Mai 1919 fallenden Gegenständen von 40 K auf 200 K und von 8 K auf 40 K pro Hektoliter erhöht. Die Gemeindeabgabe von Schaumwein wird auf das Dreifache des im Gesetze vom 6. Februar v.J. festgesetzten Betrages erhöht. Die Abgabe für eine ganze Flasche beträgt, wenn der Schaumwein aus Fruchtwein hergestellt ist, K 4.20. Für anderen Schaumwein ist die Gemeindeabgabe nach dem Steuerwerte abgestuft und stellt sich auf 9 bis 36 K. Bei einem höheren Steuerwerte als 40 K steigt die Abgabe um je 9 K für je eine volle und 10 K für <sup>je</sup> eine angefangene Flasche. Durch das Gesetz wird die Gemeinde ermächtigt die Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten und von Schaumwein auch in den außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gebietsteilen von Wien, jedoch im Wege der Abfindung oder im Wege der tarifmäßigen Beschreibung einzuheben.

Die für die Benützung öffentlicher Fuhrwerkstandplätze zu entrichtende Abgabe an die Gemeinde beträgt pro Jahr für einen Platzkraftwagen 500 K, für einen Fiaker mit Pferdebetrieb 400 K, für einen Einspänner 150 K und für ein Lastenfuhrwerk mit zugewiesenen Standplatz 30 K. Zur Entrichtung der Abgabe ist der jeweilige Gewerbeinhaber verpflichtet. Im Falle der Verpachtung <sup>haftet</sup> für die Entrichtung der Abgabe der jeweilige Pächter mit dem Gewerbeinhaber zur ungeteilten Hand. Die Abgabe ist für jedes Kalenderjahr im Vorhinein zu entrichten und sind K rückständige Abgabebeträge mit 6 von 100 zu verzinsen.

Die noch restlichen Steuervorlagen betreffend die Einhebung erhöhter Gemeindeforschläge zur Grundsteuer, allgemeinen Erwerbsteuer, Erwerbsteuer von dem der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen und zur Rentensteuer, betreffend die Lustbarkeitsabgabe und die Abgabe für Equipagen und Reitpferde wird der Stadtrat in einer am Dienstag vormittag stattfindenden Sitzung beraten.

Ehrengrab für Prinzen Liechtenstein. Der Stadtrat hat beschlossen, dem verstorbenen Ehrenbürger der Stadt Wien Prinzen Alois Liechtenstein im Hinblick auf seine jahrzehnte-langes hervorragendes Wirken im öffentlichen Interesse ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof zu widmen.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat hält in der Woche Dienstag um 9 Uhr vormittags und Mittwoch und Donnerstag um 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Dienstag um 3 Uhr nachmittags zu einer Geschäftsitzung zusammen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 27. März 1920, Nr. 111.

**Petroleumausgabe.** Petroleum wird ausgegeben: Vom 29. März bis 4. April für Wohnungen, Untermieter, Heimarbeiter, Stiegenbeleuchtung je 1/8 Liter; vom 5. April bis 11. April für Wohnungen, Heimarbeiter und Stiegenbeleuchtung je 1/8 Liter. Untermieter erhalten keine Zuweisung. Der Preis ist der gleiche.

**Maisgries für Mindestbemittelte.** In der 135. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Maisgries pro Person des Haushaltes zum Preise von K 1.30 gegen Abtrennung des Abschnittes „T“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Freitag, den 26. März A - F, Montag, den 29. März G - K, Mittwoch, den 31. März L - R und Freitag, den 2. April S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Pferdefleisch an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen XVIII., Gersthofermarkt und Johann Nepomuk Vogelpfad rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Maisgries. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1/8 kg Maisgries, und zwar an die ersteren zum Preise von K 10.40 per kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

**Fettabgabe.** Vom 28. März bis 3. April werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 185 und der beiden Abschnitte Nr. 185 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72.

**Kohlengabe.** Im April wird die Abgabe von Heizkohle für Gewerbebetriebe ganz eingestellt. Dagegen werden vom 1. April angefangen auf Grund der Bezugsscheine für Betriebszwecke die unter dem Buchstaben „G“ festgesetzten Monatsmengen und für einen ganzen Gewerbebetriebsbrand 80 kg Steinkohle oder 100 kg Braunkohle abgegeben.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 27. März 1920, Nr. 112.

**Falsche Spendensammler.** Seit einiger Zeit treiben sich in Wien zwei Individuen herum, die Sammelgelder für den Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder herauslocken. Sie weisen eine amtliche Legitimation vor und tragen die gezeichneten Geldbeträge in einen Bogen ein. Das Inkasso der Sammelgelder ist aber vom Präsidium des Vereines dem zuständigen magistratischen Bezirksamte übertragen, welches die Sammelbögen durch uniformierte Zustellungsdiener in die Häuser austragen und die gezeichneten Geldbeträge samt den Sammelbögen durch dieselben wieder abholen lässt. Das Publikum wird daher vor diesem Schwindlerpaare gewarnt und ersucht, dasselbe, eintretenden Falles, polizeilich festnehmen zu lassen. Uebrigens wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Sammelbeträge auch per Postsparkassa an die städtische Hauptkasse, I., Neues Rathaus, Postsparkassenkonto Nr. 39.399, eingesendet werden können.

**Kein Osterverkauf in der Großmarkthalle.** Wegen ausserordentlicher Knappheit der Warenankünfte, welche kaum ausreichen, um die Verschleißstellen für rayoniertes Fleisch entsprechend zu decken, muss heuer der in den letzten Jahren übliche Sonderverkauf vor den Feiertagen unterbleiben. Es gelangt lediglich im Laufe der Woche ein kleines Quantum gefrorenes Hammelfleisch in 1/2 kg Paketen pro Einkaufschein auf die Nr. 38 des Einkaufscheines zum Preise von K 70.- pro kg zur Ausgabe. Die Bevölkerung wird daher gut daran tun, auf eine Osterzubereitung aus der Großmarkthalle nicht zu rechnen und zweckloses Anstellen unterlassen.

**Osterdienst der Brotkommission.** Samstag, den 3. April werden die Brotkommissionen Vermittlungsdienst halten, weil an diesem Tage der Nachmittagsdienst entfällt. Am Ostersonntag und Ostermontag entfällt der Kommissionsdienst gänzlich und es bleiben die Lokale der Brotkommissionen geschlossen.

lich und es bleiben die Lokale der Brotkommissionen geschlossen.

**„Zewiverba“.** Vom 28. März bis 3. April an Rayonierkarte pro Kopf: 3/8 kg Mehl, K 4.20, 12 dkg Fett K 13.20, B.W.Reinseife K 5.50, 1 Paket Kathreiner Malzkaffee K 10.- (höchstens 4 Pakete pro Haushalt), für jede Mehlbezugskarte: 1 Dose Sardinen (nach Vorrat) K 25.-. Auf Milchkartenabschnitt „5“ an Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 kg Feinmehl K 11.20, von 2 bis 6 Jahren 2 kg Feinmehl K 10.75. An nichtrayonierete Verbandsmitglieder nach Vorrat: Kaffee-Ersatz, Kümmel, Kunathenig, Tee, Pfeffer, Kremsersenf, Nähseide, Rasiercreme und Kerzen. In der Abgabestelle Schlesingerplatz die bereits ausgewiesenen Artikel.

**Die neuen Gemeindesteuern.** Der Stadtrat hat heute die Beratung über die vom Finanzreferenten StR. Breitner eingebrachten Steuerentwürfen, aus deren Ertragnis die Kosten der Bezugsregulierung für die städtischen Angestellten ihre teilweise Bedeckung finden werden, fortgesetzt.

Bei der Abgabe von Kraftwagen in Niederösterreich (Automobilsteuer) sieht die Verlage für Kraftwagen, die ihren Standort in Niederösterreich haben, sowie für solche, die zwar ausserhalb Niederösterreichs ihren Standort haben und regelmässig die Strassen des Landes benutzen, eine Abgabe vom Eigentümer vor. Pro Steuerpferdestärke sind für Personenkraftwagen 1000 K, für Last- und Geschäftskraftwagen 300 K zu entrichten. Bei Elektrokraftwagen beträgt die Abgabe 10.000 K für Personenwagen und 4000 K für Lastwagen. Die Kraftwagen des freien Stadtlohnfuhrwerkes unterliegen einer jährlichen Pauschalgebühr. Bemessungsbehörde ist für Wagen mit dem Standorte Wien der Magistrat, für andere das niederösterreichische Landesabgabenausschuss. Bei diesen Behörden sind alle Wagen, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes das vorgeschriebene Kennzeichen haben, anzumelden. Die Behörde kann die Kraftwagen vorführen und die Angaben durch Sachverständige auf Kosten der Eigentümer überprüfen lassen. Steht der Wagen gegenwärtig ausser Betrieb, so kann die Befreiung von der Abgabe durch Rückgabe des Kennzeichens binnen 14 Tagen nach Wirksamkeitsbeginn des Gesetzes erwirkt werden. Der Ertrag der Abgabe wird nach einem bestimmten Schlüssel zwischen der Stadt Wien und dem Lande Niederösterreich geteilt.

Durch die Plakatsteuer werden alle Ankündigungen in Schrift und Bild, die an öffentlichen Strassen und Plätzen oder in öffentlichen Räumen (Verkehrsmittel) Theaters, Kinos, Hotels, Gast- und Kaffeehäusern u.s.w. angebracht sind, insbesondere auch durch Lichtwirkungen hervorgebracht werden, besteuert. Befreit von der Abgabe sind Anzeigen des Staates, des Landes Niederösterreich und der Stadt Wien, der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften, Wahlplakate, politische Versammlungsanzeigen, Firmenschilder und Aufschriften für den eigenen Geschäftsbetrieb. Bei entgeltlichen Ankündigungen beträgt die Abgabe 20 % des Entgeltes, bei anderen K 1.50 für jeden Quadratmeterfläche. Von Ankündigungen durch Lichtwirkungen ist das Zwanzigfache dieser Abgabe zu leisten. Abgabepflichtiger ist das Plakatierungsinstitut, wobei der Ankündigende mithaftet; in anderen Fällen der Ankündigende, wobei der mithaftet, der Ankündigungsfächen entgeltlich überlässt. Eine Pauschalierung der Abgabe ist möglich.

Die Fremdenzimmerabgabe ist für die gewerbmässige Vermietung von Wohnräumen zu entrichten, also von Hotels, Gasthöfen, Gasthäusern, Wirtschaften, Herbergen, Pensionen etc. Der Vermieter ist berechtigt, den Abgabebetrag dem Mietzins zuzuschlagen. Bemessungsgrundlage ist das erzielte Entgelt, einzubeziehen ist das Entgelt für Nebenleistungen (Licht, Beheizung, Bedienung, Reinigung, Lift etc.) Die Verabreichung von Speisen und Getränken zählt nicht zu den Nebenleistungen. Auch wenn ein Wohnraum innerhalb 24 Stunden mehr als einmal vermietet wird, ist die Abgabe von jeder Vermietung besonders zu entrichten. Sie beträgt 20 % der Bemessungsgrundlage, bei für Quartier und Kost unter einem bezeichneten Entgelt (Pensionspreis) wird ein Drittel desselben der Bemessung der Abgabe zugrunde gelegt. Auch hier ist eine Pauschalierung der Abgabe möglich.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 29. März 1920, Nr. 113.

Sühneverhandlungen. Beim Gemeindevermittlungsamt Mariahilf finden die Sühneverhandlungen im April am 7., 14., 21. und 28. statt.

-----

Freier Stiftplatz. Aus der Karoline Prugberger - Heiratsausstattungsstiftung wird ein Stiftplatz im Betrage von 1680 K verliehen. Zur Bewerbung sind berufen Töchter von mittellosen, verdienstvollen Beamten des Wiener Magistrats. Entsprechend belegte Gesuche sind bis 15. April in der Magistratsabteilung XIII einzureichen.

-----

Hochherzige Mittelstandshilfe des schwedischen roten Kreuzes. Die Hilfsaktion des schwedischen roten Kreuzes hat durch den Gesandten Everlöff des Zentralverband der Gemeinschafts- und Kriegsküchen in Wien und Niederösterreich für 30.000 Personen Lebensmittel auf die Dauer von 3 Monaten zur Verfügung gestellt die durch den Zentralverband zur Verteilung gelangen sollen. Diese Hilfsaktion wird vornehmlich jenen Personen zu gute kommen, die ehemals Teilnehmer von solchen Küchen gewesen, und infolge der durch die masslose Steigerung aller Lebensmittelpreise eingetretenen Preiserhöhung der Mahlzeiten, aber nicht mehr in der Lage sind, diese Küchen zu frequentieren.

Es handelt sich hierbei fast ausschliesslich um jene Angehörigen des argbedrängten Mittelstandes, welche auf feste Bezüge angewiesen sind, insbesondere also um geistige Arbeiter und Pensionisten deren Kräfte bereits versagen und die auch noch auf das Letzte verzichten mussten, auf eine regelmässige, entsprechende Mahlzeit in den Gemeinschaftsküchen des Verbandes, nachdem sie schon vorher allen kulturellen Bedürfnissen entsagt haben und nur noch zum Scheine und auf Kosten der Ernährung ihr Herabsinken unter das ärmste Proletariat aufrecht zu erhalten wissen. Diesen Aermsten zu helfen, ist eine menschenwürdige Tat und der Zentralverband spricht daher der Hilfsaktion des schwedischen roten Kreuzes und dem edelsinnigen Wirken des Gesandten Everlöff den tiefempfundenen Dank im Namen der in Betracht kommenden Küchenteilnehmer aus, dem sich die Generalversammlung am 24. März l.J. einstimmig anschloss. Der Zentralverband richtet gleichzeitig an die Küchenleitungen die Einladung, diejenigen Küchenteilnehmer, welche auf diese edelmütige Hilfsaktion Anspruch erheben, zu ersuchen, sich bei den Küchenleitungen zu melden. Die Küchenleitungen erhalten die Vorschriften der schwedischen Mission schriftlich vom Zentralverbande zugestellt.

-----

Verlängerung der Frist zur Bodenwertabgabe. Die Frist zur Einbringung der Bodenwertabgabeerklärungen ist nunmehr bis 20. April ds.J. verlängert werden.

-----

Die „Strassenreinigung“ braucht Arbeiter. Ab 1. April l.J. wird die städtische Strassenreinigung die Gehsteigsäuberung mit Ausschluss der Wintersaison besorgen. Es werden daher in allen Gemeindebezirken Strassenarbeiter aufgenommen. Der Lohn beträgt rund K 40.- täglich und wird für jedes Familienmitglied eine tägliche Zulage von K 6.66 gezahlt. Die Aufnahmestellen werden durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 30. März 1920, Nr. 114.

**Von den Volksbädern.** Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Isor die Besuchszeit an den städtischen Volksbädern an Samstagen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends und an Sonntagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags festgesetzt.

## 2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 30. März 1920, Nr. 115.

**Lebensmittelverteilung.** Mittwoch, den 31. ds. findet durch das Frauenarbeitskomitee des XI. Bezirkes im Antshaus XI., Ankplatz 2 in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags die Beteiligung der Familien mit 2 Kindern mit Lebensmittelgaben statt. Mitzubringen ist das Fürsorgeblatt und der Betrag von K 2.- für die Verpackung.

**Vom Gemüsemarkt.** Um den Verbrauchern den Bezug von frischem Gemüse, namentlich Spinat, am Gründonnerstag zu ermöglichen, hat die Marktbehörde angeordnet, dass diese Woche ausnahmsweise Mittwoch, ab 5 Uhr abends die Gärtner die Gemüsesammelplätze zu besichtigen haben.

**Die neuen Gemeindesteuern.** Der Stadtrat setzte heute seine Verhandlungen über die neuen Steuerverlagen fort. StR. Breitner legte die Gesetzesverlage betreffend die Einhebung einer erhöhten Gemeindeabgabe von Verführungen, Wettbewerben und Belustigungen in der Stadt Wien (Lustbarkeitsabgabe) vor. Diese Abgabe soll entweder eine Prozentual- oder Pauschalabgabe sein, je nach dem für den Besuch der Veranstaltung die vorhergehende Lösung einer Eintrittskarte gefordert wird oder nicht. Während die erste bisher einheitlich mit 10 % festgesetzt war, soll sie in Zukunft bei künstlerischen Theater- und Konzertaufführungen 5 %, bei sportlichen Verführungen 3 %, bei Operetten, Konzertakademien, Tanzverführungen in Konzertsälen u.dgl. 10 %, bei Verführungen in Rauchtheatern, sowie in Theatern, in denen Speisen und Getränke während der Vorstellung verabreicht werden, bei Lichtbildverführungen und bei Tanzunterhaltungen 15 % und bei Pferderennen 30 % betragen. Die Einhebung der Pauschalabgabe soll nach 12 Stufen mit 10 bis 10.000 K für jede einzelne Veranstaltung festgesetzt werden. Ein von StR. Speiser gestellter Zusatzantrag: 6 % der Lustbarkeitsabgabe werden dem Zwecke gewidmet Arbeitern, Angestellten und Schülern den Besuch von Theatern und Musikaufführungen zu ermöglichen, 4 % der Lustbarkeitsabgabe werden dem Zwecke der Förderung des Körpersports gewidmet; es werden zwei sechsgliedrige gemeinschaftliche Komitees eingesetzt, die unter Zuziehung von Fachleuten Vorschläge für die bestmögliche Verwendung dieser Summe zu erstatten haben, wurde angenommen.

Nach dem Gesetzentwurf betreffend die Abgabe von Pferden wird die Gemeinde ermächtigt, von Pferden, die als Wagen- oder Reitpferde ausschliesslich oder vorwiegend zur Personenbeförderung verwendet werden, eine Abgabe von 5000 K pro Jahr und pro Pferd einzubeheben. Für im freien Lehnfuhrwerksgewerbe verwendete Pferde soll die Abgabe 800 K pro Jahr und Lizenz betragen, wobei jedoch nicht mehr als zwei Pferde für eine Lizenz gerechnet werden.

Durch den Gesetzentwurf betreffend die Einhebung erhöhter Zuschläge zur Grundsteuer, zur allgemeinen Erwerbssteuer, zur Erwerbssteuer von dem der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen und zur Rentensteuer soll die Gemeinde Wien ermächtigt werden, Zuschläge zur Grundsteuer im erhöhten Ausmass von 100 %, zur allgemeinen Erwerbssteuer aller vier Klassen im erhöhten Ausmass von 100, 90, 60 bzw. 40 %, zur Erwerbssteuer von dem der Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen im erhöhten Ausmass von 120 % und zur Rentensteuer im erhöhten Ausmass von 100 % einzubeheben.

Die neuen Zuschläge zur allgemeinen Erwerbssteuer sind in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Sobald die Nationalversammlung die gegenwärtig geltenden Grundlagen der Bemessung, wie dies durch eine vom Staatsamt der Finanzen eingebrachte Verlage beabsichtigt ist, abändert, hat die Gemeinde über die Höhe der Zuschläge neuerlich zu beschliessen.

Die von Finanzreferenten StR. Breitner vertretenen Anträge wurden vom Stadtrat genehmigt.

## W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung, vom 30. März 1920.

Versitzender Bgm. Reumann macht folgende Mitteilungen:

Der Gemeinderat der Stadt Strassburg hat beschlossen 50 bedürftigen Kindern Wiens für 4 Monate Unterkunft und Verpflegung in städtischen Anstalten Strassburgs zu gewähren. Die Stadt wird es sich nach der Versicherung ihres Bürgermeisters zur besonderen Ehre machen, den notleidenden Kindern Wiens die beste Unterkunft und Verpflegung angedeihen zu lassen.

Wie die amerikanische Kinderhilfsaktion mitteilt, wird die Zahl der auszuspendenden Kinder wieder um 30.000 erhöht, sodass von jetzt ab 175.000 Mütter und Kinder täglich ausgespeist werden. Es ist weiters geplant 30.000 stillende/und Kinder unter 6 Jahren in die Aktion einzubeziehen. Ab 1. April wird auch die Zahl der Lehrlinge zwischen 15 und 17 Jahren, die eine amerikanische Mahlzeit erhalten, um 10.000 erhöht werden.

Gegenwärtig werden von der amerikanischen Kinderhilfsaktion in Wien auch 48.000 Ausstattungen, bestehend aus Schuhen, Strümpfen und Unterkleidern zur Verteilung gebracht, wofür in jedem Bezirke ein Zentralverteilungsbüro besteht.

Gespendet haben:

Präsident Seitz hat von dem ihm behufs Verteilung zur Verfügung gestellten 278 B - Dellarpaketen 2/5 = 110 Pakete (à 126 kg Mehl, 48 Dosen Kondensmilch und 5 Dosen Cornedbeef) den Frauenarbeitskomitees der einzelnen Bezirke für einzelne auszuwählende bedürftige Familien zugewiesen.

Die Wiener Lebensmittelverehrungsgesellschaft für wohltätige und gemeinnützige Zwecke 125.000 K.

Mihelcic & Co. in Triest für die Frauen- und Kinderhilfsaktion 2633 Lire = 36.862 K.

Mary Winter, Davos, Schweiz, für Wiener Kinder 18.518'50 K.

W. Schorn, Köln, für arme Wiener Kinder 1247 K und IV. Oesterreichische Kriegaanleihe in Nominalwerte von 15.000 K.

Johanne Rendonell, Evanston, Amerika für die hungernden Kinder in Wien 6.000 K.

Der Verein „Oecher Senn“ in Aachen für arme Kinder Wiens 3211 Mark.

Die Verwaltung des Hofmarschallers der städtischen Feuerwehr für ihr rasches und zielbewusstes Eingreifen beim Brande in der Hofburg 2000 K.

Die Oelzer Zeitung „Lokomotive an der Oder“ für die notleidenden Kinder den Sammelbetrag von 1391 Mark.

Die Besitzer des Cafe's „Habsburg“ Simon Herzog und Friedrich Schiller 1000 K.

Frau Arneurat Julie Zerner, Salzburg 14, 300 K.

W.M. Willer, Chicago, für Hilfsbedürftige Wiens 1000 K.

Josef Schlesinger, Lynbrook, für arme notdürftige Kinder 1000 K.

The Chicago Tribune als Sammelergebnis für arme Wiener Kinder 975 K.

August Greb in Toufen (Schweiz) für drei arme Familien zur gleichmässigen Beteiligung 600 K.

Der Kommissär der Amerikanischen Kinderhilfsaktion Hynes anlässlich der Löschung des Brandes in der Amerikanischen Küche im Schöbrunn für die ausgedrückten Mitglieder der städtischen und der freiwilligen Feuerwehr 2 Kisten Milch und 2 Säcke Mehl.

Deutscher Unterstützungsbund Chicago 35.000 K.

Legat der Notarswitwe Bruck für die Armen 1000 K.

Fabrikdirektor Robert Hain für die hungernden Kinder Wiens 200 K.

Anlässlich der Feier des Weihnachtsfestes 1919 in den städtischen Versorgungshäusern sind zu Gunsten der Pflinglinge seitens vieler Gewerbetenossenschaften

sonstiger Körperschaften und Privatpersonen namhafte Spenden eingelaufen.

Schriftführerin GR. Walter verliest den Einlauf:

GR. Rottler (chr.-soz.) stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt dahin zu wirken, dass das Gebäude des ehemaligen Zivilmädchenpensionates ausschliesslich der Jugendfürsorge vorbehalten bleibe und nicht zu parteipolitischen Zwecken verwendet werde.

Bgm. Reumann: Das Gebäude des ehemaligen Zivilmädchenpensionates wurde seinerzeit auf Grund von kommissionellen Besichtigungen zum Teile für Jugendfürsorgezwecke bestimmt; zum Teile wurde es der Invalidenentschädigungskommission zur Benützung zugewiesen. Gleichzeitig wurde die Vermietung der für Jugendfürsorgezwecke bestimmten Teile des Gebäudes an die Gemeinde Wien und zwar gegen die Einrichtung eines mässigen Zinses in Aussicht genommen. Der sohin von den staatlichen Stellen verfasste Mietvertragsentwurf sieht jedoch Bestimmungen vor, die für die Gemeinde als nicht annehmbar bezeichnet werden müssen. Ein Mietvertrag zwischen Staat und Gemeinde ist bisher nicht zustande gekommen. Das Gebäude steht somit nicht in städtischer, sondern noch immer in staatlicher Verwaltung. Ich habe daher auf die Vergebung der Räumlichkeiten des Gebäudes keinen Einfluss.

GRin. Gabriele Walter (chr.-soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass in den Gängen der Schulen Waschgelegenheiten in genügender Anzahl angebracht werden, damit durch erhöhte Reinlichkeit die Gefahr der Verbreitung der Tuberkulose vermindert werde.

Bgm. Reumann: Die der Anfrage zugrunde liegende Absicht, den Reinlichkeitssinn der Schulkinder zu fördern und zugleich in gesundheitlicher Beziehung verteilhaft einzuwirken, ist anzuerkennen. In vielen Fällen wird jedoch die Anbringung von Waschgelegenheiten in den Schulgängen und die damit verbundene Installierung technisch schwer möglich, stets aber unter den herrschenden Verhältnissen mit sehr grossen Kosten verbunden sein. Ebenso schwierig und kostspielig wäre derzeit die Beistellung von Handtüchern. Uebrigens konnten in einigen Schulen die von der Heeresverwaltung in den Gängen eingerichteten Waschvorrichtungen belassen werden und in einigen der neuesten Schulen sind die einzelnen Lehrzimmer mit Waschbecken mit direkter Wasserzuleitung ausgestattet. Dem in der Anfrage zum Ausdruck gebrachten Wunsche wird zum Teil durch die in Aussicht genommene Einrichtung von Brausebädern in Schulen Rechnung getragen, die nun allerdings auch durch die ungünstigen Verhältnisse eine Verzögerung erfährt.

GRin. Gabriele Walter (chr.-soz.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass zur Mitarbeit in das Frauenhilfskomitee im XX. Bezirke auch Frauen zugelassen werden, die der christlichsozialen Partei angehören.

Bgm. Reumann: Dem Wunsche der Anfragstellerin folgend, werde ich dem Frauenhilfskomitee Brigittenau nahelegen, auch einige Mitglieder der christlichsozialen Partei den Sitzungen beizuziehen.

GR. Schmölzer (chr.-soz.) weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Auflösung bzw. Aufteilung des Bezirksgerichtes Simmering beschlossen werden soll. Die Aufteilung der Agenden dieses Gerichtes erscheine keinesfalls zweckmässig und notwendig, sei vielmehr nur mit mehr Kosten für den Staat verbunden. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, mit seinem ganzen Einfluss die schwebetreffende Bevölkerung des XI. Bezirkes und von Kaiser Ebersdorf zu schützen und welche Schritte er unternehmen wolle, um die Aufteilung des Bezirksgerichtes zu verhindern.

Bgm. Reumann: Ich habe auf Grund der Anfrage sofort Erkundigungen beim Staatsamt für Justiz eingezogen. Hierbei habe ich erfahren, dass zwar das Bezirksgericht Simmering aufgelassen werden wird, dass aber von einer Verteilung der Geschäfte keine Rede sein kann. Es wird das Bezirksgericht Simmering mit dem Bezirksgerichte Favoriten vereinigt werden. Dies ergibt sich als eine Notwendigkeit, um Räumlichkeiten und Personal zu ersparen. Allerdings bedeutet die Durchführung dieser Vereinigung für die in Simmering wohnhaften Parteien vor allem einen grösseren Aufwand an Zeit, andererseits darf aber nicht unbeachtet bleiben, dass die Verwaltungs- und Personalkosten des Staates unbedingt verringert werden müssen und dass dies vielfach nur durch Zentralisierung und Zusammenlegung der Aemter geschehen kann. Uebrigens werde ich die Angelegenheit im Auge behalten.

GR. Körber (chr. sez.) fragt, ob der Bürgermeister um alle Amtsgänge insbesondere an die Mietämter die Weisungen ergehen lassen wolle, worin sie von dem von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei vorgenommenen Gebührenerhöhung Kenntnis erlangen und dieselben auch in ihren Aemtern entsprechend zur Durchführung bringen bzw. berücksichtigen.

Bgm. Reumann: Soweit Gemeinderatsbeschlüsse, wie es bei neuen Auflagen, Abgaben, und Gebühren der Fall ist, eines Landesgesetzes begürten, erhalten die Aemter von diesen Beschlüssen ohnehin schon durch das Landesgesetzblatt Kenntnis, wenn ihnen diese Kenntnis nicht überdies durch spezielle dienstliche Verständigungen vermittelt wird. Aber auch von allen anderen wichtigen Gemeinderatsbeschlüssen werden die Aemter durch das magistratische Verordnungsblatt, die normalen Blätter des Magistrates oder besondere Weisungen und Erlässe verständigt. Was speziell die Mietämter betrifft, so werden diese in Konferenzen wie auch durch Rundschreiben über alle Angelegenheiten in Kenntnis gesetzt, die für die Spruchpraxis von Einfluss sind. Was insbesondere die Kanalraumgebühren betrifft, so hat das Wohnungsamt erst am 22. März allen Mietantsversitzenden den derzeitigen Tarif zur Kenntnis gebracht. Die in der Anfrage verlangten Mitteilungen erfolgen somit ohnehin und liegt kein Anlass zu einer weiteren Verfügung vor.

GR. May (chr. sez.) sagt, dass in der vergangenen Woche ungefähr 80 Wagen holländische Kartoffeln nach Wien gekommen sind, wo sie um 6 K pro Kilogramm an die Konsumenten hätten abgegeben werden sollen. Die Kartoffeln wurden aber aufs Land gebracht und dort an die Bauern als Saatkartoffeln zum Preis von 10 K per Kilogramm verkauft. Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister dies bekannt ist und ob er sich dafür einsetzen solle, dass ein derartig empörender Vorgang nicht mehr stattfinden kann.

Bgm. Reumann: Ich habe mich in dieser Angelegenheit, die mir unbekannt war und nicht in die Geschäftsführung der Gemeinde fällt, sofort mit der Gemüse- und Obstverteilungsstelle ins Einvernehmen gesetzt. Nach der erhaltenen Auskunft ist es richtig, dass die Kriegsgetreidegesellschaft holländische Kartoffeln nach Wien gebracht hat und dass diese zufolge Verfügung des Volksernährungsamtes ungeachtet der Verstaltungen der Verteilungsstelle als Saatkartoffeln auf das flache Land abgegeben werden müssten. Ich habe weiter erfahren, dass durch Verfügung des Volksernährungsamtes überhaupt von der Mitte des Monats an, Kartoffeln solange nicht an den Wiener Konsum abgegeben werden dürfen, bis nicht der Bedarf der Landwirte an Saatkartoffeln gedeckt ist. Das Volksernährungsamt steht auf dem Standpunkt, dass vor allem der Bedarf der letzteren befriedigt werden muss, um wenigstens zur nächsten Saison den Konsum Kartoffeln zuführen zu können, und dass diese Bedarfsdeckung einen Aufschub nicht erdulden kann. Jedenfalls werde ich von der Anfrage dem Volksernährungsamt Mitteilung machen.

GR. Faulitschiké (chr. sez.) weist darauf hin, dass mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 17. Oktober eine Kommission mit der Bestimmung eingesetzt wurde, die Büros der verschiedenen Aemter und Zentralen zu kommissionieren und gegebenen Falles für Wehazwecke nutzbar zu machen. Von dieser Kommission

ist bis heute nichts bekannt geworden und niemand weiss, ob und inwieweit diese Kommission seine Tätigkeit entfaltet hat. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister die Durchführung des oberwähnten Gemeinderatsbeschlusses veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Durchführung des in der Anfrage erwähnten Gemeinderatsbeschlusses ist nur durch die Regierung möglich, da die Gemeinde kein Recht hat die Büros der verschiedenen Aemter für Wehazwecke nutzbar zu machen. Die Angelegenheit ist schriftlich und mündlich wiederholt und entschiedenst bei den leitenden Regierungsstellen betrieben worden. Angeblich ist die Feststellung aller in Betracht kommenden Räume und deren Verwendung im Zuge. Die Angelegenheit wird auch weiterhin von der Gemeinde nach Möglichkeit verfolgt werden.

GR. Klimešch (Tscheche) interpelliert wegen der Abweisung tschechischer Kinder von der Teilnahme der holländischen Hilfsaktion.

Bgm. Reumann: Der in der Anfrage bezogene Fall betrifft, wie der Interpellant selbst zugibt, die Rückweisung von Kindern durch eine niederländische Hilfsaktion. Auf die Auswahl der Kinder durch fremdländische Hilfsdienstmissionen hat die Gemeinde Wien keinerlei Einfluss und masst sich auch kein Recht an, einen solchen Einfluss auszuüben. Wenn die betreffende Aktion daher ihre Hilfstätigkeit nur auf deutsche Kinder erstreckt so ist dies lediglich Sache ihres Ermessens, für mich kann daraus weder ein Anlass noch eine Berechtigung abgeleitet werden, die Sache zu unterstützen oder Genehmigung zu fordern. Was die Gemeinde anlangt, so kann der Interpellant versichert sein, dass bei allen Fürsorgeaktionen, die in ihren Wirkungskreis fallen, nur der Standpunkt der Bedürftigkeit des Einzelnen massgebend ist.

GR. Dr. Danneberg (soz. Dem.) richtet an den Bürgermeister folgende Interpellation: Gelegentlich der Verringerung der Tramwayhaltestellen wurden die Haltestellen im Gemeindegebiet von Mauer auf zwei reduziert. Die Strassenbahn hält jetzt am Beginne des langgestreckten Ortes und erst wieder bei der Endstation. Die Haltestelle im Zentrum des Ortes, auf dem Hauptplatze, ist aufgelassen worden. Da die Strassenbahn auf dem Hauptplatze aus verkehrstechnischen Gründen auf alle Fälle sehr langsam fahren muss, springt das Publikum dort sehr viel auf und ab. Hierbei sind wiederholt Unglücksfälle vorgekommen. Es ist ein dringender Wunsch der Gemeindevertretung von Mauer, dass schon aus Gründen der Verkehrssicherheit die Haltestelle auf dem Hauptplatze wieder eingeführt werde, ohne dass die Haltestelle am Beginne des Ortes aufgelassen wird. Der Gefertigte stellt daher an den Bürgermeister die Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister bereit, die Strassenbahndirektion zu veranlassen, dass die aufgelassene Haltestelle auf dem Hauptplatze Mauer wieder eingeführt werde.

Bgm. Reumann: Nach den von mir eingeholten Erkundigungen wurde die Haltestelle Mauer-Hauptplatz seinerzeit in Einvernehmen mit dem Bürgermeister von Mauer gegen die Wiedereinführung der aufgelassenen Haltestelle bei der Asenbauergasse eingezogen. Mit 3. April d. J. werden verschiedene aufgelassene Haltestellen wieder aktiviert werden und unter diesen wird sich auch die erwähnte Haltestelle befinden.

GR. Unterwüller (chr. sez.) fragt, ob der Bürgermeister den Magistrat beauftragen wolle, bei Kündigungen von Angestellten die Bestimmungen der Vollzugsanweisung betreffend die Kündigungsfristen und Abfertigungen von Handlungsgehilfen anzuwenden.

Bgm. Reumann: Die von Staatsamt für Justiz erlassenen Vollzugsanweisungen über die Beschränkung der Kündigungen von Dienstverhältnissen, die dem Handlungsgehilfengesetz unterliegen, sowie über die Gewährung von Abfertigungen im Falle der Kündigung finden auf die beim Magistrat aufgenommenen Hilfskräfte keine Anwendung. Gleichwohl wurden Abfertigungen auch an Letztere gegeben.

GR. Retter (Chrison.) weist darauf hin dass die Wiener Autobetriebskompanie beabsichtigt im Hause VIII., Trautschgasse 4 eine Garage für 25 Automobile, eine Reparaturwerkstätte sowie ein Lager für 2700 Liter Benzin einzurichten und führt die Nachteile für die Bevölkerung der umliegenden Häuser an. Er fragt ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass der Errichtung dieser Garage verboten wird.

Bgm. Reumann: Es ist richtig, dass die Wiener Autobetriebskompanie im Hause VIII., Trautschgasse 4 eine Garage, eine Reparaturwerkstätte und ein Benzinlager einzurichten beabsichtigt und zu diesem Zwecke um die Genehmigung der Betriebsanlagen hierfür beim Mag. Bezirksamt für den 8. Bezirk als politische Behörde I. Instanz angesucht hat. Ich habe der Angelegenheit in Hinblick auf die Art der Betriebe angesichts des dichtverbauten Bezirksteiles, in dem sich das bezeichnete Haus befindet und der Umgebung des Gebäudes mein besonderes Augenmerk zu gewendet. Die kommissionelle Verhandlung über das Ansuchen wurde heute vormittags beendet. Von Bau- und feuerpolitischen Standpunkte wurde bei Einhaltung verschiedener zum Teile sehr strenger Bedingungen, deren in gesamten ungefähr 80 vorgeschrieben wurden, eine Einwendung gegen die Genehmigung nicht erhoben; auch die Bezirksvertretung hat sich nicht gegen die Erteilung der Genehmigung ausgesprochen, wohl aber die Polizei und die staatliche Denkmalkommission. Unter den Bedingungen sind herbeizuheben die Beschränkung auf 20 Personenkraftwagen, 4 Elektromobile und 1 Lastkraftwagen für den eigenen Betrieb mit Gummibereifung. Das Mag. Bezirksamt als politische Behörde hat sich die Entscheidung noch vorbehalten. Ich kann nur versichern, dass diese Entscheidung auf Grund der Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände in gewissenhafter Weise erfolgen wird.

Es wird hierauf an Erledigung der Tagesordnung geschritten. Ueber Antrag des GR. Siegel (soz. Dem.) wird für die Rehrumlegung der Hochquellenleitung in der Rampersdorfergasse ein Betrag von 45.000 K als Zuschusskredit bewilligt.

GR. Siegel (soz. Dem.) beantragt die Erbauung zweier Liegehallen in der Lungenheilstätte Steinklamm und die Gärtnerische Ausgestaltung des Insel-lagers sowie sonstige bauliche Herstellungen mit dem vorläufig ermittelten Kostenerfordernisse von 970.000 K.

GR. Gabriela Walter (Chr. sez.) fragt ob in Steinklamm die Möglichkeit geboten ist dass Schulpflichtige Kinder die monatellang dort weilen Unterricht erhalten. Ferner weist sie darauf hin, dass eine dauernde Gesundung der Kinder nur dann eintreten könnte, wenn die Familien in der Lage wären ihre Kinder Milch und Butter um erschwingliche Preise beschaffen zu können. Es wäre daher auch Pflicht der Gemeinde mit zu wirken um den furchtbaren Schleichhandel einzukämmern.

GR. Siegel (soz. Dem.) sagt in seinen Schlussworte er schliesse sich der Verrednerin in ihren Wunsche, das, an den Familien ermöglichten müsse sich die hochwertigen Nahrungsmittel beschaffen zu können vollkommen an, aber es werde verläufig leider nur beim Wunsche bleiben. Was die Anfrage der Frau GR. Walter betreffe sei in der Jungenheilstätte Steinklamm ehnehin eine Baracke als Schule eingerichtet und da sich unter den Heilungsuchenden auch Lehrerinnen befinden sei für Lehrkräfte ebenfalls vorgesorgt.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Siegel (soz. Dem.) berichtet über die Einsetzung eines gemeinderätlichen Ausschusses zur Schaffung und Ausgestaltung von Spiel- und Sportplätzen in Wien. Diesem Ausschuss sollen als ständige Mitglieder 6 Gemeinderäte, darunter 3 Stadträte, angehören und den Beratungen der bestimmte Ortlichkeiten betreffende Angelegenheiten die betreffenden Bezirksversteher als Mitglieder mit beratender Stimme beigegeben werden. Ferner soll dem Ausschuss das Recht zustehen, sich für die Erledigung von Gegenständen besonderer Art durch die Zuwahl geeigneter Sachkundiger zu ergänzen.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) beklagt, dass die Spielplätze unter der Staubplage leiden, und dass sich derzeit der Erthüchtigung der Jugend durch das Spiel die äusserst schlechten Ernährungsverhältnisse hindernd in den Weg stellen. Sie regt die Einrichtung eines verbildlichen Jugendspielplatzes in der Lebau an, wo die Kinder den ganzen Tag verbringen können. In der Schule und durch die Eltern muss den Kindern eingeschärft werden, dass sie nur dem Spielplatz besitzten, die anreineren Anlagen und Kulturen aber scheuen.

GR. Wawerka (chr. soz.) bemerkt, dass viele Spielplätze durch ihre zu geringe Ausdehnung und durch Baumflanzungen ungeeignet sind. Es müssen weite ebene Flächen ohne Baumflanzung für Ball- und Laufspiele geschaffen werden. Er begrünt den Antrag und wünscht, dass die Spielplätze in einem Ausmasse errichtet werden, dass sie auch für sportliche Zwecke geeignet sind, denn nur dann werden sie die entsprechende Frequenz seitens der Jugend finden.

GR. Dr. Planohke (jüd. Nat.) wünscht, dass bei der Schaffung von Spielplätzen seine wiederholten Anträge wegen Berücksichtigung der zionistischen Bezirkssektionen und des Vereines der jüdischen Kinderfreunde Berücksichtigung finden. Nach dem Schlussworte des GR. Siegel werden die Anträge angenommen.

Nach Anträgen des GR. Siegel (soz. Dem.) werden zur Herstellung gärtnerischer Anlagen anlässlich zur Erweiterung des Sinneringer Friedhofes 22.180 K, für die Erhaltung der Kasäle 450.000 K, für die Instandhaltung der Lösch- und Ausrüstungsgegenstände für die städtische Feuerwehr 119.990 K als Zuschusskredite und 40.000 K als Beitrag zu dem Herstellungskosten des Wohltätigkeitshauses in Baden genehmigt.

GR. Bembek (soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von rund 14.000 K zur Beförderung der Löschgeräte. Der Antrag wird angenommen.

Ueber Antrag des GR. Dr. Grün (soz. Dem.) wird die Auflassung des Anstaltsfriedhofes des Versorgungshauses in Ybbs an der Donau um Zuweisung der Leichen zum Ortsfriedhofe beschlossen.

GR. Richter (soz. Dem.) beantragt die Ueberlassung von Räumen im Hause I., Parkring 8 an die amerikanische Hilfsaktion für Zwecke eines Hilfslagerhauses zum Betriebe der Dollarpaketaktion.

GR. Retter (chr. soz.) führt aus, dass es einem Fremden unmöglich sei unter der angeführten Adresse Parkring 8 die amerikanische Hilfsaktion aufzufinden, da die richtige Adresse noch immer Kaiser Wilhelmring Nr. 8 laute, denn die Strassenumbenennung sei faktisch noch nicht durchgeführt. Der Antrag des Referenten wird sodann zum Beschlusse erhoben.

Nach einem Berichte des GR. Richter (soz. Dem.) wird gegen die Ausfertigung des der „Margareten Feuerwehr“ zugedachten Legats des Rudolf Hummelberger im Betrage von 1000 K an den Feuerwehrspendenfond keine Einwendung erhoben.

Nach einem Antrage des GR. Linder (soz. Dem.) wird die Erwerbung von Spitalbetten, Nachtkästchen und Waschtischen aus der Sachdemobilisierung um den Betrag von 37.434 K genehmigt, ebenso die Erwerbung von Werkzeugen für die städtische Feuerwehr um den Preis von zusammen 41.548 K.

Nach einem Berichte des GR. Schersch (soz. Dem.) wird für die Erhöhung der Instandhaltungskosten der Wassermesser im zweiten Halbjahre 1919 ein Zuschusskredit von 275.000 K bewilligt.

GR. Speiser (soz. Dem.) berichtet über die Forderungen der städtischen Beamtenschaft bezüglich der Regulierung ihrer Bezüge und führt aus: Die städtischen Beamten haben Forderungen nach 100%iger Erhöhung des Gehaltes, der Teuerungszulage und der Kinderzulagen bei Wegfall der gleitenden Zulage gestellt und haben die Gleichstellung der städtischen Pensionisten verlangt. Unmittelbar nach Bekanntgabe dieser Forderungen sind auch die anderen öffentlichen Angestellten mit ihren Forderungen aufgetreten. Es wurden Verhandlungen gepflogen, die eine 100%ige Erhöhung der Ortszuschläge, eine Erhöhung der Teuerungszulagen auf 8.400 K und die Neueinführung einer Frauenzulage bei den Staatsangestellten ergaben. Diese Ziffern gelten für Wien und es muß bemerkt werden, dass es auch auswärts Orte gibt, die nachgewiesenermaßen so ungünstige Verhältnisse aufweisen, dass eine Abhilfe dringend notwendig ist. Das System der Besoldungsreform soll nach den Verhandlungen bei allen Angestellten gleich sein, bei den städtischen Angestellten wurde die Zustimmung erwirkt, dass 70 % des Personalaufwandes dem Staate ersetzt werden. Bei den Verhandlungen mit den städtischen Angestellten war es möglich, noch einige Zugeständnisse zu machen. Das ist einerseits die Rückwirkung der Reform bei den Unternehmungen zum 1. Jänner 1920 und andererseits die Belassung eines Teiles des Ortszuschlages als Quartiergeld. Auch hinsichtlich der vierteljährlichen Auszahlung wurde eine Besserung erzielt, <sup>so wie bezüglich der</sup> vollen Anrechnung des Ortszuschlages für die Witwenpensionen und der Bemessung des Ruhegenusses nach dem Amtssitze bei der Pensionierung. Der weitergehende Wunsch der städtischen Angestelltenvertreter bezüglich der Ausdehnung der Reform auf die Monate März und Februar konnte mit Rücksicht auf die Rückwirkung beim Staate nicht erfüllt werden. Auch Massnahmen zu Gunsten der städtischen Pensionsparteien wird in Antrag gebracht. Ein Vergleich dieser mit den staatlichen hat ergeben, dass ähnliche Grundsätze für die Gemeindebediensteten nicht günstig wären. Würden nämlich, wie beim Staate, die Pensionsbemessungsgrundlagen selbst auf das volle Ausmasse des Besoldungsübergangsgesetzes gebracht, so würde die Durchführung des Pensionsgesetzes gar keine oder nur sehr geringfügige Erhöhungbringen. Es werden daher erhöhte Teuerungszulagen beantragt und hiemit die alle gleichtreffende Teuerung in gleicher Weise berücksichtigt. Sie sollen für Pensionisten 6000 und für Witwen nach solchen 3.600 K jährlich betragen.

Hiezu wurden Zusatzanträge bezüglich der Gleichstellung der vor dem Jahre 1918 Pensionierten, bezüglich der Gleichstellung der Lehrerpensionisten gestellt, denen ich mich anschliese. Gleichzeitig wurde für Neupensionisten die Erhöhung der Teuerungszulage auf 3.600 K beantragt. Eine weitergehendere Begünstigung der Neupensionisten konnte mit Hinblick auf den Staat nicht vertreten werden. Dagegen wird allgemein bei niederen Kategorien die Erhöhung der Kinderzulage auf 1200 K jährlich und für unversorgte Kinder nach Witwen und für Weibwaisen beantragt. Auch die Unterscheidung nach dem Wohnsitze wird fallen gelassen. Beantragt wird weiter auch eine Erhöhung der außerordentlichen Zuwendungen um 100 % mindestens aber um 1200 K jährlich. Die Amtszeit der öffentlichen Angestellten im Staate, in den Ländern und in den Landeshauptstädten wurde in den Verhandlungen mit 7 Stunden festgesetzt. Weiter wurden Erhöhungen der Lehrerverpflichtungen der staatlichen und der Lehrer an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen angenommen. Während beim Staate Überzähliges Personal besteht, sind bei der Gemeinde seit langem keine Neueinstellung von Personal erfolgt; dagegen sind die Aufgaben der Verwaltung im wesentlichen gestiegen und ich möchte hiebei nur auf den Ausbau der Jugendfürsorge, auf die Agenden des Mieterschutzgesetzes, auf das Invalidenamt, das Landwirtschaftsamt und die Kriegsfürsorge hinweisen. Auch die Einführung neuer Steuern und Abgaben hat eine sehr fühlbare Mehrbelastung hervorgerufen. Den Forderungen einzelner Aemter nach Personalvermehrung hat auch die städtische Beamtenschaft Rechnung getragen und demgemäss ihre Arbeit bei den Massnahmen zur Beschleunigung des Amtsbetriebes und Aufarbeitung der Rückstände angeboten. Sie haben weiter auch zugestanden, dass, wenn es sich nicht vermeiden lässt, sofort die siebente Dienststunde eingeführt wird, spätestens aber zugleich mit der Einführung beim Staate. Dieser Fall ist nunmehr eingetreten und stellt sich als ein Punkt der Dienstvorschrift

dar. Ich bringe daher die Einführung der siebenten Dienststunde in Antrag, ich betone auch, dass es nicht verabsäumt werden wird, bei der Durchführung dieser Massnahme mit den Beamtenvertretern in Fühlung zu treten und eventuelle Wünsche zu würdigen.

Das Erfordernis der Reform der Beamtenbezüge beträgt für die Aktiven an Ortszuschlägen 122 Millionen Kronen, an erhöhten Teuerungszulagen 97.6 Millionen Kronen, an Frauenzulagen 15.2 Millionen Kronen, zusammen 234.6 Millionen Kronen, dazu noch 8 % Steuer im Betrage von 18.8 Millionen Kronen, so dass sich eine Auslagensumme von 253.6 Millionen Kronen ergibt. Davon werden 70 %, das sind 177 Millionen Kronen durch staatliche Ueberweisungen gedeckt. Der Rest von 76 Millionen Kronen muß durch die Gemeinde aufgebracht werden. Für die Pensionisten und an außerordentlichen Zuwendungen, sind rund 40 Millionen Kronen erforderlich, welche die Gemeinde aufzubringen hat. Diese Ziffern werden durch für später in Aussicht genommene Zuwendungen in den Details noch gewisse Erhöhungen erfahren. Es ist auch für jene kleinen Gruppen der Angestellten, welche die Vorschüsse auf die Additionalzulage erhalten haben, durch die Belassung dieser Zuwendung eingetreten worden. Die ganze Vorlage stellt sich als eine bedeutende hin. Hierbei ist es nicht uninteressant die Ziffern zu sehen, die für die Bezüge der städtischen Angestellten in der letzten Zeit eingesetzt waren. Die Friedensbezüge stellen sich auf 60 Millionen Kronen. Bereits im April 1919 waren sie auf 160 Millionen Kronen gestiegen und erreichten nach der Regulierung im November v. J. 421 Millionen Kronen, um nach Inkrafttreten der heutigen Vorlage die Höhe von 576 Millionen Kronen, also das Zehnfache der Friedensbezüge zu erreichen. Eine ähnliche Steigerung haben auch die Bezüge der Pensionisten erfahren, die bei der Novemberregulierung 65.5 Millionen Kronen betragen und jetzt 105.5 Millionen Kronen betragen. Dabei sind die außerordentlichen Zuwendungen vom Monate Dezember nicht gerechnet, eine einmalige Zuwendung an die Aktiven von 23 Millionen Kronen und an die Pensionisten von 3 Millionen Kronen im Dezember des v. J. und von 17 Millionen Kronen an die Aktiven und von 7 Millionen Kronen an die Pensionisten vom Februar l. J. Der Durchschnittsbezug eines Angestellten wird nach Inkrafttreten der jetzigen Regulierung rund 25.000 Kronen jährlich betragen. Diese Ziffern geben ein Bild von der ungeheuren Steigerung der persönlichen Verwaltungsauslagen und für die ungeheure Steigerung der Ausgaben für die Lebensnotwendigkeiten der Bediensteten. Bei solchen Verlagen ist es aber auch notwendig neue Steuern aufzuerlegen oder die Tarife zu erhöhen. Es muß eine gewisse Grenze in den Bewilligungsmöglichkeiten gezogen werden. Die Tarifserhöhungen werden mit Konsumeinschränkung beantwortet und auch Steuerlasten können nicht ins Ungemessene vermehrt werden. Die heutige Vorlage soll für die erschöpften Gemeindefinanzen einen gewissen Ruhepunkt bedeuten. Der Kampf der öffentlichen Angestellten wird auf der Linie der Gemeinde durch diese Verlage zu einem für die Angestellten erfolgreichen Abschluss gebracht. Es handelt sich bei der Vorlage durchaus nicht nur um die Forderungen von Beamten; unter dem rund 25.000 Bediensteten befinden sich etwa die Hälfte kleiner Leute, denen Pensionarbeit nichts zu tun haben; es finden sich darunter auch 9000 Lehrer. Die Vorlage bringt einen gewissen Ausgleich im Verband der Angestellten der Gemeinde Wien; eine völlige Gleichstellung in ihren Bezügen und in der Arbeitsleistung ist ja unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und unter dem Drucke der Teuerung nicht möglich. Staat, Land und Gemeinde werden ihre letzten Kräfte daransetzen die öffentlichen Angestellten wenigstens der bittersten Not zu entreissen und ihnen Lebensnotwendigkeiten zu bieten, die das besiegte und elende Oesterreich

seinen Bewohnern nicht zu bieten vermag. Es war unbedingt notwendig, daß sich die öffentlichen Haushaltungen zu dieser Regelung aufgemacht haben. Daß die Wiener städtischen Angestellten unter der Not und Teuerung am schwersten leiden, hat dazu geführt, daß sie den Anstoß zur ganzen Bewegung gegeben haben. Die Regulierung der Bezüge reicht nicht aus, um alle Wünsche der Angestellten zu befriedigen. Sie wird nur reichen, um die Erhaltung des Lebens wenigstens einigermaßen möglich zu machen. Abschaffungen in Wäsche und Kleidern werden durch die Regulierung nicht ermöglicht werden. Ich will nicht verkümmern auf hinzuweisen, daß in einer Zeit, in der fast alle öffentlichen Angestellten in Wien, zum Beispiel im Genusse von Fahrpreisbegünstigungen stehen und daß auch rund 9000 Lehrer und Lehrerinnen sie erhalten haben. Die städtischen Angestellten empfangen <sup>als</sup> eine Benachteiligung; wir werden die Angestellten darin unterstützen, daß die Begünstigungen vom Staate abgelöst werden. Auch für andere Dinge muß vorgesorgt werden, wie z.B. für die Kreditfähigkeit der öffentlichen Angestellten und für die Krankenfürsorge der Gemeinde für ihre Angestellten, der wir unser volles Augenmerk zuwenden müssen.

Wir halten es für notwendig, daß die siebenstündige Dienstzeit für die Angestellten der Gemeinde eingeführt wird, weil nur das die Grundlage sein kann, daß endlich in den Kanzleien Wiens jene Ordnung und regelmässige Betriebsführung einkehrt die derzeit manchmal infolge der Überbürdung einzelner Büros und einzelner Beamter nicht in dem für die Bevölkerung erwünschten Ausmasse herrschend ist. Wir müssen nach und nach durchsetzen, daß in den Kanzleien dieser Stadt der Parteienverkehr rasch abgewickelt wird, daß Erledigungen auf Eingaben aus den Kreisen der Bevölkerung rascher ihre Erledigung finden als bisher. Wir müssen durchsetzen, daß die Rückstände in den städtischen Kanzleien wegkommen und daß wir neue Kräfte aus den städtischen Kanzleien frei bekommen für die Erfüllung der neuen Aufgaben die einer Gemeinde in den heutigen Zeiten natürlicherweise zuwachsen. Wir müssen so weit Lehrpersonen in Betracht kommen durchsetzen, daß Lehrstunden frei werden für die am Nachmittag stattfindenden Nachhilfenunterricht und Begabtenkurse. Wenn es auch heute nicht populär ist auszusprechen, daß das, was in dieser Beziehung beim Staate geschehen ist oder geschehen wird, auch bei uns, so weit es die Lehrer betrifft geschehen muß, so ist dies eine offene Stellungnahme die die Angestellten der Stadt Wien von uns fordern können. Wir gehen mit den Bewilligungen an die Grenze dessen was ein Gemeinwesen für ihre Angestellten tun kann. Wir bringen den Bediensteten gerne das, was im Bezug auf die Regulierung der Bezüge unbedingt fordern müssen, wir gehen es der Organisation der städtischen Angestellten, das es ihr gelungen ist, im Verein mit den übrigen Organisationen der übrigen Staaten so große Erfolge zu erzielen, und wünschen, daß sie ihre volle Kraft in Dienst der Bevölkerung aufbieten. Ich bitte sie der Vorlage ihre Zustimmung zu geben und mit zu helfen, das die Bediensteten aus Not und Elend wenigstens für einige Zeit herausgeführt werden. Wir wollen nur hoffen, daß die Verhältnisse sich so gestalten werden, daß dies die letzte große gewaltige Gehaltsregulierung ist, die der Gemeinderat dieser Stadt zu beschließen haben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Vengain (Ch. Sez.) Vor allem möchte ich einen unscheinbaren Punkt aus diesem Referate herausgreifen, die Genehmigung von Verschüssen. Am 18. März d.J. wurden im Stadtrate Verschüsse auf diese Gehaltsregulierung bewilligt im Ausmasse von 27 Millionen Kronen. Am 19. März war Gemeinderats-Sitzung und vorgestern wurden die Verschüsse ausbezahlt und heute kommen sie in dieser Vorlage erst zum Vorschein. Ich muß verkünden, daß solche Beträge vor ihrer Auszahlung auf die Tagesordnung der Gemeinderats-Sitzungen gestellt werden und hoffe, daß sich solche Umgehungen der Geschäftsordnung nicht mehr ereignen werden.

Ein altes römisches Sprichwort sagt: Doppelt gibt wer rasch gibt, nichts gibt wer langsam gibt. - Am 27. Jänner haben die städtischen Angestellten ihre Forderungen erhoben ob da noch von einem raschen Geben gesprochen werden kann überlasse ich der Beurteilung der Allgemeinheit. Ich weiß nicht was die Ursache dieser Verzögerung ist. Niemand von unserer Partei kann es wissen, weil wir den Verhandlungen zwischen Gemeindevetretern und den Angestellten nicht beigegeben werden sind. Wir müssen uns

darauf verlassen was der Herr Referent darüber mitteilt. Ich will damit kundgeben, daß es ihm Interesse der Gemeinde und der Angestellten wäre, daß sich die starke Minoritätspartei zu solche Verhandlungen herangezogen würde. Ich möchte sagen, daß die Forderungen in Geldwerte fasst ganz bewilligt wurden jedoch sind sie in der Form sehr verschieden. Die Ortszuschläge sollten ursprünglich monatlich ausgezahlt werden und ist es insbesondere ein Antrag meiner Wenigkeit gewesen wonach die vierteljährliche Auszahlung erfolgte. Es ist ferner etwas erreicht worden was nicht gefordert wurde. Das ist die Frauenzulage. Jedoch wurde die Teuerungszulage mit 8400 K statt 9600 K bewilligt. Die gleitenden Zulagen entfallen die Verdoppelung der Kinderzulage ist nicht erfolgt. Eine zweite Vorlage ist angegliedert, das ist die Pensionistenfrage. Am schlechtesten sind jene Pensionisten daran, die aus der Eltestenzeit stammen, das sind jene, die vor dem Jahre 1912 pensioniert wurden, Es freut mich, dieses in der heutigen Stadtratsitzung gelungen ist, daß die Anträge betreffend die Altpensionisten angenommen werden sind. Das Pensionistenelend ist keine Frage. Männer und Frauen die ihr Leben dem Dienst der Öffentlichkeit gewidmet haben sind nach dem sie alt und ausgezehrt waren in den Ruhestand getreten in der Hoffnung sich durch ihre vierzigjährige Arbeit einen sorgenfreien Lebensabend geschaffen zu haben. Nun ist der Krieg dazwischen gekommen und der Zusammenbruch und diese Armen mussten auf alles verzichten, was ihnen ihr Leben angenehm machen konnte. Es sind buchstäblich viele daran am Hungertode zu Grunde zu gehen. Mit dem heutigen Referat ist ein Schritt vorwärts gegangen worden. Es ist wohl noch viel was zu wünschen bleibt. Eine Gleichstellung der Pensionisten mit den Aktiven ist nicht erfolgt, aber es ist etwas für die ältesten Pensionisten vorgekehrt worden und sie werden doch einen sorgenfreieren Lebensabend haben. Der wichtigste Punkt in der ganzen Vorlage ist aber die siebenstündige Bürozeit. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf einige Ausführungen des Herrn Referenten zu sprechen kommen. Er hat gesagt, daß die Parteien stundenlang in den Büros warten müssen, daß Sie es durchsetzen müssen das die Ämter rascher klaglos funktionieren und hat damit erklärt, daß ein Zustand herrschte der zu Lasten der Beamten fällt und ihnen als Vorwurf angekreidet werden kann. Ich muß mich dagegen verwahren und erkläre, daß unsere Beamtenschaft im Kriege in opferwilliger Weise an Stelle ihrer eingetrockneten Kollegen Tag für Tag auch über die Amtszeit hinaus Dienst geleistet und das dies auch vom Gemeinderate einstimmig anerkannt wurde. Die Forderung siebenstündigen Dienstzeit liegt anders. Nicht-Nachlässigkeit der Gemeinde Angestellten hat das erfordert sondern aus dem Werten des Herrn Referenten geht klar hervor, daß die Beamten sich selbst damit einverstanden erklärt haben die siebenstündige Arbeitszeit in ihren Büros einzuführen. Ich möchte das als einen Akt heher Opferwilligkeit und größter Einsicht der städtischen Beamtenschaft hinstellen. Sie haben als erste in diesem Staate gezeigt wo der Hebel anzusetzen ist um die Wirtschaft zu heben und unseren Staat aus dem Zusammenbruche herauszuführen. Sie haben damit ein Beispiel gegeben von politischer Opfermühe der heftigsten Nachahmung und Anerkennung in den andern Kreisen finden wird. (Beifall) Der Herr Referent sollte den Gemeinde Angestellten den Dank der Gemeinde aussprechen. Ich kann nicht umhin zu erklären, daß die christlich soziale Partei dem öffentlichen Angestellten Dank für diesen Opfermut. Wir konstatieren, daß dies die erste Lohnbewegung ist in welcher als Resultat das freiwillige Zugeständnis ausgesprochen wurde die Dienstzeit um eine Stunde zu erhöhen. Ich nehme, Herr Referent, zur Kenntnis, daß Sie mit den Angestellten noch Beratungen pflegen und ihre Wünsche berücksichtigen werden das zeigt mir Ihr Bewusstsein, daß Sie nicht mit einer strafweisen Erhöhung der Dienststunden verfahren.

Es muß getrachtet werden, daß das sich fortwährend sich drehende Rad der Lohnhöhungen, Tariferhöhungen, Steuererhöhungen zum Stillstand kommt, sonst treiben wir den finanziellen Bankrott zu. Bei der Gemeinde ist die verfehlte Lohnpolitik schuld, daß fortwährend diese Steigerungen kommen müssen. Es wäre hoch an der Zeit, daß Sie als verwaltende Partei erkennen, daß wir Recht gehabt haben, als wir erklärten; Es kann bei der Gemeinde nur eine einheitliche auf einer einheitlichen Basis aufgebauten Lohnpolitik geben. Ich möchte Sie

warnen, daß jetzige System beizubehalten. Am 1. Mai ist der Straßenbahnerkollektiv zu Ende und da haben Sie Gelegenheit eine einheitliche Lohnpolitik bei den städtischen Angestellten einzuführen.

Wir haben seit Mai vergangenen Jahres die dritte durchgreifende Regulierung. Diese letzte, die durchgreifendste kostet 77 Millionen, während die Novemberregulierung 170 Millionen kostete. Der Referent Speiser hat bei der Novemberregulierung erklärt, daß sie der Gemeinde nichts kostet, da die Kosten vom Staate getragen werden. Wir haben ihn gleich aufmerksam gemacht, daß das Wort eines Staatssekretärs oder Staatskanzlers keine bindende Kraft habe, sondern ein Beschluß der Nationalversammlung notwendig ist. Er hat damals gesagt, wir haben schon das Geld vom Staate und heute legt er uns eine 170 Millionen Kronenrechnung für die Novemberregulierung vor, von der er behauptet hat, daß sie uns nichts kosten würde. Diese Art des referierens und diese Art des Abschließens mit unverantwortlichen Faktoren ist eine Sache, die wir nicht billigen. Man hätte uns damals reinen Wein einschenken müssen, und es wäre nicht notwendig gewesen die Unzufriedenheit der städtischen Angestellten durch Keppelung mit dem Staate hervorzurufen, wenn wir gewußt hätten, daß die Gemeinde die Sache selbst zahlen muß.

Bei der Bemessung der Regierungskost für die im Kostbezug stehenden Angestellten der Humanitätsanstalten muß, wenn es wirklich im Einverständnis mit den Verbänden geschehen ist, billige Rücksicht genommen werden darauf, daß diese Angestellten gezwungen sind, außerhalb der Familie zu essen und nur deshalb seinerzeit diese Anstellung gesucht haben, weil sie glaubten eine billigere Verpflegung zu erhalten. Wir hoffen, daß bei der Einführung der neuen Amtszeit billige Rücksicht auf die städtische Angestelltenchaft genommen wird; und bei Bemessung der Regierungskost billige Anträge gestellt werden und werden in dieser Hoffnung für die Vorlage stimmen. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Odehnal (chr.-soz.) bedauert es, daß man die Regulierung der Bezüge der Angestellten mit einer Steuerbelastung der Bevölkerung vertritt. Das schafft für die öffentlichen Angestellten eine höchst peinliche Situation. Wenn in der Bevölkerung die Meinung Platz greift, daß der öffentliche Bedienstete ein überflüssiger Nichtsteuer ist, dann hat das zur Folge, daß auch das Ansehen des öffent-

lichen Bediensteten außerordentlich leidet. Wir staatlichen Bediensteten genau so wie die Bediensteten der Gemeinde, sind uns dessen sehr wohl bewußt, daß wir auf eine aufopfernde Tätigkeit zurückblicken können, daß jeder Einzelne von uns vielleicht von ganz geringen Ausnahmen abgesehen - gewiß sein Bestes in den Dienst der Allgemeinheit stellt; das was man uns dafür bietet, ist wirklich nur das was wir unbedingt brauchen, um unsere Familien vor dem Verhungern schützen zu können. Es ist höchst bedauerlich, daß es nicht möglich ist, gerade den in öffentlichen Diensten stehenden mehr entgegen zu kommen und daß nicht die Arbeiter selten so gewertet wird, wie die es bei anderen Berufsgruppen der Fall ist. Die Bediensteten haben eine Vermehrung der Arbeitszeit gerne auf sich genommen, wenn man nur ihre Arbeit entsprechend wertet und sie gegenüber anderen Berufsgruppen nicht zu sehr ins Hintertreffen gelangen läßt. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Wawerka (chr. sez.): Es muß mit aller Schärfe festgestellt werden, daß es höchste Zeit gewesen ist, endlich einmal die Bezüge der städtischen Angestellten zeitgemäß zu regulieren. Es ist notwendig ausdrücklich zu erklären, daß jene Bezüge, welche die städtischen Beamten und Angestellten in den letzten Monaten erhalten haben, nicht mehr hingereicht haben, um die einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Ein Beamter der Gruppe IIA, Vorbildung Mittelschule mit Matura, hat bis heute einen Monatsgehalt von zirka 800 K., also wöchentlich 200 K. und nach 25 jähriger Dienstzeit 1200 K. monatlich oder 300 Kronen wöchentlich bezogen. Mit diesen Bezügen kann man nur die allerknappsten Lebensmittel kaufen, ganz unmöglich aber für <sup>von</sup> Nachschaffung/Schuhe und Kleidern sorgen. Es wird auch die Neueregulierung der städtischen Angestellten nicht ermöglichen, eine wesentlichen Besserung ihrer Lebensführung herbeizuführen. Die neuen Bezüge stellen nur etwa ein Achtel des realen Friedenswertes dar und die städtischen Angestellten müssen selbst mit diesen neuen Bezügen auf 7/8 der Lebenshaltung verzichten, die sie vor dem Kriege hatten. Der Referent hat gesagt, daß die Gemeinde an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Dem gegenüber stehen die Organisationen auf dem Standpunkte, daß <sup>das</sup> das/Minimum ist dessen, was sie brauchen. Wenn die Teuerung weiter fortschreitet und nicht ein anderes System gefunden wird, um den Angestellten ihre Existenz zu erleichtern, wird es über kurz oder lang wieder zu Lehnkämpfen kommen. Dieser Gegensatz zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit wohin wir steuern, wenn Sie nicht endlich daran gehen, jene Versprechungen einzulösen, die Sie im Februar des vorigen Jahres gemacht haben. Sie müssen der Teuerung Einhalt tun, Ordnung in diesem Staate herstellen, daß der Schleich- und Kettenhandel u.s.w. ein Ende hat und alle Schichten der Bevölkerung wieder erträgliche Lebensverhältnisse erhalten. Sie haben die Macht im Staate. Es glauben viele, weil wir heute einen Freistaat haben, kann er frei sein.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) bedauert es dass die Vorlage betreffend die Regulierung der Beamtengelalte so lange auf sich hat warten lassen und begrüßt es, daß es nun endlich zur Regulierung kommt. Er tritt für die Pensionisten ein, die jene Bezüge erhalten sollen, die sie bei dem Ausscheiden aus dem Dienste hatten.

GR. Beermann (Soz. Dem.): Die Nachwirkungen des Krieges haben neue Probleme gestellt und sie haben den alten Problemen neue Gestalt gegeben. Seinerzeit hatte sich bei den Erhöhungen von Bezügen von Angestellten darum gehandelt, diesen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, heute handelt es sich darum ihnen die Lebensmöglichkeit überhaupt zu sichern. Die Vorlage, die heute verhandelt wird, besagt, daß wir verzerst bestrebt sein müssen für die Angestellten jene Löhne zu erreichen, die sie im Friedenszeiten gehabt haben. Es ist nicht richtig das die Lohn erhöhungen allein das Steigen der Preise bedingen, weil ja die Waren nicht nur Arbeit Löhne enthalten. Wenn die Erhöhung der Löhne in einem Betrieb um 50 % eintritt, so nimmt der Unternehmer eine Erhöhung der Warenpreise oft um mehr als das Doppelte vor. Die Gemeinde kann aber nur dort eine Deckung suchen, wo sie eben die Möglichkeit hat. Die Vorlage ist selbstverständlich nicht geeignet, die Angestellten voll zufrieden zu stellen. Es ist selbstverständlich das die Angestellten heute noch viel schlechter stehen als in der Vorkriegszeit. Viereinhalb Jahre war die Menschheit am Kreuz gefesselt und liegen sie sich amper. Nach dem hohen Löhne sind nicht im Stande, die Lebensbedingung zu schaffen, die sie auf der Höhe halten können. Dies wird eben so lange der Fall sein bis nicht an Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialistische Gesellschaftsordnung getreten sein wird. Als ein ehrendes Zeichen der Beamtenschaft und ein Zeichen der Pflichterfüllung ist es, daß sie der Erhöhung der Arbeitszeit zustimmen. Es ist festgestellt, daß es städtische Aemter gibt, in denen die Anzahl der Beamten unzulässig ist, wie z. B. Beispiel im Wohnungsamt und bei den Mietsenaten, so daß dort tausende von Akten unangearbeitet liegen bleiben müssen. Ich ersuche den Referenten diesen Dingen nachzugehen.

Es ist die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, daß sie immer wieder den Arbeitern ihre Rechte zu sichern sucht. Wir wissen aber daß wir durch das, was die Vorlage den Angestellten bietet, diese noch lange nicht ihr soziales Niveau erreicht haben wie vor der Kriegszeit.

we ihre Gehalte viel geringer waren, zu einer Zeit wo der Bevölkerung keine neuen Steuern aufgebürdet werden mußten. Man hat gesagt, daß es nicht besser wird, bis wir nicht unsere Versprechungen eingelöst haben die wir zur Wahlzeit gegeben haben. Wir haben zur Wahlzeit keine Versprechungen gemacht. (Gelächter bei den Christlichsozialen. Rufe: Wah Wahlplakate). Wir haben der Bevölkerung gesagt, daß es in Wien und Deut Österreich nicht besser wird, wenn uns nicht der Anschluss an ein großes Wirtschaftsgebiet gestattet wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wer sich damals gegen unsere Absichten gewehrt hat, das waren Sie, die Christlichsozialen. Die Versprechungen die wir gemacht haben gehen nach der Richtung, daß wir bemüht sein werden, in die Verwaltung der Gemeinde jene Ordnung zu bringen, die wir bei Ihnen vermisst haben. Die künstlich gezogene Lücke von den Versprechungen muß endlich einmal auf's richtige Maß zurückgeführt werden. Das es in Wien so gekommen ist, wie es heute ist, das haben nicht wir verschuldet, das dazu sind wir viel zu ehrlich. Demagogie ist nicht Sache der Sozialisten. Und wir werden nicht nur aus Liebe zu den Beamten für die Vorlage stimmen, sondern aus dem Prinzip heraus, daß der Arbeit zu ihren Rechten verhelfen werden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Ertner (D. Nat.) begrüßt die Vorlage wärmstens und gibt die Erklärung ab, daß seine Partei selbstverständlich für die Erhöhung der Löhne der Beamten eintritt. Die beantragten Beiträge stellen aber auch nur das Knappste und Notwendigste dar. Der mindeste Tagelöhner habe heute Bezüge die über den Durchschnitt der Beamtenbezüge hinausreichen. Redner sagt, daß an der enormen Teuerung nur die Zentralwirtschaft Schuld trage und fordert den Abbau des Zentralen.

GR. Kunschak (Chr. Sez.) Herr Kollege Ebermann hat es für notwendig erachtet zu erklären, daß seine Partei Versprechungen vor dem Wahlen nicht gemacht habe. Dem gegenüber möchte ich sagen, daß er bevor er solche Behauptungen aufstellt sich mit seinen Parteigenossen ins Einvernehmen setzen sollte und die würden ihm erzählen, daß die Leute sehr weitgehende Versprechungen gemacht haben. Sie haben ja viele Versprechungen auch nicht in Kameracaricatis sondern in großen Volksversammlungen und Versammlungen der Bediensteten ausgesprochen. Zum Beispiel Herr Kollege Breitner wird sich sicherlich an die Versammlung der städtischen Beamtenschaft im Zirkus Busch erinnern und wird noch wissen was er damals gesagt hat. Im übrigen bemerke ich demgegenüber, daß ihre Anhänger noch vollkommen unter dem Parane Ihrer Versprechungen stehen. Ich habe unlängst beim Arbeiterversammlung in der Volkshalle beigewohnt. Der Herr Referent hat in dieser Versammlung gesagt: Wir haben gelernt zu fordern ohne zu fragen wo's herkommt, das haben uns unsere Führer gelernt und wir werden uns das nicht mehr abgewöhnen. Wir fordern nicht nur von den Christlichsozialen sondern auch von der eigenen Partei bis Samstag hat der Herr Bürgermeister das Ultimatum und wenn nicht so sehen wir uns am Montag wieder und wenn es auch gegen unsere Partei geht, was sie uns gelernt hat das werden wir ausführen. Ich glaube wenn derartige Dinge verliegen die sich auch aktemässig Belegen lassen sollte man sich doch abgewöhnen Behauptungen aufzustellen, wie Herr Beermann. Gestehen Sie es nur Sie sind mit Ihren Versprechungen zu weit gegangen, so weit, daß Sie heute sagen müssen, die Geister die Sie gerufen haben werden Sie nicht mehr los.

GR. Speiser (Soz. Dem.) Herr Kollege Vaugoin hat beanstandet, daß die Verschönerung erst heute eingeholt wird, das ist richtig. Ich bemerke nur, daß wenn sie auch früher eingeholt werden wäre die Auszahlung ebenso verüber gewesen wäre wie heute da ja die Bediensteten verlangten, daß die Verschüsse vor der Gemeinderatsitzung ausbezahlt werden. Wir haben uns damit nur eine Debatte erspart. Das die Forderungen sehr lange zur Erledigung gebraucht haben gestehe ich ebenfalls zu. Es sind freilich Forderungen in einer solchen Höhe noch

nie bewilligt worden und es war noch nie notwendig so lange die Bedeckung zu suchen. Herr Vaugoin hat auch konstatiert, daß er bei den Verhandlungen mit den städtischen Bediensteten nicht anwesend war. Die Verhandlungen wurden im Rathaus von der verwaltenden Partei geführt aber ich stehe nicht an, daß wir in diesem Augenblicke die Herrn der Christlichsozialen Partei zur Verhandlung beiziehen wenn es sich um eine rein sachliche Mitwirkung handeln wird. Der Herr Kollege Vaugoin hat über die Frage der siebenstündigen Dienstreit gesprochen. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß ich gesagt habe man müsse sich als Partei stundenlang anstellen. Ich war so vorsichtig zu sagen, daß wir wünschen, daß die Parteien möglichst rasch abgefertigt werden. Ich habe auch nichts von Nachlässigkeit in den Kasernen gesprochen. Es ist wohl bekannt, daß die Beamten in manchen Kasernen mehr überbürdet sind während in anderen Kasernen die Überlastung nicht so weit vorgeschritten ist. Es gibt Beamte, die weit über ihre Arbeitszeit hinaus oft ohne Vergütung pflichttreu arbeiten während es neben diesen fleißigen Arbeitsblumen Drahner gibt die von der Arbeit dieser Arbeitsblumen nicht leben.

Herr Kollege Vaugoin hat auch erwähnt, ich habe gesagt, daß die Novemberregulierung nichts koste. Ich bin nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn ein staatlicher Funktionär der Gemeinde Wien Zusagen macht, die sich bei späteren Lohnverhandlungen in andere Zusagen umwandeln. Ich kann nur konstatieren, daß tatsächlich der Staat jetzt größere Beiträge zu den Bedienstetengehalten der Stadt leistet, als in der Novemberregulierung in Aussicht genommen war. Wenn Kollege Vaugoin darauf hingewiesen hat, daß die Vorlage bezüglich der Ausgabe der Speisen in den Humanitätsanstalten eine Härte enthält, so muß ich entgegen, daß die bisherigen Zustände auf diesem Gebiete einfach unhaltbar waren. Bei dieser Änderung eine Unzufriedenheit geweckt wird, <sup>dessen</sup> waren wir uns bewußt. Ob es möglich sein wird die Verluste, die auf diesem Gebiete für gewisse Schichten der Bediensteten bestehen, die jetzt große Bevorzugungen gegenüber anderen gehabt haben, auszugleichen, weiß ich nicht. Wenn Herr GR. Dr. Odenthal gesagt hat, daß die Regulierung mit einer Steuererhöhung verknüpft wird, so glaube ich nicht, daß in der Bevölkerung aus dem Titel dieser Gehaltserhöhungen und Belastungen eine Mißstimmung gegenüber den Bediensteten entstehen wird. Soweit unsere Partei in Betracht kommt, übernehmen wir gegenüber den von uns vertretenen Wählerschichten die volle Verantwortung. Herr GR. Ertner hat die Gehalte mit den Arbeiterlöhnen verglichen. Arbeiterlöhne sind mit den Bezügen von Festangestellten nicht zu vergleichen. Herr Kollege Kunschak hat uns an einiges erinnert und da stehe ich auf dem Standpunkte, auf dem Kollege Breitner im Zirkus Busch gestanden ist, daß die Angestellten sich nicht um die Bedeckung zu kümmern haben; es handelt sich nur darum, ob der andere Vertragsteil die Bedeckung herbeizuschaffen vermag. Kollege Wawerka hat uns erinnert, daß wir jetzt die Macht im Staate haben, und gewünscht, daß wir der Teuerung Einhalt gebieten und mit dem Schleichhandel und Wucher Ordnung machen. Helfen Sie uns beim Abschaffen von Wucher- und Schleichhandel, insbesondere bei Ihren engsten Gesinnungsgenossen bei den Herren Bauern. (Beifall links und rechts). Helfen Sie uns beim Herstellen der Ordnung in der Landesverwaltung, wo wir die Abweichung von der gesetzlichen Basis als Wiener sehr häufig und bitter verspüren. (Zwischenrufe: Arbeiterräte!) Sie haben die Verantwortung im Staate für das was geschieht gemeinsam mit dieser Regierung zu tragen. (Beifall links). Ich danke dem Gemeinderat für die Bereitwilligkeit die Vorlage zu bewilligen. (Lebhafter Beifall).

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Die Anträge des GR. Speiser betreffend die Neueinreihung der Vermittlungsbeamten, Kanzlisten und Diurnisten des Arbeiterfürsorgeamtes in das Gehaltsschema sowie die Aenderung des Titels „Unterbeamter II. Kl.“ in „Feuerwehr Unterbeamter“ werden genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Speiser wird den im Kollektivvertrag stehenden Angestellten der städtischen Straßenbahn pro März und April eine Angleichungszulage von je 200 K bewilligt.

GR. Speiser berichtet über den Abschluß eines Kollektivvertrages der Gemeinde mit dem Lastkraftwagenbetrieb.

GR. Doppler (Chr. soz.) kritisiert einzelne Punkte des Vertrages und stellt die bezüglichen Abänderungsanträge. Besonders kritisiert er die Unterschiede, die bei der gleitenden Feuerungszulage zwischen den männlichen Arbeitern, — die 275 bzw. 245 K monatlich und den weiblichen Bediensteten, die 150 K bekommen sollen. Auch bezüglich des Urlaubes und der Aufnahme von Arbeitskräften macht Redner Einwendungen.

GR. Forstner (Soz. Dem.) bezeichnet es als einen sonderbaren Standpunkt, daß wie GR. Doppler auch meinte, die Gemeinde mit einer gewerkschaftlichen Organisation Kollektivverträge nicht abschließen solle, da doch mit niemandem anderen ein Vertrag abgeschlossen werden kann, als mit der Organisation, die die Gemeinde eben braucht. Das städtische Arbeitsvermittlungsamt hat leider auf die Arbeiter nicht einen Einfluß den es eben haben sollte. Jeder Arbeiter muß aus persönlichen und wirtschaftlichen Interesse einer Organisation angehören und Redner habe, als Obmann des Handels- und Transportarbeiterverbandes noch niemanden gefragt ob er politisch christlichsozial oder sozialdemokratisch organisiert ist. (Gelächter bei den Christlichsozialen) Es handelt sich nur darum, daß der Arbeiter einer wirklichen Arbeiterorganisation angehört. Die christlichsozialen Organisationen kennen wir ja. Wir haben sie ja gestern wieder gesehen; wir haben aber nur Fahnen gesehen und keine Leute. Sie haben erst vor kurzem ihren letzten Gehilfenausschuß verloren und das fängt eben ihre Eroberung von

Wien an. es mutet auch sonderbar an, wenn ein Arbeitervertreter davon spricht, daß sich eine Arbeiterorganisation vorbehält, eine Revision des abgeschlossenen Kollektivvertrages vorzunehmen. Dies ist eben in dem Steigen der Lebensmittelpreise und aller Bedarfsartikel begründet, was ja die christlichsozialen Arbeitervertreter nicht wissen können, weil sie als solche ausgespielt haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Referent Speiser weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß es jetzt bei dem fertiggestellten Verträge nicht möglich sei auf die einzelnen Abänderungsanträge des GR. Doppler einzugehen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen; die Abänderungsanträge des GR. Doppler abgelehnt.

Ueber Antrag des GR. Breitner (Soz. Dem.) wird die schon bekannte neuerliche Ausgabe von 20 Hellerkassenscheinen sowie die Verlängerung der Laufzeit aller Kassenscheine der Stadt Wien bis 31. Dezember d. J. beschlossen.

Ueber Antrag des GR. Breitner (Soz. Dem.) wird für die Beschaffung von 55 Waggons Saatkartoffeln für die Kleingärtner Wiens die Summe von 3 3/4 Millionen als Haftungsbetrag bewilligt.

StR. Breitner (Soz. Dem.) führte in seinem Referate über die neuen Gemeindesteuern aus:

Wieder ist eine Teuerungswelle herangerollt und hat alle Haushaltungen in Unerdung gebracht. Den Ausgangspunkt dieser neuerlichen Bewegung bildet das Streben des Staates, seinen eigenen Betrieb ins Gleichgewicht zu bringen, indem er die Preise der rationierten Lebensmittel mit den tatsächlichen Beschaffungskosten in Einklang brachte. Als Rückwirkung hat sich eine ausserordentliche Steigerung der Preise sämtlicher übrigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ergeben, als weitere Folge neben der Lohnbewegung der organisierten Arbeiter und Angestellten, eine solche aller öffentlichen Bediensteten. Der Gemeinderat hat sieben die Verlagen zum Schluss erheben, durch welche den aktiven und pensionierten Angestellten der Gemeinde die Aufrechterhaltung ihrer bescheidenen Existenz ermöglicht werden soll. Wenn dies aber wirklich beabsichtigt wird, dann ist es auch notwendig, für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen, denn sonst müssen alle diese Zuwendungen nach Erschöpfung der vorhandenen verhältnismässig kleinen Kassabestände und Anlehensreste einfach auf dem Papier bleiben. Wer A sagt, muss auch B sagen. In diesem Falle ist es eigentlich umgekehrt richtiger. Es muss zunächst die Bedeckung geschafft werden, dann kann man erst die Ausgaben bewilligen und tatsächlich hat sich auch im Stadtrate die Beratung und die Schlussfassung in dieser Reihenfolge abgespielt.

Dem Gemeinderate liege nicht weniger als 8 Entwürfe vor, durch welche Einnahmen von rund 190 Millionen Kronen gesichert werden sollen. Das ist eine ganz ungeheure Summe, wenn man in Betracht zieht, dass bis zum Juni 1919 die gesamten Steuereinnahmen Wiens bloss 100 Millionen Kronen betragen haben. Durch die Mietaufwandsteuer, Bodenwertsteuer und die letzte Erhöhung der Getränkesteuer wurde diese Summe auf 200 Millionen Kronen erhöht und nun soll eine nochmalige Verdoppelung bewerkstelligt werden. Dazu kommt noch als besonderes Erschwerendes, dass an allen Steuern und Abgaben, die mit den Mietzinsen zusammenhängen, nicht gerüttelt werden darf, da eine allgemeine Mietzinssteigerung, die für weite Kreise einfach mit der Obdachlosigkeit gleichbedeutend wäre, unter allen Umständen vermieden werden muss. Es bleiben also nur die Zuschläge zu den Erwerbs-, Grund-, Rentensteuern und zur Steuer auf Aktiengesellschaften übrig, die im Budget 1919/20 mit einem Betrage von etwa 29 Millionen Kronen eingesetzt sind, der künftig auf etwas über 80 Millionen Kronen gesteigert werden soll. Da die Gemeinde Wien ein gesondertes und ausbaufähiges Steuergebiet überhaupt nicht hat, insbesondere aber sich verpflichten musste, keine Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, müssen bis zur Regelung der Steuerheute auch indirekte Steuern, so unangenehm dies auch ist, in hohen Masse herangezogen werden. Als geeignetes Objekt hierfür sind alle Arten alkoholartiger Getränke gewählt worden, deren Genuss denn doch nicht zu den Lebensnotwendigkeiten zu zählen ist. Es sind ferner eine Reihe von Luxussteuern neu geschaffen worden, wie die Automobilsteuer, Abgabe auf Reit- und Wagenpferde, eine bis zu 10.000 K pro Abend gehende Erhöhung der Lusbarkeitsteuer, schliesslich eine Plakatabgabe und eine Fremdenzimmersteuer.

All dies reicht aber nicht hin, um die neu erwachsenen Personalauslagen zu decken. Dieselben belaufen sich nach Abzug des staatlichen Beitrages auf etwa 270 Millionen Kronen. Im Jahre 1914 betrugen die Personalausgaben der Gemeinde kaum 65 Millionen, sie stellen sich nach den heutigen Beschlüssen ohne alle Berücksichtigung der Welternehmungen auf etwa dreiviertel Milliarden, die ist nicht genug gegenüber der Teuerung, aber ungeheuer viel gegenüber der langsamen Entwicklung der Einnahmen. Auch nach dieser jetzt unternommenen Kraftanstrengung die nicht so leicht je wieder unternommen werden kann bleibt noch ein Fehlbetrag von etwa 80 Millionen Kronen übrig, der seine Bedeckung durch jene Ueberweisungen finden muss die seitens des Staatsamtes der Finanzen der Nationalversammlung vorgeschlagen werden welche letztere die bezüglichen Gesetzentwürfe bereits in Beratung zieht. Da wohl nicht anzunehmen ist, dass die Nationalversammlung diesen Anträgen ihre Zustimmung verweigern wird, kann das Gesamterfordernis der eben beschlossenen Gehaltsregulierung als Gesuche angesehen werden. Allerdings muss man dazu bemerken, dass für die Sacherfordernisse, die sich ja gleichfalls in ungeheuerlichem Masse verteuert haben - Beleuchtung und Beheizung der Schulen und Ateliers, Geräte der Feuerwehr, Strassenhaltung, Verpflegung in den Arme- und Waisenhäusern etc. etc. - nichts übrig bleibt.

Der Referent behandelt sodann eingehend die einzelnen Verlagen und schliesst mit den Worten: Bina so ausserordentliche Anspannung dieser neuen Steuern von 200 Millionen Kronen auch bedeuten und so gewaltige Leistungen im Frieden damit auch möglich gewesen wären, so wenig dürfen wir eigentlich un-

unter den gegenwärtigen Verhältnissen hoffen, eine wirkliche Sauberung bewirkt zu haben. Schon sehen wir vielmehr, dass gerade durch diese vom Staat, Land und Gemeinden vorgenommenen Erhöhungen zur Bedeckung des Angestelltenaufwandes wieder eine Teuerungswelle entsteht. Die Stadt Wien hat sich bemüht, durch Vermeidung von Tarifierhöhungen, durch Besteuerung von Artikeln, die nicht unbedingt Bedürfnisse darstellen, durch Erfassung des überflüssigen Luxuses es doch so einzurichten, dass eine unmittelbare Rückwirkung auf die allgemeine Preisbildung möglichst vermieden wird. Es soll aber bei diesem Anlasse ganz offen ausgesprochen werden, dass diese berühmte „Schraube ohne Ende“, dieses unausgesetzte Abwechseln von Lohn- und Steuererhöhungen gar keine wirkliche Lösung darstellt. Es ist eben nicht so, dass wir aus unserer Not dadurch herauskommen können, dass wir auf unsere Einkommensseite zwei Centimes oder, wie andere meinen, Hundertkronen aufdrücken. Wenn die Dinge so einfach liegen würden, wäre es ja gut. Es handelt sich aber in Oesterreich und insbesondere in Wien um ein Produktionsproblem, um die Frage, wie dieser kahlenarme, wenig fruchtbare, an anderen Naturschätzen karg bedachte Staat überhaupt leben kann und soll, wie diese Zweimillionenstadt, die im Laufe der Jahrhunderte aus dem grossen Wirtschaftsgebiet der alten Monarchie sich gebildet hat, künftig in diesem Zwergstaate, von dem sie ein Drittel darstellt, ihr Dasein zu fristen vermag. Keinesfalls ist dies möglich, ohne dass uns für die Jahre des Ueberganges bis zur wenigstens teilweisen Erholung des völlig erschöpften Wirtschaftsorganismus, bis zum vollendeten Ausbau der Wasserkräfte Hilfe Hilfe von auswärts geboten wird. Zum anderen aber ist es notwendig, dass man sich in allen Kreisen der Bevölkerung über den Grad unserer Verarmung Klarheit gibt, sich von der Illusion freimacht, als ob in irgendeiner nahen Frist die Zustände von 1914 wiederkehren können. Das wird erst nach harter, mühseliger Arbeit, nach Darben und Sparen gelingen. Dies setzt aber voraus, dass die Menschen hier sich zu früherer Zeit nie kannten, früher auch nie notwendig gewesenem Arbeitsleistungen bereit finden und das ist wieder nur möglich, wenn die Pflicht zur Arbeit allen Schichten auferlegt wird, die aufreizenden Gegensätze der Lebensführung, die jetzt bestehen und die Verurteilung des ganzen Auslandes finden, so schnell als möglich ausgetilgt werden.

In den heutigen Verlagen ist es sicherlich leicht Kritik zu üben. Wenn aber bedacht wird, dass die Ausgabe von 270 Millionen Kronen als unbedingt notwendig erkannt werden ist, dann erfordert es auch die Gerechtigkeit an den Bedeckungsmaßnahmen den richtigen Maßstab anzulegen. Die Gemeinde muß trachten von diesen Teuerungswellen nicht selbst verschlungen zu werden; sie kann den Weg der Verschuldung, selbst wenn sie so leichtsinnig sein wollte, nicht gehen; sie muß aufrecht bleiben bis die Erkenntnis dass dieses österreichische Staatswesen und diese Gemeinde Wien unter dem Drucke des Gewaltfriedens nicht zu leben vermag, sich überall in der Welt durchgerungen hat. Und diese Erkenntnis ist auf dem Wege. Es mehren sich die Zeichen, dass die Entente, vor allem Amerika, das Verständnis für unser Unglück allmählich gewinnt. Es vollzieht sich dies viel zu langsam für unsere Leiden, aber immerhin es vollzieht sich. Und wir müssen uns nun aufrecht zu erhalten suchen, wir dürfen den Kredit der Stadt nicht erschüttern, wir müssen nach jeder dieser schweren Erschütterungen des finanziellen Haushaltes das Gleichgewicht herzustellen suchen. Werden die Verlagen von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt, so wird man ihnen doch wenigstens das eine zubilligen, dass eine Verdoppelung des gesamten Steuerertrages erzielt wird, ohne dass eine Verteuerung lebensnotwendiger Dinge erfolgt, ohne die Schaffung von Abgaben, die geeignet sind, die herrschende Erregung zu steigern und wirklich begründete Erbitterung hervorzurufen. Soll den Tausenden von Angestellten der Gemeinde die Möglichkeit geboten werden den Lebenskampf fortzuführen, in erhöhtem Masse, wie dies notwendig ist, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, so kann und wird der Gemeinderat diesen Verlagen seine Zustimmung nicht versagen.



Bürgermeister Hausmann übernimmt den Vorsitz.

GR, DE (Chr. Soz.): Es war selbstverständlich Pflicht des Herrn Finanzreferenten, sich über die Bedeckung derjenigen Auslagen Sorgen zu machen die mit den notwendig gewordenen Bewilligungen für die städtischen Angestellten sich ergeben haben. Für uns als Minderheit hat sich allerdings eines etwas andere Situation ergeben. Eine Minderheit kann sich einem solchen Problem gegenüber verschiedenartig verhalten. Es ist z. B. Beispiele möglich, das Beispiel in dieser Richtung haben Sie gegeben, Sie haben Jahre hindurch der Bedeckungsfrage gegenüber nur das Nein gesagt und sich die Sache fernweil sehr leicht gemacht. Wir waren

von Angang an seit dem wir nach den Wahlen diesen Saal beschritten haben nicht gesinnt dieses Dilemma nach zu ahmen. Dieses Beispiel hat sich auch gar nicht bewährt. Sie haben Jahrzehnte hindurch besonders die Arbeiterschichten aufgehetzt und, nach dem Sie in Momente des tiefsten Unglücks um Vaterlandes die Mehrheit errungen haben können Sie den Geist, den Sie selber großzügig haben, nicht mehr los werden. Wir haben unseren Wählern versprochen die Verlagen nachlich zu prüfen von diesem Gesichtspunkte aus haben wir uns auch sorgfältig mit der Prüfung der Verlagen befasst die uns heute beschäftigen. Wir haben uns nach dem uns der Plan des Finanzreferenten mit geteilt war entschlossen zu den einzelnen Verlagen kritisch Stellung zu nehmen und in den Kampf um die einzelnen Bestimmungen mögliche Verbesserungen herbeizuführen. Das ist uns auch in einem erheblichen Maße gelungen; allerdings sind es nur Verbesserungen in einzelnen, dem allgemeinen Charakter der Pläne konnten wir gar nicht mehr ändern.

Finanziell am meisten fehlt uns gewicht die Erhöhung der Getränkesteuer sie soll im ganzen über 114 Millionen Mehretragnis abführen, wovon der größte Teil auf die Erhöhung der Weinsteuern entfällt, die mit 83 Millionen Einnahmen veranschlagt ist. Mit der ganz gewaltigen Erhöhung dieser indirekten Steuern sind Sie ihrem Programm, dem Versprechen das Sie der Öffentlichkeit gegeben haben untreu geworden. Sie haben verkündet, das Sie das System der indirekten Steuern verlassen wollen und jetzt wollen Sie aus indirekten Steuern 114 Millionen herausholen. Ich kann den Herrn Referenten nicht zustimmen wenn er sagt, das es eine Luxusausgabe ist. Bier und Wein sind nicht als Luxus anzusehen. Wir können uns nicht von anti-alkoholischen Tendenzen leiten lassen, die Ansicht zu begründen sind. Wir müssen die Gewohnheiten der Bevölkerung vor

Augen halten wie sie wirklich sind. Wir müssen mit Bedauern sagen, das gerade die schwerarbeitende Bevölkerung ihren Gewohnheiten gemäß auf den Alkohol in einem gewissen Ausmaße greift und gerade hier in sehr harter Weise getroffen wird. Die Erhöhungen in diesem Punkte sind mit unbedenklich dagegen ist gegen die Schenkwirtschaft nichts zu sagen.

Was die Erhöhung der Zuschläge auf die staatlichen direkten Steuern betrifft, so sollen die Zuschläge zur besonderen Erwerbsteuer von 40 auf 120 % erhöht werden. Es hat uns gerade jetzt gelungen, in Besprechungen mit den Referenten wenigstens das eine durchzusetzen, das die der Öffentlichkeit dienenden Erwerbs- und Wirtschaftsgewerkschaften günstiger wegkommen und mit einer Steigerung auf 80 und nicht auf 120 % bedacht werden.

Die Erhöhung der Erwerbsteuer für die anderen zur öffentlichen Rechnungslage verpflichteten juristischen Personen auf 120 % ist gewis auch nicht unbedenklich. Der Referent hat hingewiesen, das andere Städte höhere Zuschläge haben, und die Hoffnung daran geknüpft, das diese Erhöhung nicht zur Abwanderung der Industrie führen wird. Wir schließen uns auch dieser Hoffnung an; allerdings sind die Lebensverhältnisse in Wien für die Arbeiterschaft und angestellte.chaft besonders schwer. In die gleiche Umlagenziffer in Wien und in anderen Ländern kann eine andere Wirkung ausüben.

Bei der allgemeinen Erwerbsteuer sollten nach der ursprünglichen mit 100 % belastet werden. Auch in diesem Falle haben wir Änderungen erreicht, wodurch eine Ermäßigung erlangt wird, wenn auch die Sache selbst vom größten Bedenken bleibt. Die Erwerbsteuer ist eine ungerechte Steuer, doppelt ungerecht in den heutigen Zeiten, weil sie nicht die trifft, welche ein höheres Einkommen haben, die Schieber und Spekulanten. Der Staat plant durch die Auflassung der Kontingentierung bei der Erwerbsteuer einen Ertrag von 36 Millionen Kronen zu bekommen. Wir haben der Erwerbsteuervorlage unter der Bedingung zugestimmt, das im Falle des Wegfalles der Kontingentierung die kommunalen Zuschläge der Erwerbsteuer nicht in Kraft treten. Es wird der größte Widerstand geleistet werden, wenn man daran gehen wollte, die legitimen Gewerbetreibenden zu treffen.

Auch bei der Rentensteuer haben wir vielfache Änderungen durchgesetzt. Wichtig war, das die Einhebung der Zuschläge auf Hypothekenschulden fallen gelassen wurde, wodurch der Hausbesitzer vor einer schweren Belastung verschont bleibt, und der Mieter nicht das Objekt der Weberswältzung bilden muß.

Was die Kunstbarkeitsabgabe betrifft, so pflichtet Redner der Unterscheid zwischen künstlerischen, sportlichen und anderen Darbietungen bei. Die Vorlage zeige aber eine böse Verunstaltung bezüglich der Formulierung, was sich besonders in den Ausführungen der Vorlage bezüglich der zu leistenden Pauschalbeträge zwischen 10 und 10.000 Kronen zeigt. Hier dürfte nicht willkürlich vorgegangen werden, sondern die Besteuerung müsse eine begründete sein. Die Öffentlichkeit muß auch wissen, das sie sich bei Ungerechtigkeiten der Besteuerung durch den Magistrat von diesen an den Stadtrat wenden könne.

Die Vorlage betreffend die Automobilsteuer hat ebenfalls eine Reihe von Änderungen erfahren. Bei der Abgabe von Pferden würde bei gewissen Ansätzen eine Ermäßigung erzielt. Bedenklich ist, das diese Steuer nicht nur von den Luxusperden sondern auch von den anderen eingehoben wird. Diese Steuer wird wenig Erfolg haben. Auch bei den Lizenzgebühren und Ermäßigungen erzielt worden.

Die Fremdenzimmerabgabe hat eine gute Berechtigung, wenn sie die Fremden aus dem Auslande trifft, die sich zu Spekulationszwecken in Oesterreich aufhalten. Es muß als ein trauriges Zusammentreffen bezeichnet werden, das sich jetzt, wo Sie die Rolle spielen, sich in der Stadt das Schiebertum breit macht. In den Hotels wohnen ja auch Fremde aus Oesterreich, die durch die Steuer schwer getroffen werden. Die Hoteliers haben sich mit Recht durch der Hinweis auf die Gefährdung ihrer Betriebe und auf die große Zahl der Beschäftigten gegen die Steuer gewährt. Der Erfolg der Steuer wird im Hinblick auf den großen Verwaltungsapparat den Sie braucht, von keinem Erfolg sein. Im Wege der Handhabung des Gesetzes wäre es allerdings möglich die Stundenhotele härter zu fassen.

Die Plakatsteuer ist schwer zu umgrenzen und der finanzielle Effekt wird sehr bescheiden sein. Die Steuer werde am besten im Wege der Abfindung zu machen.

Es muß darauf hingewiesen werden, das die Finanzpolitik der Mehrheit in der letzten Zeit eine wenig glückliche gewesen ist. Schon im Herbst des v. J. hätte die Gemeindeverwaltung sich mit dem Stadtrat wegen der finanziellen Zuwendungen auseinandersetzen sollen, was nicht geschehen. Ein weiterer schwerer Mangel

ist der, der durch die Politik bei den städtischen Unternehmungen eingeschlagen wird, und wodurch ein Teil der Steuerungsquelle ausgetrocknet wurde. Durch die Vorlagen, die heute verabschiedet werden, wird immerhin ein ganz bedeutender Teil der Bedeckung nicht ohne schmerzliche Belastung der Bevölkerung befunden. Wenn wir heute für die Vorlagen stimmen, so tun wir dies in dem einzelnen Falle, weil wir gefunden haben, das wir die Vorlagen durch die von uns erwirkten Verbesserungen verantworten können.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Plaschke (jüd. nat.) betont, das von den 270 Millionen für die Beamtenregulierung noch 77 Millionen unbedeckt sind und da ein Loch besteht, das auszufüllen Sache künftiger Finanzpolitik sein wird. Auf die einzelnen Steuergattungen übergehend, schließt er sich den Ausführungen des Vorredner über die sportlichen Veranstaltungen an und erklärt, das man bezüglich der Operationen hätte besser zugreifen und die sportlichen Veranstaltungen den Ausführungen edler Kunstwerke hätte gleichstellen können. Er beantragt eine Erhöhung des Satzes von 15 auf 20 % für Rauchtheater und solche Unternehmungen, in welchem Alkohol und Speisen verarbeitet werden. Was die Standplatzabgabe anlangt, trete Redner für eine halb-jährige Bemessung ein. Bei der Pferdeabgabe beantragt er jeden Pferdebesitzer ein drittes Pferd als Reservepferd frei zu lassen, da bei den heutigen schlechten Futterverhältnissen nur zwei Pferde das Auslangen nicht gefunden werden könne. Bezüglich der Erwerbsteuer schließt er sich ebenfalls den Ausführungen des Vorredners an, da sie als Doppelbesteuerung die ungerechtfertigte Steuer darstelle. Er unterstützt auch in diesem Punkte die Anträge der Minderheit auf Zuschlagsfreiheit der Erwerbsteuer. Im Übrigen werde seine Partei für die Vorlage stimmen, da sie eine in Stadthaushalte unbedingt notwendige Maßregel darstelle.

GR. Heiler (Chr. Soz.) macht die Sozialdemokratie für die schlechte Valuta verantwortlich, das das Ausland kein Vertrauen zu den jetzigen Verhältnissen haben könne.

Redner polemisiert besonders gegen die Erhöhung der Erwerbsteuer, die besonders die bedürftigen Gewerbetreibenden treffen, während die Schieber und Schleichhändler unbesteuert bleiben. Er bespricht dann eingehend die einzelnen Steuergattungen und weist nach, das innerhalb eines Jahres die Erhöhungen mehr als 1 1/2 Milliarden ausmachen.

GR. Klimesch (Tscheche) spricht zu den einzelnen Steueranträgen und tritt besonders für die Alkoholsteuer für die Lastbarkeitssteuer ein, zu welcher letzterer er einen Zusatzantrag stellt. In seinen weiteren Ausführungen bringt er Beschwerden der Tschechen in Wien vor, weist darauf hin, daß seine Partei als Opposition Verhalten in jeder Weise rechtfertigen könnte. Sie stimmt nicht gegen die Vorlage, weil seine Partei ehrliche Sozialisten seien, was man von der linken Seite des Saales nicht ~~zu~~ sagen kann. Heute stimmen wir für die Vorlage, aber beim § 7 der Gemeindefuhrreform werden wir bei der Verhandlung zeigen, daß wir nicht aus Lehm sind. <sup>auch</sup> Was die deutschen Sozialdemokraten können von den tschechischen Sozialdemokraten nicht verlangen, daß die letzteren ihre Menschenrechte niederstricken lassen.

GR. Dr. Ehrlich (Demokrat) gibt der Befürchtung Ausdruck, daß ein Fiskalist die Bestimmung der Fremdenzimmerabgabe wonach für eine gewerbemäßige Wohnungsvermittlung diese Steuer zu entrichten ist, dahin auslegen könnte, daß auch eine Witwe, die früher in besseren Verhältnissen gelebt und einen Teil ihrer größeren Wohnung vermietet diese Abgabe zu entrichten hat. Es wäre am Platze wenn der Berichterstatter erklären würde, daß an derartige Vermietungen in dieser Vorlage nicht gedacht ist. Die Stundenhotels sollten anders besteuert werden als die übrigen Fremdenzimmervermietungen. Wenn eine Steuer den Effekt hat, einen sozialen Schaden zu verringern, so ist wie ein geeignetes Mittel dazu. Er stellt den Antrag die Stundenhotels statt mit 20 mit 25 % zu besteuern und außerdem noch die Erleichterung hiesutreffen zu lassen, daß die Steuer von den Besitzern der Stundenhotels selbst zu bezahlen ist und nicht auf die Mieter überwält werden darf. Die Steuer für öffentliche Ankündigungen soll nicht gleichmäßig festgesetzt werden, da gemeinnützige Anstalten wie die Rettungsgesellschaft u. s. w. eine andere Behandlung verdienen als Kabarett u. s. w. Nachdem der Redner seinen Unwillen Ausdruck gegeben, daß Wien gerade in der letzten Zeit mit anonymen Anschlagezetteln, in denen die jüdische Bevölkerung in unerhörtester Weise beschimpft wird, überhäuft wird, schließt er mit dem Ersuchen um Annahme der seiner Partei gestellten Anträge.

GR. Sirota (Tscheche). Wenn Sie nicht wollen, daß auf der Mariahilferstraße in einigen Jahren das Gras wächst, müssen Sie mit allem Ernst trachten, nichts zu unternehmen, was die Bewohner aus dieser Stadt heraustreibt. Wenn immer von ~~aus~~ <sup>Leipzig</sup> ~~aus~~ <sup>gesprochen</sup> wird so glaube ich, daß es besser ist wenn Oesterreich ~~in~~ <sup>und</sup> Wien selbständig bleibt.

GR. Dr. Schwarz-Haller (Demokrat) bemängelt, daß die Vorlagen erst in später Abendstunde aufgelegt wurden, so daß nicht die Möglichkeit gegeben war, sich wichtige ~~Ein~~ <sup>zu</sup> ~~bringen~~ <sup>bringen</sup> zu können. Wenn die Besantenvorlagen rasch ~~er~~ <sup>er</sup> ~~legt~~ <sup>legt</sup> werden ~~so~~ <sup>so</sup> ~~auf~~ <sup>auf</sup> diese selbstverständlich, aber das Durchpfeifen der Steuervorlagen zeige von einer saloppen Geschäftsführung. Er beantragt im Verlaufe seiner Ausführungen, daß in Zukunft zur Vorbereitung derartiger Vorlagen eine aus Beamten und freigewählten Vertretern bestehende gemischte Kommission eingesetzt werden. Er werde als einziger gegen die Vor-

lage stimmen, weil er ein derartiges Systemloses Weiterwirtschaf-ten nicht nur für unkundig, sondern auch für schädlich halte.

VB. Winter übernimmt den Vorsitz.

GR. Diber (chr. soz.) gibt die Erklärung ab, daß es ihm trotz der vorgeschrittenen Stunde, es ist bereits 12 Uhr nachts nicht hindern werde, seine Ausführungen einzuschränken, weil er nicht einsehen kann, daß in diesem Saale noch gearbeitet werden muß, wie es üblich ist. Er betont, daß die neuen Steuern die Arbeitsenergie der produzierenden Bevölkerung treffen und daß sie wie auch in der Debatte erwähnt, durchaus keine geringe Belastung darstellt.

Nachdem noch die G.R. Feldmann (deutschn.), Preyer (chr. ) und Erntner (deutschn.) gesprochen hatten wurde nach einem eingehenden Schlussworte des Referenten St.R. Breitner die gesamte Steuervorlage nach 1 Uhr Nachts angenommen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 31. März 1920, Nr. 116.

Die Bodenwertabgabe. Im Hinblick auf die Schwierigkeit der Beschaffung der Daten zur Ausfüllung der Bodenwertabgabeerklärungen für die Parteien wurde die Frist zur Einbringung der Erklärungen bis einschließlich 20. April verlängert und die Einzahlung der Abgabe bis zu diesem Termine verzugszinsfrei gestundet. Die Eigentümer von abgabepflichtigen Liegenschaften bzw. deren Vertreter oder Verwalter werden aufgefordert, die Bodenwertabgabeerklärungen bis spätestens 20. April bei der zuständigen Steuerabteilung einzubringen. Hinsichtlich der Straffolgen bei Unterlassung der Selbsteinschätzung wird auf das Gesetz verwiesen.

weelbst bis zum 13. April die Abgabe einzureichen sind.

Ein Ostergruß aus Italien. Bürgermeister Genta Palazzi von Reggio Emilia, hat von der dortigen Kinderkolonie eine Fotografie anfertigen und diese auf eine dreiteilige Ansichtskarte drucken lassen. Auf einem der Blätter ist die Villa abgebildet, in der die Wiener Kinder untergebracht sind. Auf einem anderen sind einige Sätze aus einer Rede abgedruckt, die der sozialistische Abgeordnete Zibordi am 1. Jänner bei Ankunft eines Zuges mit Wiener Kindern gehalten hat, in der u. a. sagte: „Heute umarmen wir die Kinder des Volkes, das Feind genannt wurde und wir feiern heute Weihnachten der Menschheit. Die Kinder sind am ersten Tage des Neuen Jahres zu uns gekommen. Wir begrüßen sie wie die Schwalben, die einen neuen Frühling auf der Erde verkünden. Möge von diesem Tage an eine neue Weltrechnung beginnen, die der allgemeinen Brüderlichkeit. Nicht mehr sollte Hass und Blut regieren, die Arbeiter sollen verwirklichen, was der Traum der höchsten Menschheit ist. Sie sollen aufrichten das Reich der Gerechtigkeit, der Arbeit und der Liebe in der ganzen Welt.“ Diese Karte wurde nicht an Bgm. Reumann und VB. Winter gesendet, sondern sie kam auch an alle Eltern, die in Reggio Emilia Kinder haben, als Ostergruß. Bgm. Reumann hat diesen Ostergruß des Bürgermeisters von Reggio Emilia durch ein herzliches Telegramm erwidert.

Die Länderkonferenz. In der Zeit vom 13. bis 15. April werden in Wien die in Salzburg begangenen Beratungen der Länderkonferenz fortgesetzt. Nach dem Antrage des Bgm. Reumann <sup>in Stadtrate</sup> wurden zu diesen Beratungen dieselben Delegierten der Gemeinde, die bereits in Salzburg an der Konferenz teilnahmen, VB. Emmerling, die GRs, Dr. Danneberg, Skaret, Speiser, Dr. Kienböck, Knauschak und Mag. Direktor Dr. Hartl.

Hammelfleisch in der Großmarkthalle. Freitag und Samstag kommt in der Großmarkthalle gefrorenes Hammelfleisch zum Preis von 70 K per kg zum Verkauf. An jeden Käufer wird gegen Abtrennung der Ziffer 38 des Einkaufsscheines 1 kg abgegeben. Freitag an die Anfangsbuchstaben A - K, Samstag an die Anfangsbuchstaben L - Z des Einkaufsscheines.

Morgen kein Stadtrat. Die für morgen (Donnerstag) angesetzt gewesene Sitzung des Stadtrates entfällt.